



	Seite
Satzungsänderung „Delegiertenschlüssel“	2
Positionen zum und Konsequenzen aus dem Krieg in der Ukraine	3
Wir fordern den Erhalt aller bestehenden Geschäftsstellen der Bayern SPD.	12
Erwerbstätigkeit von allen Asylbewerber*innen und Flüchtlingen ermöglichen	13
Digitalisierung an Bayerns Schulen ernstnehmen: Mebis ausbauen	14
Queerfeminismus endlich in der SPD etablieren	16
Solidarität für Betroffene von Long Covid und ME/CFS	19
Flucht und Asyl, aber sicher!	21
Resolution: Uneinig und trotzdem da! - Solidarität mit den Aktivist*innen der "Letzten Generation"	23
Automobilindustrie transformieren - Mobilitätswende, Eigentumswende, Industriegewende	26
Wachstum, Wachstum tralala, Wirtschaft ist nicht zum Wachsen da!	37
Die Mindestlohnkommission - ist das eine Kommission oder kann die weg?	41
Drogenpolitik neu denken	43
Still und starr ruht die Schneekanone	46
Wasserversorgung sicherstellen	47
Grunderbe - weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört	51
Supermärkte vergesellschaften	58
Für eine effektive attraktive Liegenschaftspolitik in Bayern	61
Freie Fahrt für helfende Bürger*innen - Alle 1.051.200 Minuten zum Erste-Hilfe-Kurs	64
Klare Kante gegen den Angriffskrieg - Eindeutige Position in der Türkeiipolitik - Jetzt	65
Arbeit im Wandel: sozial, feministisch, ökologisch	68
Natur und Kultur mit vollen Zügen genießen	76
Kommunale Selbstbestimmung durch SOBON	77

1 Antragsteller*in: Unterbezirk Bad Tölz-Wolfratshausen
2 Adressat: SPD Oberbayern - Satzungsänderung
3 Ansprechpartner: Klaus Barthel
4
5
6
7

8 **§ 5 Absatz 2, erster Satz der Satzung des Bezirks wird wie folgt geändert:**
9 **Ersetze Ziffer „300“ durch „100“.**

10 Der Delegiertenschlüssel für Unterbezirke/Kreisverbände für die Bezirksparteitage wird von
11 300 auf 100 geändert.
12

13 **Begründung:**

14 Der bestehende Delegiertenschlüssel - je angefangene 300 Mitglieder eine Delegierte/ein
15 Delegierter - schränkt die Beteiligung der Mitgliederbasis in den Unterbezirken unangemessen
16 ein, da die meisten Unterbezirke in Oberbayern auch aufgrund des Mitgliederrückgangs nur
17 noch ein oder zwei Delegierte entsenden.
18

19 In zahlreichen Unterbezirken, in denen nur noch ein Mitglied zu delegieren ist, wird eine
20 Quotierung unmöglich.
21

22 Ein 300er Delegiertenschlüssel führt dazu, dass mittlerweile der Gesamtvorstand mehr als halb
23 so groß ist wie der Parteitag die Unterbezirke mehr Delegierte auf die Landesebene entsenden
24 als auf die Bezirksebene.
25

26 All dies ist der innerparteilichen Beteiligungskultur und Demokratie abträglich. Schließlich
27 spielt der Bezirk in der innerparteilichen Willensbildung eine wichtige Rolle.
28

29 Das Kostenargument zieht kaum, da ein Parteitag in der Regel nur alle zwei Jahre stattfindet
30 und die Fahrkosten und die Verpflegung ohnehin selbst oder von den Unterbezirken getragen
31 werden.
32

32 Ein 100er Schlüssel würde zu ca 160 Parteitagsdelegierten führen.

33 Dies ist eine für die Größe des Bezirks Oberbayern angemessene Zahl und würde die
34 Repräsentativität deutlich verbessern.
35

1 Antragsteller*in: Unterbezirk Bad Tölz-Wolfratshausen
2 Adressat: Kleiner Landesparteitag der BayernSPD am 4.11.23
3 Bundesparteitag 8. bis 10. Dezember 2023
4 Parteivorstand
5 SPD-Bundestagsfraktion
6 Ansprechpartner: Klaus Barthel
7
8
9
10

11 **Positionen zum und Konsequenzen aus dem Krieg in der Ukraine**

12 Wir setzen uns für eine breite gesellschaftliche Debatte über Wege zu einer friedlicheren Welt
13 ein und beantragen, dass die SPD sich dabei an folgenden Aspekten orientiert:

14 Russischer Angriff auf die Ukraine - Dimensionen eines Krieges in Europa

15 Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 stellt einen Verstoß gegen das
16 Völkerrecht, gegen bestehende Verträge und gegen die europäische Friedensordnung dar.
17 Dazu kommen massive innereuropäische und innenpolitische Verwerfungen innerhalb und
18 zwischen einzelnen Staaten.

19 Die nüchterne politisch-rechtliche Bewertung darf nicht über das millionenfache menschliche
20 Leid hinweggehen, die in die Hunderttausende gehende Zahl von Toten und Verletzten, die
21 Zerstörungen, und die weit über die Region hinausgehenden Schäden auf der ganzen Welt in
22 Form von Nahrungsmittelknappheit, Klimaschäden, materiellen Kosten und dauerhaften
23 Wohlstandsverlusten.

24 Beide Seiten liefern keine realistischen Zahlen über das Ausmaß ihrer Verluste. Auch
25 Geheimdienste, Regierungen und Medien erlauben der breiten Öffentlichkeit keine
26 realistischen Vorstellungen des Grauens. Produktionsausfälle, Zerstörungen an Infrastrukturen,
27 Gebäuden und andere materielle Schäden sind kaum zu überblicken. Die EU und die USA
28 rechnen schon nach einem Jahr mit Wiederaufbaukosten von 700 bis 1000 Milliarden Euro.

29 Die Kriegskosten der russischen Seite entziehen sich ebenso unserer Kenntnis, die Kosten auf
30 ukrainischer

31 Seite werden zusammen mit den laufenden Ausgaben des ukrainischen Staates von den
32 Verbündeten des Westens getragen. Der ukrainische Staat alleine ist de facto zahlungsunfähig
33 und wird zu rund einem Drittel von der EU und den USA finanziert. Der Internationale
34 Währungsfonds (IWF) rechnet in den nächsten vier Jahren allein zur Sicherung des „normalen“
35 ukrainischen Staatshaushalts mit Kosten von 115 bis 140 Mrd.

36 Dollar.

37 Bisher haben die EU rund 30, die USA 24,5 Mrd. Euro zugesagt und zusammen knapp 25 Mrd.
38 ausgezahlt. Hinzu kommen die direkten Kosten für die militärische Ausrüstung. Allein für
39 Deutschland rechnet die Bundesregierung mit insgesamt rund 15 Mrd. Ausgaben für die
40 Waffenlieferungen in die Ukraine. Weder bei den mittelbaren, noch bei den unmittelbaren
41 Kriegskosten ist ein Ende absehbar. Diese Mittel müssen in anderen Ressorts eingespart
42 werden.

43 Sicher ist auch, dass der Krieg deutliche Spuren in der Weltwirtschaft hinterlässt, da die
44 gestiegenen Kosten für Energie und Rohstoffe, die Ausfälle der ukrainischen und russischen
45 Produktion sowie die Kosten der weltweiten Aufrüstung enorme Wohlstandsverluste nach sich
46 ziehen. Vor allem in den ärmsten der armen Staaten leiden noch mehr Menschen an Hunger.

47 Die mit jedem Krieg einhergehende Inflation belastet vor allem die mittleren und unteren
48 Einkommen, sowohl in Deutschland als auch im Weltmaßstab. In der Folge erhöhen die
49 Zentralbanken die Zinsen, was wiederum Wachstum und Investitionen bremst. Nahezu die

1 ganze Welt bekommt die wirtschaftlichen und politischen Folgen von militärischen Konflikten
2 dieser Größenordnung zu spüren, von den politischen Kosten ganz zu schweigen.
3 Der Krieg ist einer der größten Klimakiller und führt aktuell jede Klimapolitik nahezu ad
4 absurdum. Nach vorsichtigen Schätzungen produziert er jeden Tag soviel CO₂ wie 10 Millionen
5 durchschnittliche deutsche Haushalte. Schon ohne diesen Krieg ist der militärische Sektor für
6 rund sechs Prozent aller weltweiten Klimaschäden verantwortlich. Die aktuellen Kriegsfolgen
7 für das Klima sind kaum korrekt zu beziffern, da die USA 1997 die Berechnung des militärisch
8 bedingten CO₂-Ausstoßes aus dem Kyoto-Protokoll streichen ließen. Etwas gemildert wird
9 dieser Effekt durch den womöglich schnelleren Ausstieg aus fossilen Brennstoffen in einigen
10 Industrieländern.

11 Die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Kosten hängen natürlich insgesamt davon ab,
12 wie lange der Krieg dauern wird, wie die Energiewende organisiert wird und wer am Ende die
13 Zeche bezahlt. Wenn die gegenwärtigen Ausgleichsprogramme auslaufen, die CO₂-Preise
14 weiter steigen und die Umbaukosten bei den Haushalten ankommen, wird sich der ohnehin
15 vorhandene Bedarf an staatlicher Umverteilung noch drastischer erhöhen.

16
17 Russischer Angriff auf die Ukraine: nichts aus heiterem Himmel

18 Jeder Krieg hat eine Vorgeschichte und tiefere Ursachen. Diese zu ergründen und zu verstehen,
19 hat nichts mit Rechtfertigung zu tun. Es kann dabei helfen, zu realistischeren Einschätzungen
20 zu kommen und Lösungen zu suchen. Dabei müssen gleichermaßen innere Entwicklungen in
21 den beteiligten Staaten in den Blick genommen werden wie machtpolitische Konstellationen
22 auf der internationalen Ebene. Wir dürfen die zahlreichen Kriege, Bürgerkriege und enormen
23 Spannungen auf der Welt nicht verdrängen, nur weil sie einige hundert oder tausend
24 Kilometer weiter entfernt stattfinden: Ex-Jugoslawien, Tschetschenien, Aserbaidschan-
25 Armenien, Indien, Pakistan, Sudan, Mali, Afghanistan, Syrien, Irak, Israel-Palästina, Libyen,
26 Jemen, um nur einige zu nennen. Dort übertreffen oder übertrafen die Opferzahlen und
27 Schäden die Ukraine teilweise bei weitem. An den meisten Stellen sind die großen Mächte
28 mehr oder weniger beteiligt.

29 Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wehren uns gegen den Aufbau und die
30 aktuelle Zuspitzung von Feindbildern und simplem Freund-Feind-Denken.

31 Noch zu Zeiten des „Kalten Krieges“ und extrem ausgeprägter Blockkonfrontation kam es zu
32 umfangreichen

33 Rüstungsbegrenzungsabkommen wie SALT und START zwischen den USA und der Sowjetunion
34 sowie zum KSZE-Prozess mit der Anerkennung von Menschenrechten und konventioneller
35 Abrüstung. Diese Abkommen wurden durch vertrauensbildende Maßnahmen, Kontrollen und
36 institutionalisierte Gesprächsformate abgesichert. „Partnerschaft für den Frieden“ (1994),
37 „Budapester Memorandum“ (1994), „Grundakte über gegenseitige Beziehungen,
38 Zusammenarbeit und Sicherheit“ sind weitere Stichworte in diesem Zusammenhang, bis hin
39 zum NATO-Russland-Rat. In Deutschland war damals die Rede davon, dass wir international
40 nur noch von Freunden umgeben seien.

41
42 Die anschließende Phase ab dem Ende der 90er Jahre brachten beiderseitige Enttäuschungen
43 zwischen den

44 USA und Russland und Irritationen in Europa: Krieg in Jugoslawien, Kündigung des ABM-
45 Vertrages durch die

46 USA (2001), gegenseitige Vorwürfe, die Abkommen nicht einzuhalten, NATO-Osterweiterung
47 einschließlich der Beitrittsangebote an Georgien und die Ukraine seitens der US-Regierung
48 2008, der kurze Krieg zwischen Georgien und Russland kurz danach, Suspendierung des KSE-
49 Vertrages durch Russland 2007 bis zum Austri7 2015...

50 Die Konflikte eskalierten bei der Auseinandersetzung um die Ukraine nach dem Maidan-
51 Prozess, dem Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU, der Besetzung der Krim und
52 schließlich der Abtrennung von Donezk und Luhansk durch Russland nach fortlaufenden

1 militärischen Auseinandersetzungen an den Demarkationslinien - und somit der Aufkündigung
2 der Abkommen von Minsk - , des Bruchs des Völkerrechts, des Budapester Abkommens, dann
3 des INF- und KSE-Vertrages. Schon 2014 hatte der Westen nach der Besetzung der Krim
4 Russland aus dem G-8-Format ausgeschlossen.
5 Auch war das Verhältnis Deutschlands zu Russland in den letzten vierzig Jahren starken
6 Schwankungen unterworfen. Aus dem gesamten historischen Zusammenhang verbietet es
7 sich, Russland -
8 trotz seiner aktuell verbrecherischen Politik - dauerhaft zum Feind zu erklären.
9 Es sei nur daran erinnert, dass ohne die Reformpolitik Gorbatschows keine deutsche
10 Wiedervereinigung oder die Auflösung der seinerzeitigen Blockkonfrontation möglich gewesen
11 wäre.

12
13 Parallel zu den internationalen Verwerfungen kam die innere Verhärtung und die
14 Herausbildung autokratischer, gewaltgeprägter Strukturen im russischen Oligarchenstaat. Die
15 ökonomische und politische Transformation nach dem Untergang des sowjetischen
16 Staatsmodells in Richtung auf Demokratie und einen wie auch immer geregelten Kapitalismus
17 muss schon nach den ersten Jahren als gescheitert betrachtet werden. Die chaotischen
18 Verhältnisse der ersten Nach-Wende-Jahre unter Boris Jelzin werden auch westlichen
19 Einflüssen zugerechnet und dienen jetzt der Legitimation der „Ordnung“ unter Putin.
20 Nach und nach zeigt sich, welche bisher kaum beachteten Machtverhältnisse hinter dem
21 einfachen Bild von dem auf eine Person zentrierten Staatsapparat existieren. Die Vorstellung
22 von einem schlichten Austausch der russischen Regierung als Weg zu einer Friedenslösung
23 erweist sich nicht nur von Anfang an als unrealistisch, sondern auch als höchst gefährlich.
24 Innerhalb von weniger als zwanzig Jahren haben wir die Auflösung einer sehr weit
25 entwickelten Sicherheitsarchitektur hin zu einer kaum noch zu beherrschenden militärischen
26 Konfrontation zwischen einer Atommacht Russland und - bisher indirekt - dem westlichen
27 Verteidigungsbündnis NATO erlebt.

28 29 Weltweites Umfeld des Krieges, geopolitische Ursachen und Auswirkungen

30 Der Krieg in der Ukraine ist aus deutscher und europäischer Sicht ein besonders
31 schwerwiegendes Geschehen. Er ist aber kein singuläres (für sich alleinstehendes) Ereignis. Der
32 im Zusammenhang damit geprägte Begriff der „Zeitenwende“ macht nur dann Sinn, wenn man
33 ihn in einen weiter gehenden Zusammenhang stellt. Dieser kaum für möglich gehaltene
34 Angriffskrieg auf europäischem Boden fällt in eine Zeit, in der in allen Ländern der Welt
35 vielfache Krisen gleichzeitig auftreten, die sich seit Jahren zugespitzt und verschärft haben:

36
37 erstens die soziale Krise mit der sich immer weiter vergrößernden Ungleichheit und
38 Ungerechtigkeit, sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch durch das enorme
39 Wohlstandsgefälle zwischen Staaten und Regionen,

40
41 zweitens die vielschichtige ökonomische Transformationskrise in den Lebens- und
42 Arbeitswelten durch Digitalisierung, Dekarbonisierung (dem Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas),
43 den Krisen der Finanzmärkte und in den weltweiten Lieferketten und Wirtschaftsbeziehungen,

44
45 drittens dem Klimawandel und der knapper werdenden Ressourcen an Rohstoffen, Wasser
46 und Land,

47
48
49
50
51

1 viertens der Krise staatlichen Handelns angesichts der abgehobenen Finanzmärkte, der
2 Zusammenballung von weitgehend unkontrollierter wirtschaftlicher Macht von superreichen
3 Einzelpersonen und Familien einerseits und eines zunehmenden Teils der Bevölkerungen, der
4 nicht mehr vom Sozialstaat erreicht wird und der sich vom politischen System ausgegrenzt
5 sieht,
6

7 fünftens die Wanderungsbewegungen, die durch die genannten Zustände auf der Welt,
8 insbesondere Armut, Kriege und Bürgerkriege, soziale Konflikte, Ressourcenknappheit und
9 Klimawandel, Ausbeutungsverhältnisse und das Reichtumsgefälle ständig zunehmen und
10 ihrerseits sowohl in den Herkunftsländern als auch in den Zielländern massive soziale und
11 politische Verwerfungen hervorrufen.
12

13 Innerhalb vieler Staaten, auch in Deutschland, verdichten sich diese Krisen zu Krisen der
14 bestehenden politischen Systeme. Die Zustimmung zu Demokratie und Freiheit nimmt ab.
15 Die Konfrontation von Großmächten und Machtblöcken in allen Teilen der Welt verschärft
16 sich. Einerseits rücken die USA und der „Westen“ außenpolitisch und militärisch näher
17 zusammen.

18 Hier sehen sich die Regierungen immer stärker in Konfrontation zu China und Russland. Die
19 Machtblöcke und Nationalstaaten konkurrieren um Macht und Einfluss auf Indien, Brasilien
20 und andere Schwellenländer, den Nahen Osten und Afrika.

21 Im Kern geht es dabei um den teilweise offen ausgetragenen, teilweise verdeckten Kampf um
22 die immer knapperen Ressourcen (Land, Rohstoffe) und Märkte auf der Welt.

23 Diese Entwicklung macht deutlich, dass wir gefordert sind, die Rolle Deutschlands und Europas
24 in dieser Auseinandersetzung neu zu definieren. Unser Weg kann es weder sein, sich aus allem
25 herauszuhalten, noch sollten wir in einer multipolaren Welt Teil eines der Großmacht-Blöcke
26 sein. Wir wollen das Blockdenken überwinden und nach Wegen kollektiver Sicherheit für alle
27 suchen.
28

29 Das „Ende der Geschichte“ ist schon zu Ende: Es gibt keinen globalen Trend zum freiheitlichen
30 und parlamentarisch-demokratischen Staatsmodell auf kapitalistischer Basis.

31 Autokraten, religiöse Fundamentalisten, Rassisten und Rechtsextreme gewinnen weltweit an
32 Boden. Nur eine Minderheit der Menschen auf der Welt wird derzeit nach unseren
33 Vorstellungen von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie regiert. Weitestgehend
34 durchgesetzt hat sich jedoch die kapitalistische Wirtschaftsweise, sei es in Form mehr oder
35 weniger „sozialer“ Marktwirtschaften, sei es in den oligarchisch geprägten Volkswirtschaften
36 wie der Russlands, der Ukraine und anderer Nachfolgestaaten der Sowjetunion, sei es in den
37 postkolonialen Ökonomien Afrikas und Lateinamerikas. Auch China kann für sich nicht
38 beanspruchen, ein alternatives wirtschaftliches Modell, geschweige denn ein
39 „kommunistisches“, anzubieten. Die gesamte Weltwirtschaft wird überwölbt von einer
40 kapitalistischen, von den Finanzmärkten getriebenen Globalisierung. Diese funktioniert bisher
41 nach den Prinzipien weitgehend ungebändigter, offener Märkte. Die Länder mit starken
42 Volkswirtschaften verschaffen sich in diesem Modell immense Vorteile.
43

44 Diese neoliberale Globalisierung produziert innerhalb der Gesellschaften und zwischen Staaten
45 und Regionen eine wachsende Zahl an Verlierern und Verliererinnen ebenso wie eine Klasse
46 von wenigen superreichen Eliten, die sich jeglicher staatlichen Regulierung durch Gesetze oder
47 Besteuerung, entziehen.

48 Vor dem Hintergrund dieser Fehlentwicklungen und Krisen werden auch in den westlichen
49 Demokratien die Kräfte immer stärker, die sich positiv auf autoritäre nationalistische Lösungen
50 beziehen, massiv die Modernisierungsbedarfe im Zuge der Transformation leugnen und
51 Reformen aller Art bekämpfen.

52 Sie verteidigen die alten sozialen und geschlechtsspezifischen Hierarchien und

1 Verteilungsverhältnisse.

2 Sie finden ihren gesellschaftlichen Unterbau in den Spaltungen, die aus dem Strukturwandel in
3 der Arbeitswelt, aus den ungerechten Verteilungsprozessen und aus Abstiegsängsten
4 resultieren. Sie profitieren auch von den Folgen neoliberaler „Reformen“ mit dem Abbau
5 sozialer Leistungen und dem Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge.

6
7 Diese wurden stets mit den Sachzwängen der Globalisierung und der Notwendigkeit, national
8 mit niedrigen Gewinnsteuern und schlankem Sozialstaat „wettbewerbsfähig“ sein zu müssen,
9 begründet.

10 Die sich in der Krise befindende neoliberale Globalisierung mit möglichst freien und offenen
11 Märkten läuft Gefahr, nunmehr von nationaler oder blockweiser Abschottung abgelöst zu
12 werden. Lieferketten, von denen die Versorgung weiter Bevölkerungsteile ebenso abhängt wie
13 die Produktion und der Absatz der Industrien, waren zeitweise massiv gestört und sind labil
14 geworden. Dafür sind Kriegsfolgen, Pandemie, regionale Konflikte und überlastete Kapazitäten
15 gleichermaßen verantwortlich. Der daraus folgende Wunsch nach mehr Unabhängigkeit davon
16 geht mit zunehmender politischer und wirtschaftlicher Konfrontation einher. Demagogen und
17 Gegner der Demokratie übersetzen den Wunsch nach einem handlungsfähigen Staat in einen
18 Ruf nach dem starken, autoritären Staat mit klaren Hierarchien mit starken
19 Führungspersönlichkeiten und harter Abgrenzung nach außen.

20
21 Volkswirtschaften mit hoher internationaler Verflechtung wie die deutsche geraten
22 wirtschaftlich deutlich mehr unter Druck als binnenmarktzentrierte Volkswirtschaften wie die
23 der USA oder Rohstofflieferanten wie die Russlands oder Öllieferländer des Nahen Ostens.
24 Es macht zwar daher aus deutscher und europäischer Sicht Sinn, sich von einseitigen
25 Abhängigkeiten wie von russischer Energie, US - amerikanischen Datenkraken sowie
26 chinesischen Rohstoffen und Industriemärkten zu befreien. Es macht aber wenig Sinn, neue
27 einseitige Abhängigkeiten, auch innerhalb einer (vermeintlichen?) Wertegemeinschaft,
28 aufzubauen.

30 Folgen für den politischen Diskurs in Deutschland

31 In Deutschland hat der russische Angriff und der andauernde und sich zuspitzende Krieg
32 weitreichende Konsequenzen, sowohl auf politische Entscheidungen wie im Bewusstsein der
33 Bevölkerung. Der Krieg ist sehr nahe gerückt. Schon vorher diskutierte Maßnahmen der
34 militärischen Aufrüstung wie das Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für militärische
35 Zwecke auszugeben, werden jetzt zur Sofortmaßnahme. Krieg, Waffenlieferungen, ja selbst ein
36 Atomkrieg sind Gegenstand von Alltagsdebatten. Krieg, Waffenlieferungen und Aufrüstung
37 sind permanent in den Medien präsent. Die Friedensbewegung erscheint sprachlos und ist
38 selbst in der Frage des Umgangs mit der russischen Aggression gespalten, ebenso die
39 Bevölkerung und auch die SPD.

40 Die Entspannungspolitik wird ebenso in Frage gestellt wie Interessenausgleich, Diplomatie und
41 Verhandlungen an sich.

42
43 Vor allem Grüne und Konservative laden die Außenpolitik immer mehr ideologisch auf, geraten
44 dabei in eigene Widersprüche und stoßen viele andere Länder, Völker und Regierungen vor
45 den Kopf.

46 Währenddessen gerät die Aufarbeitung der allesamt gescheiterten Einsätze der Bundeswehr in
47 Afghanistan, Mali, oder im Sudan völlig aus dem Blick. Von Hintergründen und Ursachen sowie
48 von Perspektiven für die genannten Regionen ist außerhalb von Expertenkreisen nicht die
49 Rede. Auch die mehrfach angekündigte Überarbeitung der Rüstungsexportrichtlinien kommt
50 nicht voran.

52 Herausforderungen und Aufgaben für sozialdemokratische Politik

1 Der Krieg in der Ukraine wird keine Sieger oder Gewinner, sondern nur Verlierer bei den
2 beiden unmittelbar beteiligten Staaten kennen.
3 Unabhängig von der Frage, wie wir zu den laufend gesteigerten Waffenlieferungen an die
4 Ukraine und zu den Ursachen der russischen Aggression stehen, muss es Aufgabe
5 sozialdemokratischer Außenpolitik sein, die Spirale der Eskalation zu stoppen, den Krieg von
6 seinem Ende her zu denken und möglichst kurze Wege zu einem Ende des Blutvergießens zu
7 suchen. Auch dieser Krieg wird keine militärische Lösung bringen.
8
9 Ziel ist eine neue europäische Friedensordnung ohne Atomwaffen, mit kontrollierbarer
10 Begrenzung konventioneller Waffensysteme und einem neuen KSZE-Prozess. Die OSZE kann
11 wieder zu einer Plattform für Gespräche der gesamten europäischen Staatengemeinschaft und
12 eine neue Friedensordnung werden. Wir sollten sie neu beleben.
13 Dazu sind - auch ohne sofortigen Waffenstillstand - unverzüglich Verhandlungen über dritte
14 Staaten anzustreben und zu unterstützen. Die diesbezüglichen Angebote Chinas, Brasiliens und
15 Südafrikas sind von Seiten Deutschlands, der EU und des Westens aufzugreifen, gerade dann,
16 wenn man Einfluss auf mögliche Ergebnisse gewinnen will.
17 Es gilt auch zu verhindern, dass das Geschehen noch mehr zum Gegenstand des Wahlkampfes
18 in den USA wird.
19
20 Diese Gespräche müssen ohne Vorbedingungen wie sofortigen Waffenstillstand, Regime-
21 Change (Regierungswechsel) in Russland, Ausschluss bestimmter Resultate (Beitritt zur NATO
22 oder EU...) geführt werden.
23 Sie dürfen nicht bei vorläufigen Ergebnissen wie im Fall der Minsker Abkommen
24 stehenbleiben, sondern müssen Durchsetzungsmechanismen von Garantiemächten enthalten.
25
26 Auch in diesem Krieg ist die Wahrheit schon vorab gestorben. Deshalb müssen wir darauf
27 bestehen, seine Vorgeschichte, Ursachen und Triebkräfte und die Verbrechen umfassend
28 aufzuarbeiten.
29 Und deshalb werden wir uns immer und überall für den freien und gleichberechtigten Zugang
30 zu Informationen für alle Menschen einsetzen.
31 Wir sollten unsere Glaubwürdigkeit erhöhen und unvoreingenommen, ohne doppelte
32 Standards und ohne erhobenen Zeigefinger Gespräche und Verhandlungen unterstützen.
33 Die weltweiten Spannungen und Ursachen von Kriegen, Gewalt und Terror wirken immer
34 stärker auch auf Europa zurück.
35 Dauerhafter Frieden wird nur gelingen, wenn Konfliktursachen in aller Welt nach und nach
36 beseitigt werden.
37 Dazu gehört die Früherkennung von Spannungen und deren Ursachen sowie international
38 abgestimmte Konfliktprävention.
39 Deshalb streben wir ein neues Modell von Globalisierung an: ein völkerrechtlich abgesichertes,
40 gerechtes, durchsetzungsfähiges, sanktionsbewehrtes Regelwerk. Dieses darf nicht nur von
41 einer Staatengruppe wie dem „freien Westen“ geprägt sein, sondern muss die Interessen
42 möglichst aller Staaten und Regionen gleichberechtigt berücksichtigen.
43 An Analysen sowie an Vorschlägen beispielsweise zur Reform der Vereinten Nationen mangelt
44 es nicht, aber es gibt massive Widerstände - vor allem von Seiten der Großmächte, die bisher
45 die Strukturen der UN dominieren und ihre Handlungsfähigkeit blockieren.
46 Ohne mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit werden sich die Konflikte auf der Welt weiter
47 verschärfen.
48 Sie werden möglicherweise auch immer näher an unsere Grenzen heranrücken. Eine neue
49 Weltwirtschaftsordnung muss daher soziale und ökologische Standards und
50 sanktionsbewehrte Regeln durchsetzen.
51 Eine neue Welthandelsorganisation darf nicht mehr unter der Überschrift des Freihandels den
52 Wettlauf nach unten bei Löhnen, sozialer Sicherung und Umweltschutz anleiten.

1 Stattdessen muss sie dynamische Mindeststandards setzen und nationale Schutzmaßnahmen
2 in einem bestimmten Rahmen ermöglichen.
3 Für die EU und Deutschland heißt das konkret, das Konzept der Grenzausgleichsmaßnahmen
4 sowohl auf den Klimaschutz (CO₂-Abgabe, „Green Border Tax“) als auch auf soziale
5 Gerechtigkeit anzuwenden. Letzteres bedeutet einen gestaffelten Zoll für Importe aus Ländern
6 mit hoher sozialer Ungerechtigkeit und im Vergleich zum Volkseinkommen besonders
7 niedrigen Löhnen oder extremen Formen der Ausbeutung („Red Border Tax“).
8 Es dürfen auf dem Weltmarkt nicht mehr die Volkswirtschaften mit den höchsten Belastungen
9 für Mensch, Klima und Umwelt gewinnen.
10 Wirtschaftssanktionen können in einem solchen System nicht mehr das einseitige Recht von
11 Stärkeren sein.
12 Sie dürfen nur nach abgestimmten Regeln eingeführt werden und müssen einfacher und
13 flexibler zurückgeführt werden können.
14 Nationale Politik muss die Chancen eines nachhaltigen, Ressourcen und Klima schonenden
15 Umbaus der Volkswirtschaft für eine Entspannung der globalen Verteilungskonflikte und einen
16 rationalen Interessenausgleich zwischen den Regionen nutzen. Dazu brauchen wir die
17 demokratische, soziale und ökologische Gestaltung der Transformation und der Energiewende:
18 eine Demokratisierung aller Lebensbereiche und mehr Gerechtigkeit bei Einkommen und
19 Mitsprache der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.
20 Gleichzeitig stärken wir den Sozialstaat und die Daseinsvorsorge (Kinderbetreuung, Bildung,
21 Gesundheit, Pflege, Rente...).

22 Die Märkte werden das immer weniger auf sozialverträgliche Weise regeln. Auf einen politisch
23 handlungsfähigen Staat kommen auf allen Ebenen von der Kommune über die Länder und den
24 Bund bis zur Europäischen Union wesentlich größere Aufgaben zu.
25 Im In- und Ausland werden wir die Triebkräfte von Gewalt und Krieg nur begrenzen können,
26 wenn wir den Vorrang sozialer und demokratischer Politik gegenüber globaler Ökonomie und
27 Rüstungswirtschaft herstellen. Daher darf es keine Profitinteressen aus der Rüstungsindustrie
28 und keine wirtschaftlichen Interessen an Kriegswirtschaft geben, die politische Entscheidungen
29 beeinflussen. Wir sind daher für strenge, öffentlichkeitswirksame Kontrollen der Beziehungen
30 zwischen Rüstungskonzernen und politischen Entscheidungsstrukturen jeglicher Art, für die
31 völlige und zeitnahe Offenlegung von Spenden an Parteien und Politiker sowie aller anderen
32 Finanzströme, die von Rüstungsunternehmen an zivilgesellschaftliche Einrichtungen, Vereine
33 und Verbände fließen.
34 Dieses Gebot der Transparenz gilt auch für Verbindungen der Rüstungswirtschaft in
35 europäische oder internationale Verbände. Rüstungsexporte wollen wir transparent und
36 restriktiv handhaben: Parlamentarische Begleitung, Offenlegung von Interessenverflechtungen
37 und Spenden an Parteien und MandatsträgerInnen, europäische Koordination mit klaren
38 Kriterien.

39

40 Zusammenfassung: Grundsätze und Ziele sozialdemokratischer internationaler Politik
41 Die SPD verstand und versteht sich als Partei des Friedens. Sie stand immer dann auf der
42 richtigen Seite der
43 Geschichte, wenn sie gegen den Militarismus und die Kolonialpolitik des Kaiserreichs gekämpft
44 hat, nach dem Ersten Weltkrieg Frieden und Ausgleich mit den Nachbarstaaten bis hin zu
45 einem europäischen Staatenbund gesucht hat, vor der aggressiven Eroberungspolitik des
46 Faschismus gewarnt hat, in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts gegen die atomare
47 Aufrüstung mobilisiert hat und die Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr
48 getragen und zum Erfolg geführt hat. Auch wenn sie selbst nicht pazifistisch im engeren Sinne
49 ist, betrachtet sie Pazifismus als Bestandteil ihrer Ideenvielfalt.

50

51 Grundlage unserer internationalen Politik ist das Völkerrecht und eine regelbasierte
52 Weltordnung. Das bedeutet als Vision eine Welt-Innenpolitik, die auch mit

1 Durchsetzungsmechanismen wie einer Polizei und einer unabhängigen Welt-Gerichtsbarkeit
2 ausgestattet ist. Voraussetzung für ein funktionierendes Rechtssystem dieser Art ist, wie im
3 staatlichen Inneren, ein klassen-, regionen-, staaten- und staatsformenübergreifender
4 Minimalkonsens über die Prinzipien einer solchen Ordnung.
5 Dies kann aber nur auf der Grundlage einer gerechteren, weltumspannend akzeptierten
6 Wirtschafts- und Sozialordnung beruhen, die den Kapitalismus und andere Formen der
7 Ausbeutung im nationalen und internationalen Maßstab überwindet. Dies darf kein abstraktes
8 Ziel für den globalen Sankt-Nimmerleinstag sein, sondern muss handlungsleitend in der
9 deutschen Politik werden.

10 Voraussetzung einer solchen dem Frieden dienenden Weltordnung ist die Überwindung
11 militärischen, politischen und ökonomischen Blockdenkens oder auch der Dominanz einer
12 einzigen Weltmacht. Die Regeln müssen für alle Regionen und Staaten dauerhaft gelten. Sie
13 müssen die aktuell vorhandenen doppelten Standards, die nur das Recht der militärisch und
14 medial Stärkeren widerspiegeln, überwinden. Eine neue, zwangsläufig multipolare
15 Weltordnung muss auf Regeln basieren, die wie eine Art Verfassung weltweit anerkannt und
16 vertraglich abgesichert sein muss.

17 Institutionell bedarf es dafür einer grundlegenden Reform der Vereinten Nationen. Deren
18 Entscheidungsgremien müssen demokratisch legitimiert sein und möglichst repräsentativ die
19 Weltbevölkerung abbilden. Entscheidungen bedürfen dann spezifisch definierter, qualifizierter
20 Mehrheiten. Das Vetorecht jedes einzelnen Mitglieds des Weltsicherheitsrates sowie generell
21 dessen Zusammensetzung werden den Anforderungen einer weltweiten Friedensordnung
22 nicht gerecht. Verstöße gegen diese sind nach klaren Regeln transparent und allgemein
23 nachvollziehbar zu machen, mit qualifizierten Mehrheiten festzustellen, und mit
24 angemessenen Sanktionen gegen die politisch Verantwortlichen durch die Weltgemeinschaft
25 zu ahnden. So muss auf der Grundlage von Kontrolle und dem Aufbau von gegenseitigem
26 Vertrauen verhindert werden, dass sich einzelne Machthaber kurzfristige Vorteile durch
27 Kriegshandlungen verschaffen wollen. Die Entscheidungen, Instrumente und Maßnahmen sind
28 für die Weltöffentlichkeit nachprüfbar und fortlaufend auf Wirksamkeit und Angemessenheit
29 zu überprüfen.

30 Voraussetzung einer dauerhaften friedlichen Weltordnung ist soziale und wirtschaftliche
31 Gerechtigkeit. Wir brauchen eine neue Weltwirtschaftsordnung, die die neoliberal geprägte
32 Globalisierung ebenso überwindet wie den Rückfall in nationale oder blockweise Abschottung.
33 Dazu bedarf es neuer Regeln im Welthandel, die den freien Austausch von Waren und
34 Dienstleistungen strikt an soziale, ökologische, finanzmarktregulatorische und datenrechtliche
35 Standards binden. Dafür sind die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) einschließlich der
36 Schiedsgerichtsbarkeit grundlegend zu verändern.

37 Als ersten Schritt müssen wir globale Transparenz über die gegenwärtigen Strukturen in der
38 Weltwirtschaft von der Rohstoffgewinnung, deren Aneignung, menschlichen und ökologischen
39 Folgen, über die nationalen und internationalen Verteilungsverhältnisse bis zu den Finanz- und
40 Datenströmen herstellen. Daraus sind langfristige Alternativen und Zielvorstellungen zu
41 entwickeln, die Gier und Profitdenken überwinden.

42 Die neue Wirtschaftsordnung kann nur auf den Prinzipien der Gleichbehandlung, des
43 Respektes vor unterschiedlichen Staats- und Lebensformen und auf Augenhöhe zwischen den
44 Staaten und Regierungen entstehen.

45

46 Deutschland und der EU kommt die Aufgabe zu, diese Ansätze internationaler Politik
47 voranzutreiben. Darin kann eine Führungsrolle gesehen und übernommen werden, die
48 international zur Debatte gestellt wird. Deutschland und die EU können dagegen kein Interesse
49 an neuen Feindbildern, Blockkonfrontation und Ausgrenzung von Staaten und Regionen
50 haben. Die Europäische Union darf - unter anderem aus Rücksicht auf die neutralen Staaten
51 und wegen der Vermeidung von Doppelstrukturen - kein militärisches Bündnis werden. Dies

1 bedeutet keineswegs Gleichgültigkeit oder Neutralität gegenüber
2 Menschenrechtsverletzungen und militärischen Aggressionen.
3
4 Wenn wir feststellen, dass aktuell die Mehrheit der Menschen in politischen Systemen lebt, die
5 nicht unseren Vorstellungen von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten entspricht, zeigt
6 die Erfahrung, dass es wenig Erfolg bringt, durch politischen, wirtschaftlichen oder gar
7 militärischen Zwang anderen Staaten unser System aufzunötigen.
8 Vielmehr müssen wir unser wirtschaftliches und politisches System in Richtung von mehr
9 Mitbestimmung im Lebensalltag, mehr Gerechtigkeit, guter Arbeit und Nachhaltigkeit
10 ausgestalten. Der von uns reklamierte Vorbildcharakter von Freiheit und Demokratie drückt
11 sich weder im erhobenen Zeigefinger noch in militärischer Macht aus. Für uns steht dennoch
12 fest, dass demokratisch verfasste Gesellschaften mit entwickelten Zivilgesellschaften, Rechts-
13 und Sozialstaat eher in der Lage sind, zu einer friedlicheren Welt zu gelangen.
14 Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie stützen sich gegenseitig.
15
16 Wir müssen uns leiten lassen von der Glaubwürdigkeit und mittel- und langfristiger
17 Wirksamkeit politischer, wirtschaftlicher und - im äußersten Fall völkerrechtlich legitimerter
18 militärischer/polizeilicher - Maßnahmen.
19 Wer führen will, muss selbst über Zweifel an der Einhaltung der eigenen Maßstäbe erhaben
20 sein und/oder seine nationalen Interessen offenlegen.
21 Doppelmoral und simple Feindbilder beschädigen die eigene Glaubwürdigkeit.
22 Wir wehren uns gegen alle Versuche, Krieg wieder als Mittel nationaler oder nicht legitimerter
23 Politik vorstellbar zu machen, die öffentliche Debatte zu militarisieren, Wehrdienst und
24 Musterung wieder einzuführen. Wir unterstützen die Kräfte und Initiativen, die auf
25 Vermittlung, Ausgleich und dauerhafte Friedenssicherung ausgerichtet sind.
26

1 Antragsteller*in: Gemeinsamer Antrag der SPD Gliederungen:
2 UB Altötting, UB Berchtesgadener Land, UB Mühldorf,
3 Kreisverband Traunstein
4 Adressat: SPD - Landesvorstand
5 Ansprechpartner: Jürgen Gastl, Susanne Aigner, Patrick Mayer, Sepp Parzinger
6
7
8
9

10 **Wir fordern den Erhalt aller bestehenden Geschäftsstellen der Bayern SPD.**
11 **Der Bezirksparteitag möge den Antrag zustimmen und diesen an die Landespartei**
12 **weiterreichen.**
13

14 Begründung:

15
16 Die Ortsvereine, gerade im ländlichen Raum, sehen sich aufgrund der strukturellen
17 Begebenheiten der Partei immer weniger in der Lage die Fülle der anfallenden Aufgaben eines
18 Ortsvereines ausreichend zu bewältigen. Viele ältere und verdiente Genossen und
19 Genossinnen ziehen sich nach meist jahrzehntelanger Mitarbeit aus führenden Positionen
20 zurück, junge motivierte Kräfte gibt es nur spärlich. Diese Entwicklung stellt die Ortsvereine
21 und Unterbezirke vor zunehmende Hürden und Probleme. Die voranschreitende Digitalisierung
22 der Parteiarbeit, der Wahl- und Mitgliederwerbung verlangen den immer weniger werdenden
23 ehrenamtlichen Genossen und Genossinnen vor Ort sehr viel – und teilweise zu viel - ab.
24 Mancherorts können diese und viele weitere administrative Aufgaben von den Ortsvereinen
25 schon heute nur mehr in mancher Hinsicht oder gar nicht erledigt werden.
26 Eine zentrale Säule unserer Parteiarbeit sind die in den Geschäftsstellen tätigen
27 hauptamtlichen Kräfte.
28 Ohne deren Unterstützung bei beispielsweise der Organisation von Veranstaltungen,
29 Schriftverkehr, Verwaltungsaufgaben, Mitgliederpflege, Regionalisierung der Internetpräsenz
30 in sozialen Medien uvm. ist qualitative Arbeit vor Ort nicht mehr sichergestellt.
31 Die Unterbezirke und die Ortsvereinsgliederungen brauchen daher dringend die Unterstützung
32 einer gut funktionierenden Geschäftsstelle! Unsere ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder
33 sind an ihrer zumutbaren Belastungsgrenze angekommen. Außerdem ist eine funktionsfähige
34 Geschäftsstelle zudem die richtige Anlaufstelle für Satzungsfragen. Nicht zuletzt, weil die
35 hauptamtlichen Kräfte, anders als die turnusmäßig neu zu wählenden ehrenamtlichen Kräfte,
36 eine gewisse Kontinuität bieten können.
37 Gerade im ländlichen Raum muss die SPD auch mit Büros vor Ort für unsere Mitbürgerinnen
38 und Mitbürger erreichbar sein, gerade vor dem Hintergrund immer geringerer Zahlen an
39 Mandatsträger:innen in der Fläche.

40 Uns ist bewusst, bei immer weniger Mitgliedern ist die Finanzierung der hauptamtlich
41 besetzten Geschäftsstellen eine Herausforderung. Wir sehen aber wesentlich größere
42 Probleme auf uns zukommen, wenn wir die wenigen Mitglieder, die noch bereit sind, sich zu
43 engagieren, in ihrer Aufgabenerfüllung langfristig überfordern. Die Einsparpotenziale müssen
44 an anderen Stellen gesucht werden.

45 Jürgen Gastl Susanne Aigner Patrick Mayer Sepp Parzinger
46 UB Altötting UB BGL UB Mühldorf Kreisverband
47 Traunstein

48

1 Antragsteller*in: SPD – Unterbezirk Miesbach
2 Adressat: SPD – Landesparteitag, SPD - Bundesparteitag
3 Ansprechpartner: Christine Negele, Bruno Peetroons
4
5
6
7

8 **Erwerbstätigkeit von allen Asylbewerber*innen und Flüchtlingen ermöglichen**

9 Der Parteitag möge beschließen:

10
11 Die SPD - Mitglieder der Bundesregierung und die SPD – Mitglieder des Bundestages werden
12 aufgefordert den § 61 des Asylgesetzes dahingehend zu ändern, dass für alle
13 Asylbewerber*innen spätestens ab dem 3. Monat des Aufenthaltes die Annahme einer
14 Erwerbstätigkeit in Teilzeit möglich ist, unabhängig von der Art der Unterkunft. Dabei ist darauf
15 zu achten, dass der Besuch von Sprach- und Integrationskursen sowie berufliche
16 Bildungsmaßnahmen verpflichtend ist und Vorrang genießt.
17

18 Begründung:

- 19 • Der Zwang zur Arbeitslosigkeit, mit der Folge den Lebensunterhalt von Transferleistungen statt
20 durch eigene Arbeit bestreiten zu müssen, wird von vielen Asylbewerber*innen und Flüchtlingen
21 als entwürdigend empfunden.
- 22 • Arbeitslosigkeit birgt, in einer um die Erwerbsarbeit zentrierten Gesellschaft, nach wie vor das
23 größte gesundheitsgefährdende Potenzial . (Arbeitslosenforschung von Kieselbach + Manilla
24 2011). Im ALG II Bereich liegt bei ca. einem Drittel der Leistungsbezieherinnen innerhalb 1
25 Jahres mindestens 1 psychiatrische Diagnose vor. (Schubert IAB Forschungsbericht 2013).
- 26 • Die Akzeptanz der Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Bevölkerung nimmt immer stärker ab. Die
27 Erwerbstätigkeit von Asylbewerber*innen und Flüchtlingen entkräftet die Erzählung von der
28 Einwanderung in das deutsche Sozialsystem und kann zu einer besseren Akzeptanz und somit
29 zur Integration führen.
30

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD – Landesparteitag
3 Ansprechpartner:

4
5
6
7

8 **Digitalisierung an Bayerns Schulen ernst nehmen: Mebis ausbauen**

9 Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, dass wir im Bereich des digitalen Lernens einen großen
10 Nachholbedarf haben. So sind mangelnde Digitalkompetenzen der Lehrenden sowie
11 Internetprobleme und fehlende Unterstützung der Schule die Hauptprobleme der Schüler*innen
12 gewesen. Deswegen wollen wir die digitalen Kompetenzen der Lehrenden stärken und Ihnen
13 Möglichkeiten bieten, sich stärker mit dem Thema auseinanderzusetzen. Zudem gilt es, vorhandene
14 Digitalstrukturen in der bayerischen Bildungslandschaft zu stärken und auszubauen, um gute digitale
15 Bildung in ganz Bayern verfügbar zu machen.

16 Das bayerische Kultusministerium setzt hier die hauseigene Plattform Mebis ein. Die Plattform gibt es
17 seit 2014 an staatlichen Schulen und wurde meist erst durch Corona aktiv benutzt. Problem dabei
18 war, dass durch die plötzliche massive Nutzung in ganz Bayern die Plattform aufgrund von
19 Serverproblemen oft nicht erreichbar war und Unterrichtsinhalte dementsprechend nicht in vollem
20 Umfang bearbeitet werden konnten. Seit dem Schuljahr 2021/22 wurde Mebis in die Bayerncloud
21 Schule integriert. Die Bayerncloud soll ein Web-Portal sein, das neben Mebis auch ein
22 Videokonferenztool, einen Cloud-Speicher, Web Office-Anwendungen, einen Messengerdienst,
23 Dienst E-Mails für Lehrkräfte sowie weitere Medienangebote wie MebisTube und teachshare-Inhalte
24 integriert. Sinn dieser Einbettung mehrerer Dienste in die Bayerncloud war die Erleichterung der
25 Nutzung für die Anwender*innen. Grundsätzlich begrüßen wir die Idee einer Plattform, die
26 verschiedene Dienste unter einem Account vereint, Lehrkräften Rechtssicherheit bietet und einen
27 Digitaldschungel vermeiden kann. Ebenso positiv erachten wir die Möglichkeit, dass die Bayerncloud
28 Schule mit mebis als Tool von allen Schulen und daher auch von allen Schüler*innen kostenfrei
29 genutzt werden kann und auch Datenschutzstandards entspricht. An dieser Stelle sprechen wir uns
30 daher auch klar gegen von einigen Parteien geforderte schulspezifische Lösungen, die von einzelnen
31 US-Unternehmen wie Microsoft getragen werden, aus. Nicht nur erfüllen diese die hohen
32 europäischen Datenschutzvorgaben nicht, zudem unterwerfen sie Bildung dem Marktgedanken oder
33 der Abhängigkeit eines einzelnen Unternehmens und machen die Qualität digitaler Bildung von der
34 Finanzierung der einzelnen Schule seitens des Sachaufwandsträgers abhängig. Auch wenn eine
35 einzige Plattform nicht für jede*n Schüler*in und jede Schule die beste Lösung ist, sehen wir die
36 kostenlose Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen digitalen Lernplattform als zentrale Erfüllung
37 des staatlichen Bildungsauftrags.

38 Durch die Integration von Mebis in die Plattform sind jedoch zahlreiche Probleme nicht gelöst
39 worden, weshalb die Bayerncloud Schule diese Anforderungen derzeit nicht erfüllt.

40 So ist die Plattform auch nicht benutzer*innenfreundlich gestaltet: Sie ist trotz Verbesserungen
41 unübersichtlich und gerade für jüngere Lernende unverständlich, die Einarbeitung in das System und
42 das Einstellen von Unterrichtsmaterial oder die Erstellung digitaler Lernangebote für Lehrkräfte
43 häufig zeitraubend und komplex.

44 Wir fordern deshalb:

- 1 • Die Verbesserung der Benutzer*innenfreundlichkeit der vom bayerischen Kultusministerium
2 bereitgestellten Online-Plattform Bayerncloud Schule sowie der dort integrierten
3 Lernplattform Mebis für Lehrkräfte und Schüler*innen
- 4 • Weiterer Ausbau der Barrierefreiheit der gesamten Bayerncloud Schule mit allen Angeboten
- 5 • Verbesserung und Stabilisierung der Videokonferenzplattform Visavid
- 6 • Mehr verpflichtende Schulungsangebote für Lehrende über Mebis und digitale Lehre
7 allgemein, z. B. als Angebote der Regionalen Lehrerfortbildung vor Ort in der Schule oder
8 über das Multiplikatorennetzwerk in Form eines digitalen Fortbildungsnachmittags
- 9 • Serverkapazität stärken, damit auch alle bayerischen Schulen Mebis problemlos benutzen
10 können
- 11 • Personelle Vergrößerung und Ausbau der IT-Kompetenz des Kultusministeriums und des
12 Landesamtes für Digitalisierung
- 13 • Ausbau von Vollzeitstellen für professionelle Systemadministrator*innen an jeder Schule, um
14 Lehrkräfte in ihrer Unterrichtsverpflichtung nicht noch zusätzlich zu belasten
- 15 • Mebis als App für alle gängigen mobilen Plattformen bereitstellen
- 16 • Mehr Technologieoffenheit beim Einsatz von Software im Unterricht

17 Der bayrische Staat soll eine zentrale staatliche Implementierungsstelle errichten, um einheitliche
18 Strukturen zu schaffen

19 Quelle:

20 <https://cdn.statcdn.com/Infographic/images/normal/22661.jpeg>

21 <https://de.wikipedia.org/wiki/Mebis>

22

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: Bezirksvorstand der SPD Oberbayern,
3 Landesparteitag der Bayern SPD, SPD Landesvorstand,
4 SPD Bundesparteitag
5 Ansprechpartner:
6
7
8
9

10 **Queerfeminismus endlich in der SPD etablieren!**

11 Das Sommerfest der SPD Bundestagsfraktion im vergangenen Sommer ist durch die Angriffe mittels
12 KO-Tropfen in trauriger Erinnerung geblieben. Nun hat die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen
13 eingestellt, da kein Täter ermittelt werden konnte. Für die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden
14 von FINTAs*(Frauen, Inter, Non Binary, Trans, Agender) in der SPD ein fatales Zeichen.

15 Im Grundgesetz steht in Artikel 3 Absatz 3:

16 "Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner
17 Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen
18 benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt
19 werden."

20 Trotzdem erfährt die Hälfte der Gesellschaft täglich eine Benachteiligung aufgrund des eigenen
21 Geschlechts. Wir kämpfen für eine gerechte Gesellschaft und echte Gleichstellung aller Geschlechter
22 in unserer Gesellschaft. Dabei sollten wir den Blick in unserer eigenen Partei nicht verschließen.

23 Stammtischrunden in Ortsvereinen, Vorstandssitzungen, Konferenzen auf den unterschiedlichsten
24 Ebenen sind aktuell für FINTA*-Personen kein sicherer Ort. Angefangen bei unangenehmen
25 Sprüchen, grenzüberschreitendem Verhalten bis hin zu sexueller Belästigung. All das ist Alltag in
26 unserer Partei und die meisten FINTA*s haben es bereits erlebt.

27 Sexismus ist die Diskriminierung, Unterdrückung und Abwertung einer Person aufgrund ihres
28 Geschlechts. Sexismus ist geprägt von den traditionellen Rollenbildern und der Vorstellung, dass
29 Männer aufgrund ihres Geschlechts überlegen sind.

30 Sexismus beginnt nicht erst mit sexueller Belästigung oder offen sexistischen Sprüchen. Sexismus
31 beginnt bereits viel früher. Bemerkungen, Berührungen oder das Verhalten von vielen unserer
32 Genossen ist unangenehm und überschreitet Grenzen.

33 Ein weiteres Problem stellt das Misgendern von TINA* (Trans, Inter, Nicht Binär, Agender)
34 Genoss*innen da. Diese verletzende Praxis kann unbeabsichtigt aber auch absichtlich passieren, im
35 letzteren Fall mit dem Bewusstsein und dem Kalkül verletzen zu wollen. Das Misgendern ist nur eine
36 der Formen, mit der Transfeindlichkeit zum Ausdruck gebracht wird. Unangebrachte Fragen,
37 Ausgrenzung und verletzende Kommentare sind weitere Formen, die auch bei uns vorkommen. Als
38 Feminist*innen können und wollen wir solche Verhaltensweisen nicht akzeptieren! Wir stehen
39 solidarisch an der Seite unserer TINA*-Genoss*innen und verurteilen jede Form der Ausgrenzung und
40 Verletzung, die diese innerhalb unserer Partei erfahren.

41 Dass sich in unserer Partei dennoch viele FINTA*s engagieren, hat sich die SPD nicht allein selbst zu
42 verdanken, sondern basiert häufig auf dem Durchhaltevermögen der individuellen Personen, die sich
43 diesen Problemen entgegenstellen.

1 Um ein Raum zu werden in dem sich FINTA*s sicher fühlen und gerne sind, müssen wir weiterhin an
2 unserem Feminismus arbeiten und diesen auch innerparteilich hochhalten. Für uns ist klar: Unser
3 Feminismus schließt niemanden aus, wir stehen an der Seite von allen, die Sexismus,
4 Transfeindlichkeit oder Einschränkungen ihres Selbstbestimmungsrechtes erfahren, sowohl innerhalb
5 als auch außerhalb unserer Strukturen. Unser Feminismus ist ein queerer Feminismus, der vor allem
6 Gesellschaftliches in den Blick nimmt und von überholten Vorstellungen, die wissenschaftlich
7 widerlegt sind, Abstand nimmt.

8 Opfer zu schützen heißt, ihnen zu glauben, sie kurz- und langfristig zu unterstützen und Täter*innen
9 zu konfrontieren. Wenn Vorfälle unter den Teppich gekehrt werden, führt das dazu, dass Opfer sich
10 alleine fühlen und Täter*innen an anderer Stelle weitermachen können. Nur wenn Sexismus offen
11 zur Sprache gebracht wird, schützen wir potentielle Opfer. Dabei sind wir alle gefordert, denn wir alle
12 können Zeug*innen von sexistischem Verhalten werden und am besten schützen wir Opfer durch
13 sofortiges Einschreiten in der Situation. Denn:

14 **Wer schweigt, stimmt zu!**

15 "Silence is Violence", "Wer schweigt, stimmt zu", "Wegschauen ist wie Zuschlagen" - es gibt viele
16 markige Parolen, die alle dasselbe beschreiben - und sie sind zutreffend. Für Betroffene ist es egal,
17 warum Umstehende nicht einschreiten und ihnen nicht helfen. Denn es macht für die unmittelbaren
18 Auswirkungen der Übergriffe keinen Unterschied, ob jemand nichts tut, weil er*sie Angst hat, es
19 nicht als Übergriff wahrnimmt oder es wirklich in Ordnung findet, was gerade passiert. Darum
20 fordern wir alle Genoss*innen auf, aufmerksam zu sein: Lasst Übergriffe jeder Art nicht einfach
21 stehen! Widersprecht, greift ein. Lasst Betroffene nicht allein und lasst Täter*innen nicht das Gefühl,
22 ihr Verhalten sei in Ordnung! Wir fordern deshalb konsequente offene Aufarbeitung
23 diskriminierender Vorfälle innerhalb der Partei und ein entsprechendes Bildungsprogramm auf allen
24 Ebenen, um Menschen für sexistisches und queerfeindliches Verhalten zu sensibilisieren und
25 Einschreiten zu trainieren.

26 Sexismus geht größtenteils von Männern aus, doch alle Menschen können Misogynie und Sexismus
27 internalisiert haben und diskriminierendes Verhalten an den Tag legen. Sexismus ist in jedem Fall
28 inakzeptabel und muss sanktioniert werden ungeachtet des Geschlechts der Täter*innen bzw. des
29 Opfers. Um dies besonders sichtbar zu machen, sprechen wir explizit von Täter*innen.

30 **Täter*innen schützen, heißt Probleme kriegen!**

31 "Wer schweigt, stimmt zu!" gilt gerade auch für Vorstände, die Täter*innen decken, warum auch
32 immer. Es gibt keine Rechtfertigung, Übergriffigkeit zu decken. Auch bei uns gibt es Machtstrukturen,
33 die dazu führen, dass Einzelne mit Fehlverhalten ungestraft davonkommen können, während Opfer
34 oft aus Angst vor negativer Presse für die SPD oder persönliche Konsequenzen innerhalb des
35 Verbandes schweigen. Das ist eine klassische Täter-Opfer-Umkehr. Nicht die Person, die
36 Fehlverhalten anspricht und damit eventuell negative Presse ermöglicht, ist dafür verantwortlich,
37 sondern die Person, die sich Fehlverhalten hat.

38 Jeder Mensch wurde unterschiedlich sozialisiert und hat unterschiedliche persönliche Grenzen.
39 Dadurch kann es zu unbewussten und ungewollten Grenzüberschreitungen kommen. Trotzdem sind
40 das Grenzüberschreitungen denen nachgegangen werden muss und das heißt nicht, dass wir
41 Menschen direkt verbannen möchten, sondern vielmehr, dass wir, in solchen Fällen, mit
42 Bildungsarbeit und dem gemeinsamen Gespräch für eine Atmosphäre sorgen wollen, in der wir uns
43 wohlfühlen können. Bei bewussten, wiederholten und systematischen Grenzüberschreitungen
44 erwarten wir harte und unmittelbare Konsequenzen.

1 Eine Partei, die sich immer wieder darauf beruft, feministisch zu sein und in der Tradition von
2 (queer)feministischen Freiheitskämpfer*innen zu stehen, hat die Pflicht, diese Standards auch in den
3 eigenen Reihen anzuwenden, Verdachtsfällen aktiv nachzugehen und Täter*innen konsequent zu
4 sanktionieren.

5 Es ist die Aufgabe von uns allen, diskriminierendes und übergriffiges Verhalten zu verurteilen und zu
6 sanktionieren. Wir fordern den Bezirksvorstand der SPD Oberbayern, den Landesvorstand der Bayern
7 SPD und den Vorstand der Bundespartei auf, endlich zu handeln und FINTA*s in der Partei zur Seite
8 zu stehen. Wir erwarten, dass Konzepte zum Schutz von FINTA*s und zur Sanktionierung von
9 sexistischem und übergriffigem Verhalten erarbeitet und vorgestellt werden. Diese müssen so
10 konkret wie möglich regeln, wie mit solchen Fällen umgegangen werden soll. Insbesondere erwarten
11 wir, dass sich alle Vorstände verpflichten, sich an diese Konzepte zu halten. An erster Stelle muss
12 hierbei zwingend die Sicherheit von FINTA*s stehen. Täter*innen muss klar sein, dass die SPD keine
13 Partei ist, in der sie sicher sind oder geschützt werden.

14 Unsere Forderungen, kurz zusammengefasst:

- 15 • Das Einrichten einer anonymen, bürokratiearmen und zentralen Beschwerdestelle innerhalb
- 16 der SPD.
- 17 • Eine konsequente Aufarbeitung der Beschwerden.
- 18 • Aufmerksamkeit für das Thema, in dem vor Veranstaltungen ausdrücklich auf dieses Problem
- 19 hingewiesen wird und über die interne wie auch über externe Beschwerdemöglichkeiten
- 20 informiert wird.
- 21 • Ein durch die Vorstände der SPD Bayern und Oberbayern erarbeitetes Konzept zum Schutz
- 22 von FINTA*s inklusive Sanktionen für Täter*innen
- 23 • Sensibilisierung der Mitglieder für Sexismus und Queerfeindlichkeit und Empowerment zum
- 24 Einschreiten - Solidarität mit allen Betroffenen!
- 25 • Das Ende des Täter*innen-Schutzes!
- 26 • (Queer-)Feminismus in der SPD etablieren!

27

28

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: Bezirksvorstand der SPD Oberbayern,
3 Landesparteitag der Bayern SPD,
4 SPD Landesvorstand,
5 SPD Bundesparteitag,
6 SPD-Landtagsfraktion,
7 SPD-Bundestagsfraktion
8 Ansprechpartner:
9
10
11
12

13 **Solidarität für Betroffene von Long Covid und ME/CFS**

14 Forschung:

15 Die SPD wird aufgefordert, im Bundestag einen Antrag auf Etablierung eines biomedizinischen Long
16 Covid und Myalgische Enzephalomyelitis/Chronic Fatigue-Syndrom (ME/CFS)
17 Therapieforschungsfonds auf Bundesebene mit einem Volumen von mindestens 500 Millionen Euro
18 zu forcieren. Dessen Mittel sollten für alle Schritte des Prozesses, von der Erforschung der
19 Pathomechanismen bis zur Finanzierung von Zulassungsstudien von Medikamenten wie z.B. BC007,
20 zur Verfügung gestellt werden. Über die Vergabe der Mittel sollte das BMG unter Einbeziehung von z.
21 B. dem Fatigue Zentrum Charité und Patient*innenorganisationen entscheiden.

22 Anerkennung:

23 Obwohl viele Menschen nach einer Coronainfektion mit massiven Beschwerden zu kämpfen haben,
24 werden diese Beschwerden regelmäßig geleugnet und gar keine oder überraschend niedrige Grade
25 der Behinderung gewährt. Dies geschieht meistens trotz erfolgter Diagnose. Daher fordern wir alle
26 relevanten Stellen auf, sicherzustellen, dass diese Schwierigkeiten für Betroffene aufhören.

27 Teilhabe:

28 Einige Betroffene sind bei individueller Rücksichtnahme auf Ihre Symptome in der Lage eingeschränkt
29 am Leben teilzuhaben. Leider ist es so, dass Schulen, Berufsschulen, Universitäten und
30 Arbeitgeber*innen oft solche Maßnahmen verweigern. Das schließt Millionen Menschen
31 unnötigerweise aus dem Erwerbs- und Sozialleben aus. Es braucht Nachteilsausgleiche. Die
32 Möglichkeit soll geschaffen werden, auch Online an Bildung teilzuhaben. Arbeitgeber*innen sollten
33 Betroffenen durch u.a. flexible Arbeitszeiten, Home-Office, Zuteilung von einfacheren Aufgaben oder
34 Teilzeit den Verbleib im Erwerbsleben ermöglichen.

35

36 **Begründung**

37 Vor der Pandemie waren bereits etwa 300.000 Menschen in Deutschland von ME/CFS betroffen, oft
38 als Folge einer Epstein-Barr-Virus (EBV) Infektion. Nach der Pandemie kommen noch viele Menschen
39 durch Long-Covid hinzu. Viele Menschen mit ME/CFS sind arbeitsunfähig, und schwerwiegende Fälle
40 benötigen pflegerische Unterstützung. Besonders häufig sind junge Frauen betroffen. Bislang gibt es
41 kaum Behandlungsmöglichkeiten, wenig Forschung und keine ausreichende Versorgung. Neben dem
42 erheblichen individuellen Leid sind auch hohe gesellschaftliche Kosten zu erwarten. Der Verlust der
43 Arbeitskraft der Erkrankten wird die Sozialversicherungssysteme stark belasten. Es ist nicht nur für

- 1 die Betroffenen, sondern auch für das Funktionieren von Staat und Gesellschaft von großer
- 2 Bedeutung, die Situation schnell zu verbessern.
- 3

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD – Landesparteitag, SPD - Bundesparteitag
3 Ansprechpartner:

4
5
6
7

8 **Flucht und Asyl, aber sicher!**

9 Wir verurteilen den Kompromiss, den der EU-Ministerrat zur weiteren Verschärfung von
10 Asylverfahren in Europa beschlossen hat. Wir sind wütend auf die sozialdemokratischen Mitglieder
11 der Bundesregierung, die eine solche Entscheidung – mal wieder begründet mit vermeintlicher
12 Notwendigkeit und Alternativlosigkeit – mittragen. Der Kompromiss ist Ausdruck eines Rechtsrucks in
13 Europa und stellt eine Verschlechterung für Geflüchtete dar.

14 Konkret kritisieren wir insbesondere die Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen: Schon heute
15 gibt es keine einheitliche rechtliche Situation noch einheitliche Standards in allen Staaten der EU zur
16 Prüfung auf Asyl. Viele Bescheide des BAMFs (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) werden von
17 Gerichten revidiert. Es ist zu erwarten, dass die Prüfungen an den Außengrenzen in vielen Fällen zum
18 Nachteil der Asylsuchenden ausgehen. Darüber hinaus ist die Unterbringung in Lagern an der
19 Außengrenze haftähnlich, wenn die Geflüchteten diese nicht in Richtung der EU verlassen dürfen.
20 Von der Flucht oftmals traumatisiert, sind Geflüchtete damit für Hilfsorganisationen schwer
21 zugänglich. Dies als Verbesserung der Situation darzustellen ist zynisch und unangemessen.

22 Ohne eine diplomatische Lösung und Suche nach einem Gespräch mit den Staaten in West und
23 Zentralafrika, ist auch die Idee eines schnellen Asylverfahrens an den EU Grenzen bereits jetzt zum
24 Scheitern verurteilt, wenn die Menschen, die Asyl nicht bekommen, nicht zurückreisen können. Die
25 sichere Rückreise ist in dem Fall nicht möglich, weil es keine Einigung mit den Herkunftsländern und
26 Transferländern (wie die des Westbalkans) gibt. Dies wird nur zu ähnlich elenden Zuständen wie in
27 Moria führen.

28 Unabhängig davon sieht der Kompromiss vor, dass bei abgelehnten Asylanträgen auch eine
29 Abschiebung in Drittstaaten möglich sein soll. Hierfür sollen Abkommen mit vermeintlich sicheren
30 Drittstaaten geschlossen werden, Abschiebungen werden damit erleichtert und wahrscheinlicher und
31 gleichzeitig unsicherer und gefährlicher.

32 Das Recht auf Asyl ist ein individuelles Recht. Basierend auf der Herkunft, die
33 Erfolgswahrscheinlichkeit zu beurteilen, widerspricht der Idee, jede individuelle Situation einzeln zu
34 prüfen.

35 Der Aussage der Bundesregierung, dass dies für Geflüchtete aus Syrien oder Afghanistan nicht gilt,
36 wird von vielen NGOs widersprochen: Wenn Menschen über sichere Drittstaaten fliehen – was fast
37 immer der Fall ist – können die Mitgliedstaaten laut dem Text des Kompromisses entscheiden, diese
38 Menschen in die Grenzverfahren aufzunehmen.

39 Hochproblematisch ist auch, dass die Definition sicherer Drittstaaten zukünftig in die
40 Entscheidungsmacht der Nationalstaaten übergehen soll. Das wird zur Folge haben, dass gerade die
41 Staaten an den EU-Außengrenzen Probleme in den Drittstaaten ignorieren und diese als "sicher"
42 deklarieren werden, um Asylsuchende in die Grenzverfahren zu bringen und um sie im Zweifel auch
43 in Transitländer abschieben zu können.

1 Auch der hochgepriesene Verteilungsschlüssel innerhalb der EU läuft ins Leere, wenn sich einzelne
2 Mitgliedstaaten freikaufen können. Durch die Ausgleichszahlungen wird die Nicht-Unterbringung von
3 Geflüchteten zum marktwirtschaftlichen Gut innerhalb der Europäischen Union.

4 Unabhängig von den konkreten Problemen des Kompromisses ist es vor allem die generelle
5 ideologische Ausrichtung, die ihm zugrunde liegt, die höchst problematisch ist: Der Beschluss des
6 Ministerrats verstärkt die Festung Europa und trägt zu einer weiteren Abschottung bei. Flucht wird
7 weiterhin kriminalisiert, das Sterben im Mittelmeer findet weiterhin kein Ende und Fluchtrouten
8 werden weiterhin unsicher bleiben.

9 Den Anstieg der rechts-populistischen Parteien in der EU unterbindet man nicht, indem man die
10 Politik und Rhetorik dieser Parteien in den eigenen Beschlüssen und Reformen umsetzt. Es schleicht
11 sich der Eindruck ein, dass die Regierungen unbedingt eine Reform vor der nächsten Europawahl
12 umsetzen möchten, damit man in einem Jahr sagen kann, man hätte die Anzahl der Asylsuchender
13 gesenkt – aber um welchen Preis? Um den Preis, dass man mit dem Leben der Tausenden von
14 Menschen pokert und die eigene „Werte“ und Rechtsprinzipien für nichtig erklärt. Das höchste Ziel
15 der Regierungen der EU und der Institutionen der EU, um ihre sogenannten humanistischen Werte
16 wieder glaubwürdig zu machen, sollte ein Vision Zero (Null Tote an den EU-Grenzen) für das
17 Mittelmeer und eigene Grenzen sein.

18 Unsere Asylpolitik muss auch einen besonderen Fokus auf den Schutz der Kinderrechte haben. Kinder
19 erleben in den Krisen Traumatisierung und verlieren ihre Lebensgrundlage. Mit der UN-
20 Kinderrechtskonvention haben sich fast alle Staaten weltweit auf den Schutz von Kindern geeinigt.
21 Aus diesem Grund ist es mehr als wichtig dass die Mitgliedsstaaten der EU sich für den Schutz der
22 Kinder, besonders auf ihren Grenzen einsetzen, die internationale Vereinbarungen einhalten und die
23 finanziellen Mindeststandards für die Humanitäre Missionen für Kinderschutz sichern (der Bedarf ist
24 weltweit nur zu 43% gedeckt).

25 Wir fordern die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Bundesregierung auf, sich im
26 anstehenden Trilog gegen die Ratifizierung dieses Kompromisses einzusetzen. Außerdem fordern wir
27 konkret:

- 28 • Das Recht auf Asyl muss individuell geprüft werden, die Herkunft darf dabei keine Rolle
29 spielen
- 30 • Keine Lager an den Außengrenzen
- 31 • Keine Abschiebung in Drittstaaten
- 32 • Strenge Prüfungen der Anerkennung von Staaten als sichere Drittstaaten und
33 Entscheidungen darüber gemeinsam in der Europäischen Union
- 34 • Eine faire Verteilung in Europa, aus der sich niemand freikaufen kann
- 35 • Es braucht endlich sichere Fluchtrouten sowohl über Land als auch über Wasser. Das
36 Sterben muss endlich ein Ende haben. Die von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel
37 müssen endlich an Initiativen der privaten Seenotrettung fließen.

38

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD – Landesparteitag, SPD - Bundesparteitag
3 Ansprechpartner:

4
5
6
7

8 **Resolution: Uneinig und trotzdem da! - Solidarität mit den Aktivist*innen der "Letzten Generation"**

9

10 Die Klimabewegung erfuhr in den vergangenen Jahren einen großen Zuwachs an aktiven Mitgliedern,
11 die in unterschiedlichen Organisations- und Aktionsformen für schnelle und weitreichende
12 Klimaschutzmaßnahmen kämpfen. Deren Forderungen sind meist nicht radikal, sondern beziehen
13 sich auf die Einhaltung bestehender Verträge und Rechtsnormen wie beispielsweise des Pariser
14 Klimaschutzabkommens. Die Klimabewegung ist sehr stark von jungen Menschen geprägt, die um
15 ihre Zukunft auf einem lebenswerten Planeten kämpfen Die Regierung und die Gesellschaft reagieren
16 auf diesen Klimaaktivismus an vielen Stellen mit Repression und Verurteilung.

17 Schlagzeilen machen statt den berechtigten Anliegen nur die Protestform. Wir verurteilen diese
18 Strategie den Protest zu delegitimiert und damit die Forderungen gleich mit diskreditiert.

19 Dabei sind die Forderungen der letzten Generation, mit der Einführung eines Tempolimits auf
20 deutschen Autobahnen und eines günstigeren öffentlichen Personennahverkehrs sehr niedrig
21 angesetzt. Forderungen also, denen wir uns guten Gewissens anschließen können.

22 Eine breite Koalition, von Liberalen über die Union bis zur AfD und leider auch Teile unserer Partei,
23 überbietet sich alledings weiterhin mit Forderungen nach einem harten und autoritären Vorgehen.
24 Gleichzeitig ist es auch an Lächerlichkeit nicht zu überbieten, wenn friedliche Klimaaktivist*innen, die
25 sich ohne Widerstand von der Polizei wegtragen lassen, als "Klima-RAF" zur Bedrohung des Staates
26 stilisiert werden.

27 Zuletzt fand eine vollkommen unverhältnismäßige Razzia bei Mitgliedern der letzten Generation
28 durch die bayerische Justiz statt und zahlreiche Aktivist*innen wurden in ihrer privaten
29 Kommunikation abgehört. Die Kontinuität wird deutlich: Statt auf Dialog und Diskurs setzt der Staat
30 auf Repression, Einschüchterung und Delegitimierung der Proteste. Die als Radikalisierung
31 beschriebene Entwicklung der Klimabewegung ist dabei nicht selbst gewählt, sondern ein Ergebnis
32 dieses mangelnden Dialogs: Junge Menschen werden in ihrem Protest nicht ernst genommen und
33 greifen deshalb zu weitreichenden Protestformen, weil sie sonst mit ihren Anliegen nicht gehört
34 werden.

35 Dabei ist die Frage, wie die Aktionen der "Letzten Generation" juristisch bewertet werden müssen,
36 noch nicht einmal geklärt. Die bayerische Staatsregierung steckte trotzdem mehrere Aktivist*innen
37 für Wochen in "Präventivgewahrsam". Diese Maßnahme des PAG, ursprünglich mit dem Argument
38 der Gefährder*innen verteidigt, war und ist verfassungsfeindlich. Darüber hinaus macht sich die
39 Staatsregierung lächerlich, wenn sie Maßnahmen, die sie selbst für potentielle Gewalttäter*innen
40 oder Terrorist*innen vorgesehen hat, nun auf Klimaaktivist*innen anwendet. Dieses Vorgehen zeigt,
41 dass die CSU mit dem PAG ein Instrument geschaffen hat, um die politische Opposition mundtot zu
42 machen - ein Vorgehen, das eher an Autokratien erinnert. Der immer wieder hervorgehobene
43 sogenannte "Richtervorbehalt" suggeriert, dass ein ordentliches Gerichtsverfahren stattgefunden
44 hat. Stattdessen wird nur über Formales entschieden, eine juristisch-inhaltliche Prüfung gibt es nicht.

1 Für uns zeigt sich daraus, was uns aufgrund unserer systemischen Analyse bewusst ist: Wenn der
2 Kapitalismus befürchten muss, dass ihn Teile der Gesellschaft anzweifeln, schlägt die Stimmung
3 schnell um. Freiheitsrechte werden eingeschränkt, Aktivist*innen werden diffamiert, Gewalt wird
4 gerechtfertigt.

5 Dabei sind früher oder später alle linken Kräfte bedroht. Wenn politische Rechte eingeschränkt
6 werden, wenn ziviler Ungehorsam kriminalisiert wird, betrifft das früher oder später alle Teile der
7 gesellschaftlichen Linken. Wenn sich der Kapitalismus bedroht fühlt, zerschlägt er ohne Weiteres die
8 Demokratie - und Konservative und Rechtsliberale liefern sie gerne aus.

9 Es waren Sozialist*innen, die Freiheitsrechte durchgesetzt, umgesetzt und verteidigt haben. Die Idee
10 eines freiheitlichen Staates, der alle Menschen gleich und mit Würde behandelt, ist eine
11 sozialistische. In ihrer Tradition stehen wir an der Seite der letzten Generation.

12 Für uns als Jusos steht allerdings fest, dass sich politischer Protest gegen Staat und Kapital richten
13 muss und systemische Kritik nicht den Personen schaden soll, die in diesem System leben müssen
14 und Zwängen ausgesetzt sind. Es ist nach unserer Auffassung die richtige Motivation der letzten
15 Generation, Aufmerksamkeit auf die Klimakrise zu lenken und die politisch Handelnden unter Druck
16 zu setzen, denn sie sind diejenigen, die seit Jahrzehnten die notwendigen Maßnahmen verweigern.
17 Den Protest in Form von Straßenblockaden, der ausschließlich die Zivilbevölkerung trifft, lehnen wir
18 hingegen ab. Statt zahlreiche Einzelpersonen sollten Wirtschaftskonzerne blockiert werden und nicht
19 die Arbeiter*innen, sondern das Kapital für die Missstände verantwortlich gemacht werden. Die
20 sozialökologische Wende kann nur als fundamentale Kapitalismuskritik gelingen, dafür muss ein
21 Schulterchluss zwischen Aktivist*innen für Klimaschutz und den Arbeiter*innen vollzogen werden.

22 Nicht die einzelne Person ist verantwortlich, sondern das Kapital, das dieses kapitalistische System
23 bedingt!

24 Auch die Forderungen nach einem Gesellschaftsrat, der per Zufallsauswahl aus der Bevölkerung
25 gebildet werden soll, lehnen wir aus demokratietheoretischen Gesichtspunkten ab und bekennen
26 uns zur parlamentarischen Demokratie, in der die Handlungen durch gewählte Volksvertreter*innen
27 bestimmt werden. Nichtsdestotrotz erkennen wir an, dass bei den aktuellen politischen
28 Gegebenheiten Zweifel daran aufkommen, dass Klimapolitik in einem Land, in dem Parteien von
29 Konzernen Spenden in Millionenhöhen bekommen, Lobbyismus allgegenwärtig ist und
30 wissenschaftliche Erkenntnisse oft hinter den lautesten Tönen von Rechts zurück bleiben, tatsächlich
31 umgesetzt werden kann. Wir stehen deshalb klar ein für sachorientierte Debatten über Klimaschutz,
32 die nur darin enden können, dass Klimaschutz massiv priorisiert werden muss, radikale Maßnahmen
33 eingeleitet werden müssen und Blockaden vielmehr in den Köpfen der Menschen als auf den
34 Straßen.

35 Als Jungsozialist*innen sind wir solidarisch mit den Aktivist*innen der "Letzten Generation", die für
36 ihren Protest Verleumdungen, Haft und Gewalt ausgesetzt sind. Wir betonen deshalb unsere tiefe
37 Ablehnung des Polizeiaufgabengesetzes und des Systems der Präventivhaft, in der unliebsame
38 Protestierende, ohne in einer Straftat schuldig gesprochen zu sein, unrechtmäßig polizeilich
39 festgehalten werden. Dieses Vorgehen ist in einem Rechtsstaat nicht hinnehmbar und wir fordern
40 daher eine umfassende Reform des Polizeiaufgabengesetzes.

41 Wir fordern außerdem die SPD auf, die mediale und politische Stimmungsmache gegen die
42 Aktivist*innen nicht zu unterstützen, sondern ihr klar und deutlich zu widersprechen. Auch muss sich
43 die SPD dem aktuellen Polizeirecht und weiteren Verschärfungen entgegenstellen, damit
44 demokratischer Protest nicht bestraft wird. Protest ist Teil einer pluralen Demokratie und bildet die
45 Basis unserer gesellschaftlichen Errungenschaften. Wir und auch die SPD stehen daher in Tradition

1 von sozialistischen Bewegungen, die zuerst auf der Straße und erst später im Parlament stattfanden.
2 Die Ausformulierung eines sozialdemokratischen Sicherheitsbegriffes für die SPD, geleitet von den
3 Grundwerten der Freiheit, Gleichheit und Solidarität, in dem zudem ein sozialistisches,
4 feministisches, antifaschistisches und internationalistisches Verständnis von Staat und Gesellschaft
5 als Leitmotiv verwirklicht wird, ist eine der kommenden Aufgaben für uns als Jusos. Unsere
6 bisherigen Beschlüsse in diesen Fragen bekräftigen wir an dieser Stelle. Wir erwarten von der SPD
7 eine Politik, die den Ansprüchen des Klimaschutzes gerecht wird, die Forderungen nach einem
8 Tempolimit und der Einführung des kostenlosen und fahrscheinlosen ÖPNVs muss unterstützt
9 werden. Die SPD muss liefern, "Klimakanzler" wird Olaf Scholz nicht durch ausufernde Sprechakte
10 oder ein Plakat, sondern durch eine Politik, die Klimaschutzmaßnahmen umsetzt. Besonders von
11 Jusos in Gremien und Parlamenten fordern wir dabei Unterstützung für diese Positionen.

12

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD – Landesparteitag, SPD - Bundesparteitag
3 Ansprechpartner:

4
5
6
7

8 **Automobilindustrie transformieren - Mobilitätswende, Eigentumswende, Industriegewende**

9 Mitglieder der Jusos München, der IG Metall Jugend München und von Fridays for Future München
10 haben auf einem gemeinsamen Seminar über die Transformation der Automobilindustrie diskutiert.
11 Dabei haben wir gelernt, dass es sowohl bereichernd als auch anstrengend ist, den eigenen
12 Organisationshintergrund zu verlassen. Gleichzeitig Verbindendes zu bestärken und Trennendes zu
13 überwinden ist eine notwendige Voraussetzung für eine demokratische Veränderung unserer
14 Gesellschaft.

15 **Gemeinsame Ausgangsanalyse: Die Klimakrise und die Notwendigkeit zu handeln**

16 Die Klimakrise bedroht unsere Welt existenziell. Wir sind uns darüber einig, dass die aktuellen
17 Zustände radikale Antworten erfordern. Wir sind uns auch darüber einig, dass die Antworten
18 Politische sein müssen. Die Verhaltensänderung von Individuen ist nicht ausreichend und deshalb
19 nicht geeignet, um die Klimakrise aufzuhalten.

20 Unterschiedliche Interessen resultieren aus unterschiedlichen Lebenswelten und Lebensrealitäten. Es
21 ist die Aufgabe der demokratischen Gesellschaft, diese Interessenkonflikte zu akzeptieren und zu
22 moderieren. Durch inhaltlichen Austausch – wie zum Beispiel das oben erwähnte Seminar – ist es
23 möglich, andere Interessen besser zu verstehen und zu erkennen, dass Interessenkonflikte nicht
24 immer ein “Entweder-Oder” bedeuten müssen. Vielmehr sind unterschiedliche Interessen oft ein
25 Ausdruck von verschiedenen Blickwinkeln auf dasselbe Problem.

26 In der aktuellen Demokratie haben verschiedene Interessenvertreter*innen unterschiedliche
27 Stellungen. Dabei kommen gerade junge Menschen zu wenig zu Wort und Wirtschaftslobbyist*innen
28 sorgen dafür, dass die Interessen großer Konzerne viel stärker gewichtet werden als die Interessen
29 der Vielen in unserer Gesellschaft oder die klaren Warnungen aller seriöser Klimamodelle.

30 Das verbleibende CO2-Budget, das uns noch zur Verfügung steht, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen,
31 wird, wenn wir dem aktuellen kapitalistischen Kurs folgen, um ein Vielfaches überschritten werden.
32 Nur, wenn wir es schaffen, Emissionen drastisch zu reduzieren, ist der Erhalt der Welt, wie wir sie
33 kennen, möglich. Nur durch radikale Veränderung ist eine Sicherung guten Lebens auf diesem
34 Planeten möglich.

35 Unser gemeinsames Ziel: Klimagerechtigkeit

36 Bei der Transformation der Automobilindustrie ist aus Klimaschutz-Perspektive Geschwindigkeit
37 ausschlaggebend. Dekarbonisierung muss schnell passieren und anders als in der Vergangenheit in
38 der Industrie als eine Herausforderung der Gegenwart und nicht der Zukunft verstanden werden.
39 Eine Orientierung am CO2-Budget gemäß dem Pariser Abkommen macht den kurzfristigen
40 Handlungsdruck sichtbar. Klimagerechtigkeit bedeutet für uns, den nationalen Ausstoß von
41 Klimagasen vor 2035 auf null zu reduzieren. Darüber hinaus sollte auch die globale Verantwortung
42 Deutschlands – als reiches Land des globalen Nordens mit hohen historischen Emissionen –
43 gegenüber Ländern des globalen Südens, die schon heute viel stärker von den Folgen der
44 Erderhitzung betroffen sind, bedacht werden.

1 Unter einer Transformation verstehen wir einen grundlegenden Wandel. Es ist ein Prozess der
2 wesentlichen Veränderung vom aktuellen IST-Zustand hin zu einem angestrebten Ziel. Zur
3 Bewältigung einer Transformation bedarf es einer oder mehreren Strategien. Transformation passiert
4 auch, wenn wir sie nicht gestalten - wir müssen sie nach unseren Vorstellungen beeinflussen.

5 Die Transformation der Automobilindustrie umfasst für uns vor allem drei Diskussionsstränge: Zuerst
6 wollen wir klären, wie wir mit Autos und ihrer Rolle im Verkehr umgehen wollen. Dann beschreiben
7 wir, wie die aktuellen Eigentumsverhältnisse der Transformation der Automobilindustrie hin zu einer
8 CO2-sparenden Produktion entgegenstehen. Abschließend zeichnen wir unsere Vision der Industrie
9 der Zukunft.

10 Unsere Diskussionen verliefen oft entlang der Feststellung, dass einerseits ein kurzfristiges
11 klimapolitisches Handeln notwendig ist, andererseits in der kapitalistischen Produktionsweise
12 Klimagerechtigkeit nie erreicht werden kann. Wir wünschen uns Veränderungen, die grundlegend
13 sind. Deshalb wollen wir kurzfristig und solidarisch für Klimaschutz in der kapitalistischen Welt, in der
14 wir leben, kämpfen.

15 Gleichzeitig arbeiten wir an einer Gesellschaftsutopie, die solidarisch und mit Verantwortung
16 gegenüber künftigen Generationen am Erhalt unserer Lebensgrundlage arbeitet, gute Arbeits- und
17 Lebensbedingungen sichert und Kapitalinteressen, die dem entgegenstehen, überwindet. Wir wissen
18 aber, dass diese grundlegenden Veränderungen nur demokratisch gelingen können.

19 **MOBILITÄTSWENDE: MOBILITÄT FÜR UNS MENSCHEN - NICHT DIE AUTOS**

20 Unsere Analyse: Das aktuelle Verkehrssystem ist klimaschädlich und sozial ungerecht.

21 Aktuell ist unser Mobilitätssystem auf das Verkehrsmittel Auto ausgerichtet. Dies wird bspw. an der
22 Gestaltung von Städten sichtbar. So werden zum Beispiel in München 45% der Wege mit dem Auto
23 zurückgelegt.

24 Ein Auto in Deutschland kostet unsere Gesellschaft rund 5000 € im Jahr.

25 Diese Kosten beinhalten vor allem gesellschaftliche und ökologische Auswirkungen. Sie entstehen
26 durch gesundheitliche Schäden für die Bevölkerung, z.B. Lärmbelastung und Schadstoffbelastung,
27 aber auch die langfristigen Auswirkungen der Klimakrise. Diese Kosten tragen auch Menschen, die
28 kein Auto fahren. Der ÖPNV hingegen wird nutzer*innenorientiert finanziert. Mobilitätskonzepte,
29 deren Hauptfokus der motorisierte Individualverkehr ist, können nicht sozial gerecht sein. Diese
30 Ungerechtigkeiten werden sichtbar in den Aspekten Sicherheit, finanzielle Exklusivität durch hohe
31 Haltungs- und Betriebskosten und mangelnde Barrierefreiheit.

32 Das autozentrierte Mobilitätskonzept beinhaltet auch eine starke Komponente der
33 Geschlechterungerechtigkeit: Das soziale Geschlecht hat nämlich in Kombination mit anderen
34 ökonomischen und sozialen Faktoren aufgrund von Rollenzuschreibung und -erwartungen
35 Auswirkungen darauf, wie wir uns fortbewegen (wollen). Wer viel Care-Arbeit übernimmt, hat oft
36 kleinteiligere Wege zu bewältigen die einfacher zu Fuß, mit dem Fahrrad oder ÖPNV zurückgelegt
37 werden können. Die autozentrierte Verkehrsplanung ist in einer Gesellschaft, in der das Auto
38 Männlichkeit rekonstruiert, Ausdruck der tief in der Gesellschaft verankerten patriarchalen
39 Strukturen.

40 Doch auch der ÖPNV und öffentliche Räume wie Parks oder Grünflächen entsprechen momentan
41 nicht ausreichend unseren Ansprüchen an barrierearme und geschlechtergerechte Planung.

1 Viele FINTA* (Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender) Personen meiden,
2 besonders am Abend oder in der Nacht, bestimmte Wege aus Angst vor sexuellen Übergriffen. Wer
3 es sich leisten kann, weicht deshalb notgedrungen auf die Nutzung eines Autos aus.

4 Der öffentliche Personennahverkehr, Fußgänger*innenwege und Fahrradwege sind voller Barrieren
5 und schließen Personen mit Mobilitätseinschränkungen genauso wie Familien mit Kinderwagen
6 systematisch aus.

7 Die meisten Menschen sind auf die Nutzung eines Autos geprägt und der Besitz gilt immer noch als
8 Statussymbol. Es gibt Personengruppen, die auf das Auto angewiesen sind. Insgesamt entsteht durch
9 die aktuell stark erhöhten Sprit-Preise infolge des Ukraine-Kriegs und des Gewinnstrebens der
10 Mineralölkonzerne eine hohe finanzielle Belastung ohne Ausweg für einen Großteil der Bevölkerung.

11 Unsere Gesellschaft braucht also eine umfassende und rasche Mobilitätswende.

12 Wir fordern die Umgestaltung vom autogerechten Mobilitätssystem hin zu einem
13 menschengerechten. Jeder Mensch soll sich unabhängig von ökonomischen, sozialen,
14 demografischen und körperlichen Voraussetzungen frei im Verkehrssystem bewegen können.

15 Weniger Individualverkehr und mehr ÖPNV

16 Im Mobilitätsverhalten muss es eine Verlagerung weg vom motorisierten Individualverkehr (MIV) hin
17 zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) geben. Damit dies gelingt, muss der ÖPNV massiv
18 ausgebaut werden und der MIV auf das Mindestmaß begrenzt werden.

19 **Ausbau des ÖPNVs (bedürfnisorientiert, barrierearm)**

20 Dabei ist es elementar, dass der Aus- und Umbau des ÖPNVs bedürfnisorientiert geschieht. So sollen
21 Barrieren überwunden werden, zum Beispiel durch verständliche Stationsansagen und
22 Beschilderungen und gut zugängliche Aufzüge. Außerdem sollen feministische Perspektiven in die
23 Planung des Umbaus des ÖPNVs einfließen. Das heißt bessere Ausleuchtung von Bahnhöfen und eine
24 höhere Taktung der öffentlichen Verkehrsmittel. Ein klimaneutraler ÖPNV muss mit erneuerbaren
25 Energien betrieben werden. Die Kosten des ÖPNVs sollen außerdem solidarisch durch einen
26 einkommensabhängigen Beitrag auf die gesamte Gesellschaft verteilt werden.

27 **Autofreie Zonen in Städten**

28 Die Reduzierung des MIV soll durch Pilotprojekte, wie z. B. das autofreie Tal in München,
29 vorangetrieben werden. Unser Ziel ist es, den MIV aus den Innenstädten zu verbannen. Für einen
30 barrierearmen und gerechten Zugang (nicht alle Menschen können zu Fuß gehen oder Fahrrad bzw.
31 ÖPNV nutzen) sind Mobilitätsmöglichkeiten wie Shared Taxis notwendig. Push-Maßnahmen, wie die
32 alternative Nutzung und die gezielte Bepreisung von Parkplätzen, können dabei die Bevölkerung zur
33 umwelt- und sozialverträglichen Mobilität bewegen.

34 **Umverteilung des öffentlichen Raums**

35 Durch die Begrenzung des MIVs werden v. a. in der Stadt neue Flächen frei. Diese neuen Freiräume
36 können beispielsweise für kulturelle und soziale Projekte verwendet werden. Außerdem entsteht
37 mehr Platz für die Mobilitätsformen des Umweltverbundes, z. B. für Fußgehende und
38 Fahrradfahrende. Besonders Synergien mit der Klimaanpassung durch neue Grünflächen müssen
39 genutzt werden. Langfristig kann eine Neuverteilung der Fläche stattfinden, die unbedingt zugunsten
40 der Menschen und der Umwelt passieren muss.

41 Wir brauchen auch eine Antriebswende

1 **Wenn MIV, dann klimaneutral**

2 Wie zuvor gezeigt, braucht es vordergründig eine Verlagerung des Verkehrs vom MIV hin zum
3 Umweltverbund. Allerdings ist auch klar, dass ein gewisser Restbedarf an MIV bleiben wird. Dies
4 betrifft beispielsweise mobilitätseingeschränkte Personen, Lieferverkehr und Handwerker*innen. Die
5 essentielle Herausforderung in der Transformation der Automobilindustrie ist es somit, Produkte
6 anzubieten, die hohen sozialen und ökologischen Standards folgen. Dafür braucht es eine
7 Antriebswende – das bedeutet eine Abkehr von Antrieben, die mit fossiler Energie betrieben werden
8 – sowie den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen bzw. den Einsatz recyclingfähiger Materialien im
9 Sinne einer Kreislaufwirtschaft.

10 **Batterieelektrische Antriebe sind die Nachhaltigsten für MIV**

11 Die aktuell effizienteste und nachhaltigste Antriebstechnologie ist die von Batterie-Elektrofahrzeugen
12 (Abkürzung: BEV). Daher soll sowohl von staatlicher als auch unternehmerischer Seite diese
13 Technologie und ihre weitere Erforschung und Verbesserung gefördert werden.

14 Wasserstoffbetriebene Brennstoffzellen-Elektrofahrzeuge (Abkürzung: FCEV) lehnen wir als Lösung
15 für die Antriebswende der Privat-PKWs ab. Allgemein haben Brennstoffzellen einen sehr ineffizienten
16 Wirkungsgrad und Grüner Wasserstoff wird in naher Zukunft in anderen Bereichen (Luftfahrt,
17 Schwerlasttransport, Chemieindustrie) benötigt.

18 Deshalb sollte auch für genau diese Bereiche die Forschung für mit Grünem Wasserstoff betriebene
19 Technologien durchaus weiter gefördert werden.

20 Jedoch muss unbedingt verhindert werden, dass die Hoffnung auf technologischen Fortschritt die
21 sofort nötigen Veränderungen in Verhalten und den Einsatz bereits zur Verfügung stehender
22 Technologien ausbremst.

23 **Die Vorteile der Sektorkopplung nutzen**

24 Im Kontext von Elektroautos sehen wir auch Chancen in der sogenannten Sektorkopplung.
25 Beispielsweise können Elektroautos mit Solarzellen auf dem Dach gebaut werden, sodass die Batterie
26 mit selbst erzeugtem Solarstrom geladen, also der Mobilitäts- mit dem Energiesektor gekoppelt wird.

27 **Hybrid-Fahrzeuge sind nicht Teil der Lösung**

28 Die bestehenden Förderungen von Hybrid-Fahrzeugen bewerten wir angesichts der darin verbauten
29 und überwiegend genutzten, auf fossilen Kraftstoffen basierenden Verbrennungsmotoren als absolut
30 kontraproduktiv. Aus einer Vielzahl von Gründen sind diese kein sinnvoller Beitrag zur
31 Mobilitätswende, sondern lediglich ein fossiler Lock-In.

32 **Bedarfsorientierte Anreize für E-Mobilität**

33 Angesichts der heutigen Preise neuer Elektrofahrzeuge wird deutlich, dass der Zugang zu solchen als
34 eine Frage sozialer Gerechtigkeit betrachtet werden muss. Denn Menschen, die auf motorisierten
35 Individualverkehr angewiesen sind, müssen auch bezahlbaren Zugang zu nachhaltigen Formen des
36 motorisierten Individualverkehrs haben. Dies gilt nicht nur für das E-Auto selbst, sondern auch für
37 eine angemessene Ladeinfrastruktur. Daher fordern wir bedarfsorientierte Anreize und
38 Subventionen im Bereich der Elektromobilität und staatlich gesicherte Ladeinfrastruktur. Wir sind
39 davon überzeugt, dass nicht jede*r ein eigenes Auto besitzen muss. Car-Sharing und
40 Mobilitätsstationen können einen wichtigen Beitrag leisten, Hürden zur gemeinschaftlichen Nutzung
41 von Elektromobilität abzubauen.

1 Stadt und Land unterschiedlich betrachten

2 **Ländliche Regionen bei der Mobilitätswende nicht abhängen!**

3 Wir erkennen an, dass unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse in städtisch und ländlich geprägten
4 Regionen vorherrschen. Deshalb müssen für Stadt und Land unterschiedliche Mobilitätskonzepte
5 entwickelt werden. Dabei muss besonders darauf geachtet werden, dass strukturschwache Regionen
6 nicht weiter abgehängt werden. Der Ausbau des ÖPNV und der Fahrradinfrastruktur ist auch in
7 ländlichen Regionen unabdingbar. Viele Menschen dort sind auf ihr Auto angewiesen, das ÖPNV-Netz
8 ist nicht ausreichend ausgebaut. ÖPNV, der nur wenig ausgelastet ist, bringt keine Einsparung von
9 Emissionen gegenüber dem MIV. Deshalb müssen insbesondere in ländlichen Regionen
10 Mobilitätskonzepte anders gedacht werden. So müssen Angebote des ÖPNV besser getaktet,
11 bedarfsorientierter gestaltet und besser aufeinander abgestimmt werden. Auch wenn auf dem Land
12 der MIV nicht restlos zu ersetzen sein wird, sind wir der Auffassung, dass er auch in ländlichen
13 Gebieten reduziert werden muss. Die Mobilität auf dem Land muss in Zukunft multimodal (aus
14 verschiedenen Verkehrsmitteln bestehend) sein, um Emissionen zu reduzieren.

15 **Park&Ride als Schnittstellenlösung zwischen Stadt & Land**

16 Der Ausbau von Park&Ride-Angeboten und deren kostenlose Nutzung für alle Bürger*innen ermutigt
17 zur Nutzung des ÖPNV für Teilstrecken. Gerade für Pendler*innen kann dies in Verbindung mit einer
18 niedrigpreisigen Tarifgestaltung im ÖPNV eine zugängliche Mobilitätslösung für die Verbindung
19 zwischen Stadt und Land bieten. Auch der Tourismus und Tagesausflugsverkehr kann so von der
20 Straße auf die Schiene verlagert werden.

21 Lieferverkehr

22 **Effizientere Organisation der Lieferketten**

23 Beim Umbau unseres Mobilitätssystem muss besonders in der Stadt der Lieferverkehr mitgedacht
24 werden. Die Lieferung von Päckchen, Lebensmitteln oder Post wird momentan von vielen
25 unterschiedlichen Logistikdienstleister*innen mit großen Transportern geliefert. Durch zentrale
26 Logistikstellen in Quartieren können Lieferketten effizienter gestaltet werden. Diese Logistikstellen
27 können als Teil der Daseinsvorsorge von Kommunen aufgebaut werden. Der Transport vom
28 Logistikzentrum zu den Empfänger*innen soll mit Lastenfahrrädern durchgeführt werden.

29 Wir fordern einen deutlichen Ausbau der Schieneninfrastruktur zum Warentransport, um
30 insbesondere auf langen Strecken eine emissionsarme Alternative zu interregionalen und
31 internationalen Transportwegen mit LKW zu schaffen.

32 **AKTUELLE EIGENTUMSVERHÄLTNISSE STEHEN DER TRANSFORMATION DER AUTOMOBILINDUSTRIE 33 ENTGEGEN**

34 Die Ausbeutung von Mensch und Natur gehen in der kapitalistischen Produktionsweise miteinander
35 Hand in Hand, finden aber auf unterschiedliche Art und Weise statt.

36 Wenige Menschen haben die ökonomische Macht, über die Ressourcen und Produktionsweise zu
37 entscheiden, deren Verbrauch jedoch Auswirkungen auf uns alle hat. Solange fossile Energieträger
38 vorhanden sind, gibt es ein ökonomisches Interesse, diese zu verkaufen, die Nachfrage danach
39 aufrechtzuerhalten und damit auf Kosten nachfolgender Generationen zu wirtschaften sowie die
40 Entscheidungsgewalt darüber außerhalb demokratischen Zugriffs zu halten.

1 Solange die Eigentumsverhältnisse so sind und solange Entscheidungen über beispielsweise
2 Energieträger von einigen wenigen getroffen werden, ist echter Klimaschutz, der das 1,5 Grad Ziel
3 erreicht, nicht realisierbar.

4 Entscheidungen werden so getroffen werden, dass sie kurzfristig den Gewinn erhöhen, ohne die
5 Folgen für die aktuelle und nachfolgende Generationen zu berücksichtigen.

6 Unser Ziel ist die Abkehr von der Gewinnmaximierung hin zu einer nachhaltigen,
7 ressourcenschonenden, demokratischen Gesellschaft. Denn solange Arbeiter*innen auf ihre Arbeit
8 angewiesen und gleichzeitig nicht im Besitz von Produktionsmitteln sind, wird die Ausbeutung von
9 Mensch und Natur weitergehen.

10 Deshalb müssen die Produktionsmittel vergesellschaftet werden. Dadurch werden Kapital,
11 Unternehmen und Gesellschaft umstrukturiert und gesellschaftliche Teilhabe gestärkt. So werden
12 entscheidende Fragen der Ressourcenverwendung zum Erhalt einer lebenswerten Welt und guten
13 Arbeits- und Lebensbedingungen gemeinschaftlich getroffen.

14 Fragen, auf die wir Antworten finden müssen, sind: Wer entscheidet letztendlich, wenn eben nicht
15 top-down entschieden wird? Welche Institutionen sind sinnvoll? Wer darf z. B. entscheiden, welche
16 und wie viele Ressourcen verbraucht werden dürfen? Wie gehen wir mit dem Interessenkonflikt um,
17 dass Arbeiter*innen in erster Linie den Erhalt ihres Arbeitsplatzes zum Ziel haben, während das
18 Erreichen einer klimaneutralen Produktion dem vermeintlich entgegensteht obwohl auch die Zukunft
19 von Industriearbeiter*innen vom Erhalt unserer Lebensgrundlage abhängt? Wie machen wir es
20 begreifbar, dass es einen fundamentalen Widerspruch zwischen Kapital und Klimaschutz gibt?

21 **Die Demokratisierung aller Lebensbereiche**

22 Wir erkennen an, dass wir die Eigentumsfrage nicht kurzfristig lösen werden. Auch ein Mehr an
23 demokratischer Mitbestimmung löst die kapitalistischen Realitäten nicht auf. Dennoch braucht es im
24 ersten Schritt eine Weiterentwicklung der demokratischen Strukturen in den Unternehmen und der
25 Zivilgesellschaft.

26 Wir wollen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Entscheidungen nicht zwangsläufig zur Mehrung von
27 Kapital getroffen werden müssen. Vielmehr soll es um das Wohl der Gesellschaft gehen. Egoismus
28 und Konkurrenz unter den Beschäftigten sind keine naturgegebene Zwangsläufigkeit, sondern eine
29 konstruierte Erzählung, die Solidarität ebenso verhindert wie Gemeinwohl und Klimaschutz.

30 Wir trauen den Menschen zu, demokratische Entscheidungen zu treffen und damit gemeinsam
31 Verantwortung zu übernehmen für eine gerechtere, sozialere und ökologischere Gesellschaft.
32 Langfristig macht die Demokratisierung die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln nicht
33 überflüssig, sondern bereitet ihr den Weg.

34 Den Privatbesitz von Produktionsmitteln wollen wir überwinden. Dies bedeutet, dass in
35 Unternehmen ab einer bestimmten Größe alle Mitarbeiter*innen am Eigentum beteiligt sein müssen.

36 Die Grundlage für demokratische Mitbestimmung ist die Stärkung politischer Bildung, die für alle
37 zugänglich ist.

38 **Mitbestimmung im Betrieb**

39 Wo sich Arbeitsplätze stark verändern oder ersetzt werden, muss die Qualität des Arbeitsplatzes
40 erhalten bleiben. Das kann nur mit einer starken Mitbestimmung sowie planbaren, staatlichen
41 Vorgaben und betrieblichen Investitionen funktionieren. Das bisherige Vorschlagsrecht der
42 Betriebsräte zur Sicherung von Arbeitsplätzen muss zu einem Mitbestimmungsrecht aufgewertet

1 werden. Planung, Gestaltung und Änderung der Arbeitsplätze, der Arbeitsumgebung und der
2 Arbeitsorganisation einschließlich der Arbeitsverfahren und der Arbeitsabläufe müssen
3 mitbestimmungspflichtig sein.

4 Bei Betriebsänderungen muss der Interessenausgleich über die Einigungsstelle durchsetzbar sein. Die
5 Einigungsstelle hat dabei auch die überbetrieblichen Auswirkungen zu berücksichtigen.

6 Um die Position der Beschäftigten weiter zu schützen, brauchen wir einen besonderen
7 Rechtsanspruch auf Umschulung, Fort- und Weiterbildung für von der Transformation betroffene
8 Branchen und staatliche Strukturhilfen. Darüber hinaus müssen Betriebsräte insgesamt ein
9 Mitbestimmungs- und Initiativrecht für die Berufsbildung erhalten.

10 Mitbestimmungsstrukturen schaffen die Voraussetzung dafür, den Wandel sozial gerecht zu
11 gestalten. Dennoch sehen wir bei diesen aktuell ein großes Verbesserungspotenzial im Hinblick auf
12 die rechtlichen Grundlagen.

13 Konkret fordern wir ebenfalls die Aufhebung der maximalen Gremiengröße der Jugend- und
14 Auszubildendenvertretung und des Betriebsrates, die deutliche Verbesserung der Prävention und
15 Bekämpfung von Union Busting (die systematische Unterdrückung und Sabotage von
16 Gewerkschaften) sowie die Schaffung unabhängiger Beratungs- und Unterstützungsstellen.
17 Gewerkschaften müssen ein digitales Zugangsrecht zu Betrieben erhalten.

18 **Transformationsprozesse demokratisieren**

19 Die Entscheidung, wie staatliche Strukturhilfen und finanzielle Mittel zur Gestaltung der
20 Transformation eingesetzt werden, darf nicht den Unternehmer*innen und ihrem Kapitalinteresse
21 überlassen werden. Wir wollen regionale Transformationsräte einrichten, in denen Delegierte des
22 Betriebsrates und der JHV der Betroffenen Industriebetriebe gemeinsam mit Delegierten der lokalen
23 Klimaräte und Vertreter*innen der Kommunalpolitik darüber beraten, wie die Mittel eingesetzt
24 werden, um einerseits industrielle Produktion zu erhalten und zu transformieren, sowie andererseits
25 eine Reduktion der CO₂ Emissionen zu erreichen und Arbeitsplätze zu sichern.

26 Die Beschäftigten in der Industrie sehen sich nicht nur der Angst eines Arbeitsplatzverlustes
27 ausgesetzt. Gleichzeitig kämpft die Industrie mit einem enormen, hausgemachten Fachkräftemangel.
28 Ein Grund für diesen Fachkräftemangel ist der Mangel an Ausbildungsplätzen. Während einzelne
29 Unternehmen gar keine Ausbildungsplätze anbieten, bilden andere Unternehmen über Bedarf aus
30 oder ihre ausgebildeten Fachkräfte werden abgeworben. Dieses Ungleichgewicht wollen wir mit einer
31 umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie, ähnlich bestehender Umlagen wie z. B. für
32 Unternehmensinsolvenzen, beseitigen.

33 **Ausschuss für Klimawirtschaft in den Industriebetrieben**

34 Wir wollen einen Ausschuss für Transformation und Klimawirtschaft in den Industriebetrieben, der
35 im Betriebsverfassungsgesetz als Pflichtausschuss verankert ist und in jedem Betrieb mit Betriebsrat
36 eingerichtet werden muss. Dieser setzt sich aus Betriebsrät*innen (BR); Jugend- und Auszubildenden-
37 Vertreter*innen (JAV), Expert*innen aus einem lokalen Klimarat und Arbeitgeber*innen zusammen.
38 Um die Aufgaben zu bewältigen, soll der BR-Schlüssel im Verhältnis zur Belegschaft ausgeweitet
39 werden. Der Transformations- und Klimaausschuss ist ein Ausschuss mit tatsächlichen
40 Entscheidungskompetenzen. Unter diese Entscheidungen fallen einerseits die Ausrichtung der
41 Produkte nach Kriterien der Nachhaltigkeit, zur Einsparung von CO₂-Emissionen sowie die Reduktion
42 des Ressourcenbedarfs und andererseits Entscheidungen über Produktionsformen und
43 Produktionsbedingungen.

1 **Produktion global denken**

2 In einer globalisierten Wirtschaft ist es notwendig, nicht nur die lokale Produktion zu betrachten. Es
3 gilt die gesamte Lieferkette zu betrachten. Ohne konkrete Ansätze detailliert diskutiert zu haben,
4 erscheint uns ein verbessertes Lieferkettengesetz, das sowohl ökologische Aspekte als auch
5 Mindeststandards für Arbeits- und Produktionsbedingungen berücksichtigt, in diesem
6 Zusammenhang sinnvoll.

7 Unsere Ansätze müssen stets nicht nur national, sondern über die EU hinaus global umgesetzt
8 werden.CO2-Ausstoß in Lieferkette und Produktion, der nicht auf null reduziert werden kann, muss
9 durch negative Emissionen ausgeglichen werden, um Klimaneutralität sicherzustellen. Entsprechende
10 Technologien, etwa Carbon Capture and Storage, oder Ausgleichszertifikate dürfen nicht für
11 Greenwashing missbraucht werden und können Reduktionsmaßnahmen nicht ersetzen.

12 Es braucht generell eine Umverteilung von Nord nach Süd. Der immer weiter wachsende
13 Kapitalismus des globalen Norden bedeutet Verluste, Einschränkungen und Klimaschäden für den
14 globalen Süden. Arbeits- und Umweltstandards müssen nach einem Konsequenzen
15 Lieferkettengesetz, das ohne Ausnahmen gelten muss, überprüft werden. Zudem müssen die Länder
16 des globalen Südens, die am meisten unter Umweltschäden und Klimakatastrophen leiden, die viel
17 mehr als sie der globale Norden verursacht hat, unterstützt werden. Es braucht dafür internationale
18 Zusammenarbeit. Zudem müssen Klimamigrant*innen unterstützt und aufgenommen werden. Auch
19 hier sind besonders FLINTA-Personen betroffen. Sie benötigen besondere Unterstützung und
20 besonderen Schutz.

21 **UNSERE VISION DER INDUSTRIE DER ZUKUNFT**

22 Die Bekämpfung der Klimakrise erfordert umfangreiche Veränderungen in allen Bereichen der
23 Industrie. Die notwendigen Transformationsprozesse lösen bei vielen Menschen Vorbehalte und
24 Ängste aus.

25 Der Verlust des Arbeitsplatzes kann für die Beschäftigten in Industriebereichen als eine konkretere
26 Bedrohung als die Vernichtung unserer Lebensgrundlage durch das Artensterben und die Folgen der
27 Klimakrise wahrgenommen werden. Diese subjektive Wahrnehmung der Bedrohung der
28 Lebensgrundlage nehmen wir ernst.

29 Die Transformation der Produktion kann nur gelingen, wenn die Mitarbeitenden in die
30 Transformationsprozesse mit einbezogen werden. Die Mitarbeitenden selbst haben das größte
31 Interesse, dass ihre Arbeitskraft und Expertise langfristig gebraucht wird. Deswegen sind wir davon
32 überzeugt, dass die Mitarbeitenden selbst ein Interesse daran haben, die industrielle Produktion so
33 zu gestalten, dass sie nicht unsere Lebensgrundlage zerstört und Ressourcen künftiger Generationen
34 verwendet.

35 Die Industrie ist verpflichtet, Sorge dafür zu tragen, den Mitarbeitenden zukunftsfähige Arbeit zu
36 geben. Genauso darf die Industrie der Welt nur noch so viele Ressourcen entnehmen, wie es nötig
37 ist, um ein Gleichgewicht zwischen Verbrauch und natürlicher Regeneration zu schaffen. Alles andere
38 wäre eine nicht wieder gut zu machende Ungerechtigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen.

39 **Entwicklung**

40 Eine zentrale Eigenschaft, der bei der Entwicklung von neuen Produkten Rechnung getragen werden
41 muss, ist die Möglichkeit des Recycling.

1 Deshalb fordern wir weniger verschiedene Bauteile. Das ermöglicht eine einfachere Produktion und
2 Reparatur - der Recycling-Prozess wird also erleichtert.

3 Bei Produkten sollten in Zukunft immer auch Pläne mit ausgearbeitet werden, die beschreiben, wie
4 einem Produkt ein zweites Leben gegeben werden kann und wie es wieder in seine Bestandteile
5 zerlegt werden kann.

6 **Produktion**

7 Bei der Produktion entsteht der wesentliche Teil der Schadstofffreisetzung: Begonnen beim Abbau
8 der Materialien über den Transport und Verarbeitung bis hin zu Montage und Vertrieb. Überall
9 müssen die Belastungen der Umwelt daher erfasst, erheblich reduziert und gegebenenfalls
10 ausgeglichen werden.

11 Prozesse sollen so gestaltet werden, dass "Abfälle" wie z. B. Abwärme auch
12 unternehmensübergreifend noch anders genutzt werden können. Produkte sollen aus recycelten
13 Rohstoffen hergestellt werden und so wenig neue Rohstoffe wie möglich beanspruchen.

14 Herstellungsanlagen und -prozesse müssen klimaneutral sein. Verpackungen sollen wiederverwendet
15 oder recycelt werden. Transportwege müssen kurz gehalten werden.

16 **Gebrauch**

17 Verbraucher*innen sollen in nachhaltigem Konsum unterstützt werden, indem Produkte in
18 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter aufgeteilt werden, sodass Verbrauchsgüter einfach nachproduziert
19 und ausgetauscht werden können. Gebrauchsgüter müssen auf lange Zeit produziert werden können,
20 um den langfristigen Gebrauch des Produkts zu ermöglichen. Komponenten des Produkts sollen bei
21 Weiterentwicklung ausgetauscht werden können.

22 Der sogenannten „geplanten Obsoleszenz“ sagen wir den Kampf an. Geplante Obsoleszenz bedeutet,
23 dass Produkte frühzeitig, meist kurz nach Ablauf der Garantie und vom Hersteller gewollt kaputt
24 gehen und durch ein neu produziertes Produkt ersetzt werden müssen.

25 **Reparatur**

26 Produkte müssen reparierbar sein. Sowohl Ersatzteile als auch Pläne zur Reparatur müssen einer
27 möglichst breiten Öffentlichkeit bereitgestellt werden. Genauso muss es eine Möglichkeit geben,
28 produktspezifische Reparaturwerkzeuge zu beschaffen oder herzustellen, damit auch unabhängige
29 kleine Betriebe Reparaturen durchführen können. Durch unabhängige Angebote und einer
30 verhinderten Monopolisierung von Reparaturdienstleister*innen werden die Verbraucher*innen
31 geschützt. Eine aktive Sharing Economy soll auch bei Werkzeugen gelebt werden.

32 **Recycling**

33 Einsparung von Ressourcen und deren Wiederverwertung sind nicht nur kostengünstiger, sondern
34 auch in Hinblick auf den Einsatz von Arbeitskraft, Zeitaufwand und Produktionsmittel einiges
35 effizienter.

36 In ihre Bestandteile zerlegbare Produkte sind das Ziel. So können noch zu gebrauchende und
37 reparierbare Bestandteile wiederverwendet werden. Ist dies nicht mehr möglich, müssen die
38 Produkte recycelt werden.

39 Darüber wie die Produkte recycelt werden können, muss der*die Kund*in beim Kauf ebenso
40 informiert werden wie über die Recyclingraten der verbauten Materialien. Der Staat muss die

1 Reparatur als Dienstleistung fördern. Dadurch entstehen neue Arbeitsbereiche, besonders für kleine
2 Handwerksbetriebe, mit neuen Arbeitsplätzen. Zusätzlich werden bestehende gestärkt.

3 **Digitalisierung in Unternehmen**

4 Unternehmen müssen ihre bestehenden, teilweise nicht zukunftsfähigen Geschäftsfelder
5 transformieren. Diese können durch konsequente Digitalisierung erschlossen werden. Dazu darf
6 Digitalisierung nicht länger lediglich als eine Form der Automatisierung oder Möglichkeit neuer
7 Verwaltung wahrgenommen werden. Stattdessen müssen die Potenziale von digitalen
8 Geschäftsmodellen und Plattformen erkannt werden. Schafft man diese Digitalkompetenz im
9 eigenen Unternehmen, ist man nicht auf Tech-Konzerne angewiesen, die immer weiter in das
10 Geschäftsfeld der Automobilindustrie vorrücken.

11 Viele Firmen nutzen zur Zeit Nachhaltigkeitskonzepte zum Entwickeln von Prototypen für
12 Ausstellungen und Veranstaltungen. Dabei wird versucht, Greenwashing zu betreiben, da diese
13 Prototypen in den wenigsten Fällen wirklich umgesetzt werden und in die Produktion gehen.

14 Dies zeigt, dass die Konzepte bereits in der Automobilindustrie angekommen sind, jedoch mehr in die
15 Tat umgesetzt werden müssen.

16 **CO₂-Bepreisung und Umverteilung**

17 Die Folgen der Erderwärmung erzeugen schon heute hohe Kosten. Ein Beispiel sind die häufigeren
18 Waldbrände und Überschwemmungen. Diese Kosten werden in absehbarer Zeit steigen. Ebenso wird
19 auch die nötige Transformation viel Geld kosten und Anreize benötigen.

20 Die Gefahr besteht, dass diese Kosten nicht gerecht verteilt werden. Um dem entgegenzuwirken, ist
21 das Ziel, klimaschädigende Konzerne nach dem Verursacher*innen-Prinzip auf eine sozial gerechte
22 Weise in die Verantwortung zu nehmen.

23 Wo Ordnungspolitik, etwa Produktstandards, an ihre Grenzen kommt, kann die CO₂-Bepreisung in
24 ausreichender Höhe zusätzliche Anreize für klimaschonendes Wirtschaften setzen. Unterschiedliche
25 Modelle der CO₂-Bepreisung berücksichtigen soziale Aspekte unterschiedlich stark. Konzepte wie das
26 Klimageld, also eine pauschale Rückverteilung pro Kopf mit progressiver Wirkung (Menschen aus der
27 unteren Einkommenshälfte haben durchschnittlich einen wesentlich geringeren CO₂-Ausstoß und
28 erhalten mehr Geld, als sie abgeben), können darauf eine Antwort liefern.

29 Im Kontext der Industrie geht es vor allem darum, dass die Industrieunternehmen die CO₂-Preise
30 bezahlen, um einen Anreiz zur Umstellung der Produktion zu haben. Das ist entscheidender als eine
31 Konsumveränderung durch die privaten Haushalte.

32 Gleichzeitig muss Vermögen auch unabhängig von Klimapolitik im großen Stil umverteilt werden.
33 Klimapolitik darf nicht unsozial sein, soziale Fragen dürfen aber auch nicht als Vorwand gegen
34 Klimaschutz verwendet werden.

35 **Kräfte bündeln für eine bessere Zukunft!**

36 Als Mitglieder mit verschiedenen Organisationshintergründen haben wir gesehen, wie wichtig der
37 Austausch untereinander ist. Wie wichtig es ist, demokratisch miteinander zu diskutieren, sich mit
38 unterschiedlichen Standpunkten auseinanderzusetzen und auch die eigene Perspektive immer
39 wieder kritisch zu hinterfragen.

- 1 Aus dem gemeinsamen Projekt wollen wir auch in Zukunft eine Zusammenarbeit ableiten. Uns eint
- 2 das Ziel und wir können voneinander über die Wege, wie wir dieses Ziel erreichen können, vieles
- 3 lernen.

- 4 Unser Anspruch ist es, die Positionen auf die wir uns gemeinsam verständigt haben nach außen zu
- 5 tragen und die Menschen in unserer (Stadt-)Gesellschaft zu überzeugen, diesen Weg gemeinsam mit
- 6 uns zu gehen. Wir werden uns politisch im Rahmen unserer unterschiedlichen Möglichkeiten dafür
- 7 einsetzen, dass unsere gemeinsamen Visionen Realität werden.

- 8

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD – Landesparteitag
3 Ansprechpartner:

4
5
6
7

8 **Wachstum, Wachstum tralala, Wirtschaft ist nicht zum Wachsen da!**

9 Viele wirtschaftspolitische Debatten in der Bundesrepublik – und auch in der SPD und bei den Jusos –
10 drehen sich um die Frage nach Wachstum. Gerade im Zusammenhang mit der sozial-ökologischen
11 Transformation ist außerdem eine neue Position prominent geworden, die unter dem Begriff
12 “Degrowth” eine Schrumpfung der Wirtschaft fordert, um planetare Grenzen einzuhalten und das
13 Wirtschaften umweltverträglich zu machen.

14 Mit diesem Antrag wollen wir die Grundlage für eine klare Haltung zum Thema Wachstum schaffen
15 und damit die Debatte konstruktiv weiterbringen. Diese Position bezieht sich auf die aktuell
16 stattfindende Debatte um die sozial-ökologische Transformation, die sich vor allem im Rahmen des
17 kapitalistischen Wirtschaftssystems abspielt.

18 **Über welches Wachstum reden wir?**

19 Wenn heute über Wachstum gesprochen wird – egal ob Pro- oder De-Growth – dann geht es
20 meistens um das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Größe. Veränderungen im inflationsbereinigten
21 Bruttoinlandsprodukt werden bei positiver Entwicklung als Wachstum bezeichnet. Dabei ist das
22 Bruttoinlandsprodukt aus vielerlei Hinsicht die falsche Metrik: Wenn beispielsweise ein
23 Hauseigentümer sein Haus an eine andere Person verkauft, die das Haus wiederum an den
24 ursprünglichen Eigentümer vermietet, ist zwar das Bruttoinlandsprodukt gestiegen, es hat sich aber
25 qualitativ nichts verändert.

26 Das BIP gibt außerdem keine Aussage darüber, in welchen Branchen Wachstum stattgefunden hat.
27 Gerade die große Menge überwiegend von FINTA*-Personen (Frauen, Inter, nicht-binäre und Trans
28 Personen) geleistete unbezahlte Reproduktionsarbeit würde beispielsweise ein enormes
29 Wirtschaftswachstum generieren, wenn sie politisch gewollt professionalisiert werden würde. Die
30 Auswirkungen auf die Erderwärmung wären dabei enorm überschaubar.

31 **Wirtschaftswachstum - we don't care**

32 Unsere Forderung ist es, eine agnostische Haltung gegenüber wirtschaftlichem Wachstum im Sinne
33 einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts einzunehmen. Wachstum per se ist kein sozialistisches
34 oder sozialdemokratisches Ziel, da alleine mehr erfasste Güter und Dienstleistungen nicht
35 automatisch zu mehr Wohlstand führen. Insbesondere in den letzten Jahrzehnten ist die
36 Vermögensungleichheit bei wachsender Wirtschaft stetig größer geworden. Statt auf Wachstum, soll
37 Wohlstand für alle in den Fokus rücken. Aktiv für oder gegen Wachstum zu arbeiten, ist jeweils für
38 sich auf unterschiedliche Weise problematisch.

39 In den letzten 200 Jahren haben wir durch Steigerung von Produktion und Ressourceneinsatz ein
40 hohes Wohlstandsniveau in den Volkswirtschaften des globalen Nordens geschaffen. Dies ging
41 jedoch mit einer enormen Ausbeutung von Mensch und Natur, insbesondere im globalen Süden
42 einher. Eine Fortführung dieser Entwicklung – umso mehr in der zunehmenden Geschwindigkeit – ist
43 nicht innerhalb der planetaren Grenzen darstellbar.

1 Wirtschaftspolitik muss sich daher zukünftig an anderen Zielen und nicht mehr an einer Steigerung
2 des BIP ausrichten: Viel entscheidender als zu messen und vorzugeben, wie hoch der Gesamtwert
3 aller Tauschgeschäfte in einer Volkswirtschaft war oder sein soll, ist es, qualitative Aspekte wie die
4 Zusammensetzung der Wirtschaftsleistung und andere quantitative Aspekte wie den Grad der
5 Dekarbonisierung oder die ökonomische Gerechtigkeit in den Blick zu nehmen und als Ziele zu
6 verfolgen. Dabei spielt vor allem auch der individuell wahrnehmbare Wohlstand und seine Mehrung
7 eine Rolle. Hierfür muss auf bestehende Messgrößen zurückgegriffen werden und es müssen zudem
8 neue Messgrößen entwickelt werden.

9 Wir nehmen in der wirtschaftspolitischen Debatte aktuell vor allem zwei Positionen wahr. Auf der
10 einen Seite das Dogma des ständigen Wachstums und demgegenüber die Forderung nach einem
11 Ende des Wachstums und sogar eine Rückentwicklung der Wirtschaft. Beide Positionen lehnen wir
12 klar ab.

13 **Vom aktuellen Wachstum profitiert nur das Kapital**

14 Das Dogma des ständigen Wachstums argumentiert, dass sich durch ständiges Wirtschaftswachstum
15 der Wohlstand einer Volkswirtschaft vergrößern würde. Während es zutreffend ist, dass es eine
16 Bedingung für den Kapitalismus ist, sich auszudehnen und zu expandieren, um die Interessen des
17 Kapitals zu befriedigen, ist empirisch nicht von der Hand zu weisen, dass sich in den vergangenen
18 Jahren trotz kontinuierlichem Wirtschaftswachstum die Einkommens- und Vermögensverteilung
19 nicht verbessert, sondern verschlechtert hat. Kurz: Von Wachstum profitieren aktuell also nicht in
20 erster Linie diejenigen, die das Wachstum erwirtschaften, sondern vor allem diejenigen, die über die
21 Produktionsmittel verfügen und sich die Arbeitskraft anderer aneignen.

22 Auch das Argument, dass sich nur durch eine wachsende Volkswirtschaft – gemessen am
23 Bruttoinlandsprodukt – das System sozialer Sicherung finanzieren ließen, ist nicht zu halten. Die
24 Frage des Sozialstaats ist keine Frage des Geldes, sondern eine Frage von real verfügbaren
25 Ressourcen. Würde das Bruttoinlandsprodukt nicht mehr steigen, so müsste man allerdings den
26 Anteil der Ressourcen quantitativ erhöhen, der Menschen in sozialen Berufen und Arbeitslosen
27 zufließt oder aber die Qualität der Ressourcen steigern, damit Menschen in sozialen Berufen und
28 Arbeitslose keine Wohlstandsverluste erleiden, wenn dieser absolut erhöht werden soll.

29 Weiterhin wird argumentiert, dass in einer wachsenden und expandierenden Wirtschaft quasi
30 automatisch neue Arbeitsplätze entstehen würden und für das Ziel der Vollbeschäftigung daher
31 kontinuierliches Wachstum nötig sei. Doch auch dieses Argument lässt sich widerlegen: Weil die
32 Produktivität einzelner Arbeitskräfte pro Zeiteinheit z. B. durch technologischen Fortschritt aber auch
33 durch Qualifizierung stetig steigt, ist ein Anstieg der Produktivität und damit Wirtschaftswachstum
34 möglich, ohne dass dies zu mehr Beschäftigung führt.

35 **De-Growth schadet denen, die arbeiten!**

36 Die gegenteilige Perspektive ist diejenige, die zuletzt besonders durch Ulrike Herrmanns Buch “Vom
37 Ende des Kapitalismus” stark gemacht wurde. Aufgrund der harten planetaren Grenzen sei es nicht
38 mehr möglich, im heutigen Umfang zu produzieren. Daraus resultiere die Notwendigkeit einer
39 Deindustrialisierung und einer Schrumpfung der Wirtschaft, da wir über unsere Verhältnisse
40 produzierten.

41 Während es richtig und wichtig ist, planetare Grenzen als Fragestellung in die wirtschaftliche Debatte
42 einzubeziehen, wäre diese Antwort mit einem massiven Verlust an materiellem Wohlstand und
43 sinnstiftender Erwerbsarbeit verbunden, zwei zentralen Säulen unserer Vorstellung einer
44 sozialistischen Gesellschaft. Wir dürfen daher nichts unversucht lassen, um eine Deindustrialisierung

1 trotz Einhaltung der planetaren Kapazitäten – sowohl in Bezug auf Emissionen als auch in Bezug auf
2 Ressourcenverbrauch – zu verhindern. Kurzfristig politisch herbeigeführte Deindustrialisierung würde
3 vor allem dazu führen, dass Arbeitnehmer*innen ihre Arbeitsplätze verlieren und damit nicht nur in
4 existenzielle Not geraten, sondern auch die Teilhabe an der Gesellschaft verlieren. Ganze Regionen
5 und Gebiete wären bedroht, das soziale Spaltungspotential ist enorm.

6 **Wohlstandsniveau halten ohne weiteres Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen: Wie soll** 7 **das gehen?**

8 Das Ziel unserer wachstumsagnostischen Haltung ist der größtmögliche Wohlstand bei
9 bestmöglicher Verteilung unter Einhaltung der planetaren Grenzen. Dafür braucht es aus unserer
10 Sicht drei konkrete Dinge:

11 1) Demokratische Entscheidung darüber, wofür Ressourcen und Emissionskapazitäten verwendet
12 werden: Schaut man sich an, welche Einkommensgruppen für welchen Anteil von Emissionen
13 verantwortlich sind, dann stellen wir schnell fest, dass es eine enorme Ungerechtigkeit in der
14 Verursachung der Klimakrise gibt. Wir wollen daher den Ressourcenverbrauch und die Zuteilung von
15 Emissionen demokratisch und nicht marktwirtschaftlich entscheiden: In vielen Bereichen –
16 Luxuskreuzfahrten, Privatjets und ähnliches – lassen sich ohne Wohlstandsgefährdung der Vielen
17 massive Einsparungen vornehmen.

18 2) Aktive Transformation und Dekarbonisierung: Statt De-Growth braucht es aktive Transformation.
19 Durch aktives staatliches Handeln, hohe Investitionen und klare Regularien ist es möglich, die
20 Wirtschaft und auch die industrielle Produktion zu dekarbonisieren. Die Potentiale für erneuerbare
21 Energien sind nicht ansatzweise ausgeschöpft, die technologischen Entwicklungen für
22 emissionsärmere und emissionsfreie Produktionstechniken stehen noch am Anfang. Ansätze aus der
23 Kreislaufwirtschaft und die Forderung nach einer Veränderung von Produktionsverfahren hin zu einer
24 Wiederverwendbarkeit von endlichen Rohstoffen ist nicht nur ökologisch sondern auch demokratisch
25 geboten, wenn wir uns nicht von rohstoffreichen, autokratischen Staaten erpressbar machen wollen.

26 3) Wir wollen die Kreislaufwirtschaft: Insbesondere für die Frage der Ressourcen – Rohstoffe etc. – ist
27 die Kreislaufwirtschaft viel diskutiertes und auch von uns unterstütztes Ziel. Wir wollen diesen Weg
28 einschlagen und die Industrie durch ordnungsrechtliche Vorgaben zur Kreislaufwirtschaft
29 verpflichten. Aber die Kreislaufwirtschaft allein wird dabei nicht der heilige Gral sein: Selbst bei
30 enormen technischen Fortschritt wird es notwendig sein, dem Wirtschaftskreislauf immer auch neue
31 Primärrohstoffe zuzuführen, deswegen muss die Regenerationsrate von Primärrohstoffen in die
32 demokratisierte Planung von Produktion integriert werden. Deswegen ist es notwendig, dass dieser
33 Aspekt gemeinsam mit den beiden vorgenannten umgesetzt wird.

34 Die Verfolgung dieser Ziele kann sowohl zu einem positiven als auch zu einem negativen
35 Wirtschaftswachstum führen. Dies nehmen wir desinteressiert zur Kenntnis, weil wir uns auf unsere
36 anderen qualitativen Ziele konzentrieren und diese ins Zentrum unserer Politik stellen.

37 **Produktivkraftsteigerung ja – aber nicht wegen Wachstum sondern als Mittel zur** 38 **Arbeitszeitverkürzung**

39 Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum – gerade aus der
40 marxistischen Theorie heraus – diskutiert wird ist die Frage nach der Produktivkraft der
41 Arbeitnehmer*innen und deren Steigerung. Dazu halten wir folgendes fest:

42 Es gibt viele gesellschaftliche Herausforderungen und Aufgaben, die wir auch zukünftig nur mit
43 menschlicher Arbeitskapazität lösen können, dies gilt beispielsweise in der Pflege und der Bildung.
44 Die Steigerung der Produktivkraft der Arbeitnehmer*innen z.B. in der Industrie oder dem

1 Dienstleistungssektor kann hierfür Kapazitäten freisetzen. Auch Ingenieurleistungen, die für die
2 Transformation elementar notwendig sind, lassen sich nur mit menschlicher Arbeit erledigen. Wir
3 wollen die Produktivkraftsteigerung nutzen, um gesamtgesellschaftlich in der Lage zu sein, diese
4 Probleme mit mehr Aufmerksamkeit und Kapazität zu adressieren.

5 Produktivkraftsteigerung ist also für uns grundsätzlich positiv. Aber nicht, weil sie zu einer Steigerung
6 des Wirtschaftswachstums führt, sondern weil der Anstieg der Produktivität ein starkes Pfund in den
7 Händen der Arbeitnehmer*innen gegenüber denjenigen ist, die ihre Arbeitskraft ausnutzen. Die
8 Forderung lautet: weniger Arbeitszeit bei gleichem Lohn. Von der Steigerung der Produktivkraft – die
9 gleichzeitig mit Verdichtung und damit auch mit Belastung der Beschäftigten einhergeht – sollten vor
10 allem die Arbeitnehmer*innen profitieren, dann ist sie für uns auch ein erstrebenswertes Ziel.

11 **(Nicht-)Wachstum international denken**

12 Der globale Norden hat in den letzten Jahrhunderten im Vergleich zum globalen Süden einen
13 enormen Wohlstandszugewinn erlebt. Die globale Ungerechtigkeit ist dabei aber weiter enorm. Die
14 oben bereits genannte Demokratisierung von Ressourceneinsatz und Emissionen ausstoßen muss
15 nicht nur national oder international innerhalb der EU sondern global erkämpft werden. Die
16 Geschichte ist voll von Ausbeutung des globalen Südens. Daher ist es nur folgerichtig, dass
17 Wohlstandssteigerungen in den kommenden Jahren mit Priorität im globalen Süden angestrebt
18 werden.

19 Der Anspruch der Menschen im globalen Süden auf eine Erhöhung ihres Wohlstands stellt für uns
20 eine genauso harte Grenze für unseren eigenen Ressourcenverbrauch im globalen Norden dar, wie
21 die planetaren Grenzen. Eine materielle Wohlstandsmehrung im globalen Norden darf nur dann
22 politisch gewollt und umgesetzt werden, wenn gleichzeitig die planetaren Grenzen eingehalten
23 werden und der materielle Wohlstand im globalen Süden wachsen kann.

24 Doch sobald ein hohes materielles Wohlstandsniveau auch dort erreicht wurde, ist es folgerichtig wie
25 für den globalen Norden auch für den globalen Süden unsere Sichtweise, dass andere Faktoren und
26 Argumente in der Debatte mehr Gewicht bekommen müssen und besser dazu geeignet sind, den
27 Zustand von Volkswirtschaften zu beschreiben. Wirtschaftswachstum sollte unserer Meinung nach
28 generell nur angestrebt werden, solange diese Zielsetzung auch zu realen, qualitativen
29 Verbesserungen führt.

30 Wir erkennen an, dass diese Analyse zwar unserer sozialistischen und internationalistischen Analyse
31 entstammt, wir sie aber dennoch aus der Sprecher*innenposition von Menschen aus einem ehemals
32 kolonialisierenden Staat heraus treffen. Deshalb und ganz generell maßen wir uns nicht an, für die
33 Länder des globalen Südens zu sprechen. Aufgabe unseres politischen Handelns ist es, ausreichend
34 große materiell-physikalische Spielräume offen zu halten, innerhalb derer die Menschen im globalen
35 Süden ihre eigenen politischen Entscheidungen treffen können.

36

37

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD – Landesparteitag, SPD - Bundesparteitag
3 Ansprechpartner:

4
5
6
7

8 **Die Mindestlohnkommission – ist das eine Kommission oder kann die weg?**

9 Die Mindestlohnkommission muss dringend reformiert werden. Die kürzlich getroffene
10 Entscheidung, den Mindestlohn nur um 41 Cent zu erhöhen ist ein Schlag ins Gesicht der
11 Arbeitnehmer*innen und zeigt den dringenden Reformbedarf dieser Kommission.

12 Konkret fordern wir:

- 13 • Die Festlegung des Mindestlohns muss sich auf den zuvor geltenden Betrag beziehen. Auch
14 politisch beschlossene Erhöhungen müssen dabei selbstverständlich berücksichtigt
15 werden.
- 16 • Eine Entscheidung gegen die geschlossene Abstimmung der Arbeitnehmer*innen-Seite
17 darf zukünftig nicht möglich sein.
- 18 • Die Bundesregierung muss die Möglichkeit bekommen, die Höhe des Vorschlags der
19 Mindestlohnkommission nach oben korrigieren können, wenn es die politische Situation
20 erfordert oder muss Vorschläge zur Korrektur an die Mindestlohnkommission
21 zurückweisen können.
- 22 • Die Bundesregierung soll schnellstmöglich, spätestens zum 01.01. die EU-
23 Mindestlohnrichtlinie umsetzen. Diese beinhaltet einen Mindestlohn bei 60% des
24 Medianeinkommens. Für Deutschland liegt der Betrag damit aktuell bei 14€.

25

26 Begründung

27 Mit der Einführung des Mindestlohngesetzes hat die Bundesregierung auch eine sogenannte
28 Mindestlohnkommission eingesetzt. Diese soll alle zwei Jahre einen Vorschlag zur Anpassung des
29 Mindestlohns machen, den die Bundesregierung und dann der Bundestag übernehmen können. Eine
30 Änderung des Vorschlags ist aber derzeit nicht möglich.

31 Die Kommission besteht aus 7 Personen. Davon sind jeweils drei Vertreter*innen der
32 Arbeitnehmer*innen und der Arbeitgeber*innen vertreten, gemeinsam benennen die eine*n
33 Vorsitzende*n.

34 Die Grundlage für den Vorschlag der Kommission soll die durchschnittliche Änderung der
35 Tarifabschlüsse aus dem letzten Jahr darstellen werden.

36 Vor kurzem hat die Mindestlohnkommission nun die Kommission die Erhöhung zum ersten Januar
37 2024 auf 12,41€ und zum ersten Januar 2025 auf 12,82€ vorgeschlagen. Diese Erhöhung ist absolut
38 unzureichend, denn sie geht nicht von den aktuellen 12€ aus, sondern geht vom vorherigen
39 Mindestlohn in Höhe von 10,40€ aus. Das ist absolut inakzeptabel. Dabei wurde die Entscheidung
40 gegen die Arbeitnehmer*innenvertreter*innen mit 4 zu 3 Stimmen durchgedrückt.

41 Der Mindestlohn an sich ist ein enorm wichtiges Instrument, da gerade niedrige Einkommensgruppen
42 besonders stark von Inflation und Teuerung betroffen sind. Allein im Monat Mai sind beispielsweise
43 die Kosten für Lebensmittel um mehr als 14% höher gewesen als im Vorjahresmonat. Der Konsum

1 von Menschen mit geringem Einkommen ist ohnehin sehr stark reduziert, ein weiteres Sparen oder
2 Verzicht sind unrealistisch und als Vorschlag vehement abzulehnen.

3 Durch die vermeintliche Entpolitisierung – sprich die bloße Orientierung an den Tarifabschlüssen und
4 die Nicht-Berücksichtigung der politischen Anpassung – wird der Sinn des Mindestlohns absolut
5 entkernt und das Instrument ad absurdum geführt. Wenn die Mindestlohnsteigerungen die
6 Kostensteigerungen für elementare Güter nicht mit abdeckt ist es kein sinnvoller Mindestlohn.

7 In den Zeiten ohnehin großer finanzieller Belastungen der Arbeitnehmer*innen, während Vorstände
8 und Shareholder weiterhin riesige Gewinne einfahren und in Zeiten, in denen die Rattenfänger der
9 AfD mit diesen Belastungen versuchen, ihren Rechtsextremismus wieder salonfähig zu machen kann
10 dies nicht die Politik einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung sein.

11

12

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD – Landesparteitag, SPD - Bundesparteitag
3 Ansprechpartner:

4
5
6
7

8 **Drogenpolitik neu denken**

9 In den letzten 10 Jahren starben jährlich zwischen Tausend und Zweitausend Menschen an den
10 direkten Folgen ihres Drogenkonsums und die Tendenz steigt gerade unter jungen Menschen stark.
11 Diesen Trend können wir mit den bisherigen Maßnahmen, die Repressionen und Bestrafung
12 vorsehen, nicht stoppen. Gerade Bayerns Justizapparat fährt einen “law and order”-Kurs gegen
13 Drogenabhängige. Dabei werden weder Erfolge im Kampf gegen die Abhängigkeit erzielt, noch Werte
14 wie Humanität oder Solidarität gewahrt. Bayern steht im Bundesdeutschen Vergleich extrem schlecht
15 da. Wir wollen eine Neuausrichtung der Drogenpolitik erreichen, in Oberbayern, Bayern und dem
16 Bund.

17 **Prävention und Aufklärung durch den Bezirk ausbauen**

18 Die jahrelange Taktik durch Drohszenarien und Druck Prävention zu betreiben, ist spätestens nach
19 den neuesten Statistiken zu jungen Konsument*innen gescheitert und muss somit umgedacht
20 werden.

21 Wir fordern den Fokus der Drogenprävention auf die Schulsozialarbeit zu legen, die
22 Aufgabenübertragung auf die kommunale Sozialarbeit lehnen wir ab. Die Schulen sind feste
23 Bestandteile im Alltag der Jugendlichen und somit ist die Möglichkeit verbindliche
24 Präventionsangebote hier zu verankern einleuchtender und effektiver, als z. B. in Jugendzentren, wo
25 sich die Jugendlichen freiwillig aufhalten.

26 So muss auch eine sinnvolle pädagogische Lösung gefunden werden, wenn die Zubetreuenden schon
27 eine (eher harmlose) Abhängigkeit wie Tabak, Alkohol oder Cannabis entwickelt haben. Die
28 Prävention darf hierbei nicht aus Verteufelung bestehen, sondern soll sich auf den vernünftigen
29 Konsum ausrichten.

30 Zudem können Kooperationen mit Suchtberatungsstellen gebildet werden und gemeinsame Projekte
31 z. B. auch an Schulen durchgeführt werden. Hierbei könnten frühere Abhängige über ihre
32 Erfahrungen berichten und durch ein ehrliches Gespräch auf Augenhöhe einen wichtigen
33 Präventionsbeitrag leisten. Die Kooperationen mit Suchtberatungsstellen sollten durch den Bezirk
34 Oberbayern finanziell gefördert werden.

35 Die Hilfsangebote müssen niedrigschwellig sein und nach Wunsch auch anonym erfolgen, um so die
36 Angst vor zukünftiger Benachteiligung, Stigmatisierung oder gar Belangung abzubauen.

37 **Drogenpolitik komplett neu denken**

38 Zur konsequenten Umsetzung muss deshalb der Konsum und der Besitz geringer Mengen jeglicher
39 Drogen durch eine Novelle des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG), ähnlich dem portugiesischen
40 Modell, entkriminalisiert werden. Statt eines Straftatbestands (nach StGB) wollen wir die
41 Überführung in eine Ordnungswidrigkeit (nach OwiG) erreichen. Der Drogenhandel und Besitz großer
42 Mengen soll weiter strafrechtlich verfolgt und strikt unterbunden werden.

1 Die Beratungsstellen sollen mit Unterstützung der Kliniken des Bezirks (kbo) aufgebaut werden, die
2 bereits jetzt Suchtkranke behandeln. Es soll eine Struktur aus- und aufgebaut werden, die an die
3 lokalen Gegebenheiten angepasst ist.

4 Aufgegriffenen Personen sollen ihre Drogen abgenommen werden, anstatt sie damit aber nur zu
5 weiterem Kauf und damit die meist bereits wirtschaftlich angeschlagene Personen in weitere
6 finanzielle Notlagen zu treiben, sollen Angebote zur Substitution in den Beratungsstellen aufgebaut
7 werden und in Extremfällen auch die ärztlich überwachte Abgabe von reinem Heroin geprüft werden.
8 Ebenso sollen Möglichkeiten zum besseren Konsum bereitgestellt und z. B. sterile Spritzen kostenlos
9 verteilt werden. Die beste Lösung wäre die Einrichtung von Drogenkonsumräumen, was der Freistaat
10 Bayern aktuell allerdings verhindert (siehe unten).

11 Schon vor der Änderung der bundespolitischen Ausrichtung der Drogenpolitik muss der Freistaat
12 Bayern vorgehen und verantwortungsvollere Drogenpolitik umsetzen. Aktuell treibt Bayern
13 Suchtkranke von besser abzuschätzenden Drogen wie Kokain und Heroin zu z. B. Fentanyl, das kaum
14 zu dosieren und nicht zu kontrollieren ist. Die repressive Haltung treibt die Konsument*innen
15 darüber hinaus zum Konsumieren ins Private oder an verborgenste Orte, wo bei verabreichter
16 Überdosis keine Hilfe geleistet werden kann.

17 Dazu gehört als erster Schritt, die harte und meist rassistisch-klassistisch motivierte Verfolgung durch
18 die bayerische Polizei zu beenden, keine Haftstrafen oder Bußgelder für geringe Eigenkonsum-
19 Mengen zu verhängen und Süchtigen bessere Unterstützung beim Entzug zu gewähren. Wir fordern
20 daher: Haftstrafen und Bußgelder müssen fallen gelassen werden, wenn die Konsument*innen
21 stattdessen zustimmen, ein Beratungsangebot wahrzunehmen. Das Beratungsangebot soll
22 schnellstmöglich mit Unterstützung der kbo-Kliniken aufgebaut werden und Langzeitbetreuung und
23 Substitutionsmöglichkeiten aus- und aufgebaut werden. Die konsequente Weiterführung dieser
24 Forderungen ist die Einrichtung von Drogenkonsumräumen.

25 Schon vorher sollen Streetworker*innen Süchtige mit beispielweise sauberen Spritzen versorgen und
26 Ratschläge zu möglichst sicherem Konsum anbieten.

27 Des Weiteren muss die Praxis des kalten Entzugs in bayrischen Gefängnissen sofort beendet und
28 durch eine humane, medizinisch-professionelle Praxis ersetzt werden.

29 **Drogenkonsumräume auch in Bayern**

30 Die Einrichtung von Konsumräumen, wie es sie in einigen Bundesländern bereits gibt, ist eine
31 logische Konsequenz aus diesen Überlegungen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass auf
32 Landesebene diese Räume, in denen der Konsum von Suchtmitteln unter ärztlicher Aufsicht begleitet
33 und ermöglicht wird, durch eine Verordnung möglich gemacht werden.

34 Konsumräume können nachweislich dazu beitragen, die Zahl der Tode durch Überdosis zu
35 reduzieren, da fachkundiges Personal den Konsum überwacht und Beratung anbieten kann. Darüber
36 hinaus können diese ebenso dazu beitragen, die Reinheit der konsumierten Drogen zu verbessern,
37 indem eine Analyse des mitgebrachten Stoffs vollzogen wird. Ebenso wird ein Beitrag zur
38 Verhinderung von Krankheitsübertragungen durch hygienischere Umstände geleistet.

39 Konsumräume sind ein niedrighwelliges Angebot für Suchtkranke, die ihnen einen sicheren
40 Konsum ermöglichen und sie darüber hinaus nicht nur in Kontakt mit Ärzt*innen, sondern auch mit
41 Beratungsstellen bringen kann. Daher müssen Konsumräume nicht nur an zentralen, leicht
42 erreichbaren Orten errichtet werden, sondern auch eine Nähe zu Beratungsstellen aufweisen.

1 Substitutionsbehandlungen, also die Behandlung opiatabhängiger Patienten mit Ersatzstoffen, sind in
2 Bayern grundsätzlich möglich. Ziel dieser Therapie ist eine gesundheitliche, psychische und soziale
3 Stabilisierung Suchtkranker. Das Angebot lässt in Bayern jedoch mehr als zu wünschen übrig, in vielen
4 Regionen gibt es nach wie vor kein Angebot zur Substitutionstherapie.

5 Aus diesem Grund fordern wir einen forcierten Ausbau dieses Therapieangebots und auch einen
6 vermehrten Einsatz dieser Methode, sofern sie medizinisch geboten erscheint. Ärzt*innen, die
7 Substitutionstherapie anbieten, benötigen darüber hinaus die rechtliche Sicherheit und eine
8 Unterstützung bei der notwendigen Zusammenarbeit mit Therapeut*innen, Sozialpädagog*innen
9 und Psycholog*innen.

10 Nach einer landesweiten Umsetzung dieser Punkte setzen wir uns besonders dafür ein, dass die
11 Kliniken des Bezirks (kbo) Substitutionsbehandlungen vermehrt forcieren. Darüber hinaus sollen mit
12 Unterstützung der kbo-Kliniken Konsumräume errichtet werden und ein Monitoring betrieben
13 werden, um sowohl die medizinische Versorgung als auch die Nähe zu Beratungsstellen zu
14 garantieren.

15 **Entkriminalisierung**

16 Wir wollen bei der Entkriminalisierungsdebatte zwischen Cannabis und anderen Drogen wie Kokain,
17 Heroin oder synthetische Drogen, die bereits nach kurzer Zeit ein hohes Sucht- und
18 Gefährdungspotential aufweisen, schon bei einmaligem Konsum stark schädigende Wirkung
19 entfalten, extreme Rauschzustände verursachen und schwer zu dosieren sind, unterscheiden.

20 Cannabis soll nicht nur entkriminalisiert werden, sondern wie die bereits jetzt legalen Drogen Alkohol
21 und Tabak legal erworben, angebaut und konsumiert werden dürfen, also vollumfassend legalisiert
22 werden.

23 Kriminelle Handelsnetzwerke können so zerschlagen werden, die Qualität kann durch staatliche
24 Stellen geprüft werden. Verkauf kann außerdem über staatlich überwachte Stellen erfolgen, so dass
25 der Jugendschutz gewährleistet werden kann. Social Clubs sowie den Anbau und Verkauf durch
26 öffentliche Stellen unterstützen wir dabei.

27 Sollte eine Legalisierung nicht möglich sein, fordern wir eine umfassende Entkriminalisierung, sodass
28 der Besitz kleiner Mengen und Eigenkonsum nicht mehr verfolgt werden.

29 Dazu muss der Begriff "geringe Menge", der nach BtMG nicht verfolgt werden soll, klar definiert und
30 auf 10 Gramm festgelegt werden. Zudem fordern wir, dass das bayerische Justizministerium durch
31 eine Weisung Strafverfahren gegen Konsument*innen oder Besitzer*innen geringer Mengen
32 Cannabis untersagt.

33

34

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD – Landesparteitag
3 Ansprechpartner:
4
5
6
7

8 **Still und starr ruht die Schneekanone**

9 Wir fordern ein Verbot von künstlicher Beschneigung, sowie des Einsatzes von Sitzheizungen in Liften
10 in allen Skigebieten Bayerns mit sofortiger Wirkung. Als Ausgleich für Einnahmeausfälle, die teilweise
11 existenzbedrohend sein können, soll es kurzfristige Sonderhilfen für die Skigebiete geben, die eine
12 Umstellung auf sanften Tourismus ermöglichen.

13 Langfristig wollen wir eine Transformation des Alpentourismus erreichen. Deshalb soll Nachhaltigkeit
14 ein Kriterium für Mittel aus der Seilbahnförderung werden – zum Beispiel durch Umstellung auf
15 Ganzjahrestourismus oder Ausbau der Erreichbarkeit mit dem ÖPNV. Künstliche Beschneigung soll
16 nicht weiter mit diesen Mitteln gefördert werden.

17

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD – Landesparteitag
3 Ansprechpartner:

4
5
6
7

8 **Titel: Wasserversorgung sicherstellen**

9 Wasser ist ein knappes, wertvolles und lebensnotwendiges Gut. Durch die Verschärfung und das
10 Voranschreiten der Klimakrise stehen wir in naher Zukunft sowohl international als auch in unserer
11 Nachbar*innenschaft Auseinandersetzungen um Wasser bevor. Deshalb ist es für uns wichtig,
12 politische Antworten zu finden und frühzeitig die Weichen zu stellen, dass Wasser auch langfristig in
13 guter Qualität für die jeweilig notwendigen Zwecke zur Verfügung steht.

14 **Trinkwasser als lebensnotwendiges Gut in hoher Qualität sichern**

15 Die Bereitstellung von Trinkwasser ist ein essenzieller Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Dieses
16 oberste Gebot der öffentlichen Trinkwasserversorgung darf nicht in Frage gestellt werden.
17 Privatisierung und Entstaatlichung stellen wir uns immer klar entgegen. Besonders im Fall von
18 Trinkwasser, denn wir wollen eine krisenfreie Wasser-Versorgung zukünftiger Generationen
19 sicherstellen.

20 **Schutz von Wasservorkommen und lokale Wasserversorgung**

21 Für uns ist klar, dass Trinkwasser in Bayern dort angeboten werden muss, wo es auch herkommt.
22 Regionalität ist dazu die vorderste Prämisse. Das Wasserhaushaltsgesetz in Kombination mit der
23 Bayerischen Gemeindeordnung setzen diese ortsnahe Trinkwasserversorgung durch die Kommunen
24 bereits um.

25 Wir wollen, dass auch weiterhin Trinkwasser bevorzugt aus **besonders geschütztem Grundwasser in**
26 **der Region** der Verbraucher*innen gewonnen und **möglichst naturbelassen zu niedrigen und immer**
27 **bezahlbaren Preisen** geliefert wird. Dieser Vision folgend, muss auch unter den künftigen
28 Herausforderungen Trinkwasser in ausreichender Menge und einwandfreier Beschaffenheit durch
29 eine naturnahe Wassergewinnung bereitgestellt werden.

30 Zum Schutz vor Einträgen müssen **mehr adäquate Wasserschutzgebiete in Bayern** ausgewiesen oder
31 an lokale Bedingungen angepasst werden. Darüber hinaus müssen Wasserschutzgebiete dauerhaft
32 erhalten werden. Nur so kann eine ortsnahe Trinkwasserversorgung sichergestellt werden. Dazu
33 braucht es aber nicht nur die Ausweisung von Schutzgebieten sondern auch entsprechende
34 **Kontrollsysteme** mit entsprechender **Personalausstattung**, die wir für die Kommunen einfordern.
35 Die Festsetzungsverfahren von Wasserschutzgebieten muss durch neue administrative und rechtliche
36 Strukturen deutlich **beschleunigt** werden. Hier ist auch der Schutz vor Nitratverseuchung zu
37 berücksichtigen, dafür braucht es strikte Düngeverordnungen. Darüber hinaus setzen wir uns für die
38 Senkung der zulässigen Nitratkonzentration und PFOA-Konzentration im Trinkwasser ein.

39 Um die Wasserentnahme zukunftssicher zu gestalten, müssen bestehende **Bewilligungen zur**
40 **Wasserentnahme** angesichts der Klimafolgen entsprechend angepasst und aktualisiert werden.

41 Bei der Frage der Wassergewinnung fordern wir, dass das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in
42 Stadt und Land zu erreichen, nicht aus den Augen verloren wird. Nicht einzelne ländliche Landkreise
43 und Kommunen sollen durch ihre Wasservorkommen nur mehr belastet werden und ihre
44 Möglichkeiten und die Lebensqualität der Bürger*innen eingeschränkt werden, während Städte und

1 Metropolregionen profitieren. Es braucht deshalb Mitsprache für Landkreise und Kommunen bei der
2 Ausweisung von Wasserschutzzonen. Für die Entnahme von Wasser müssen die betreffenden
3 Gebietskörperschaften angemessen entschädigt werden, sodass Nachteile ausgeglichen und
4 Mehrkosten aufgefangen werden können. Die Wassergewinnung einer Metropolregion muss zudem
5 diversifiziert und auf mehrere Schultern verteilt werden.

6 Das Konzept einer naturnahen Wassergewinnung via **Uferfiltrat** sehen wir **kritisch**, solange es keine
7 deutliche Reduktion von Einträgen chemischer Stoffe aus Einleitungen wie kommunalen Kläranlagen
8 oder Quellen wie Agrarchemikalien, Luftimmissionen und Altlasten in die Oberflächengewässer gibt.
9 Der Eintrag von Stoffen muss konsequenter abgewendet werden. Landwirtschaftliche Einträge,
10 insbesondere Stickstoff, verseuchen jetzt schon vielerorts das Trinkwasser aufgrund zu hoher
11 **Nitratkonzentrationen**. Auch der Eintrag von Stoffen wie **PFOA** durch die chemische Industrie ins
12 Trinkwasser ist in Bayern Realität. Dem muss entschlossen entgegengewirkt werden. Dort, wo Stoffe
13 wie PFOA im Trinkwasser nachgewiesen werden können, muss die Aktivkohlefilterung sichergestellt
14 werden.

15 Wo immer Einträge entstehen oder entstanden sind, sind die Kosten der Aufbereitung des Wassers
16 entsprechend dem **Verursacher*innenprinzip** zu organisieren. So sollen beispielsweise
17 Industrieunternehmen, die für Stoffe im Wasser verantwortlich sind, für die Kosten aufkommen.

18 **Wasserverteilung regeln, zusätzliche Wasserquellen erschließen**

19 Wir wollen das Wasser trotz der klimatischen Veränderungen als Grundversorgung für alle Menschen
20 zur Verfügung steht. Jedoch ist uns auch bewusst, dass angesichts einer zunehmenden Verknappung
21 von Wasser in vielen Regionen es auch rigorosere **Wassersparmaßnahmen** braucht. Diese
22 Maßnahmen müssen zuerst in der **Landwirtschaft und Industrie** umgesetzt werden, da sie den
23 größten Hebel darstellen.

24 Um Nutzungskonflikten von Trink- und Brauchwasser vorzubeugen, wollen wir die Möglichkeiten der
25 Substitution von Teilmengen durch **Regenwasser oder recyceltes Wasser** verstärken. Wir wollen den
26 Bau von Regenwasserzisternen für urbane Bewässerungszwecke vorantreiben. Bei
27 Neubaumaßnahmen muss der örtliche Bebauungsplan in Gebieten mit Wasserknappheit
28 Regenwasserzisternen enthalten. Wo möglich sollen im bestehenden urbanen Raum
29 Regenwasserzisternen nachgerüstet werden.

30 Bayern braucht einen Paradigmenwechsel in der Wasserwirtschaft. In Zukunft braucht es eine
31 regionale Wasserbewirtschaftungsplanung. Diese muss auch zwischen verschiedenen Sektoren
32 vermitteln, insbesondere Gewerbe, Industrie, Schifffahrt, Stromerzeugung und Landwirtschaft
33 müssen neu gedacht werden, um die Trinkwasserversorgung in keinem Fall zu gefährden. Auch
34 deshalb erteilen wir der **kommerziellen Vermarktung** von Wasser, insbesondere von **Tiefenwasser**
35 und Wasser aus schwer erneuerbaren Vorkommen eine klare Absage.

36 Die Wassersicherheit basiert immer auf den natürlichen erneuerbaren Wasservorkommen, welche
37 durch **unabhängige und redundante Standbeine** in der Versorgung abgesichert sind. Neben
38 regionalen Versorgungsstrukturen wollen wir als Rückfallebene auch überregionale Verbünde, wie
39 **Fernwasserversorgungen**, um lokale Engpässe auszugleichen. Deshalb setzen wir uns in Bayern für
40 die Etablierung kommunaler Wasserversorgungsverbände ein und stärken die interkommunale
41 Zusammenarbeit. Außerdem wollen wir über die Bundesländergrenze hinaus Notüberleitungen
42 etablieren, um in Härtefällen Kapazitäten besser zu verteilen.

1 Um die überregionale Zusammenarbeit zu verbessern und um die über 2000 einzelnen
2 Unternehmen, die an der Wasserversorgung beteiligt sind zusammenzubringen, braucht es zusätzlich
3 zu den lokalen Wasserbewirtschaftungsplanungen auch einen Landeswasserversorgungsplan.

4 Die Wasserinfrastruktur der einzelnen Gemeinden ist größtenteils mehrere Jahrzehnte alt. Der
5 Freistaat muss hier ein Wasserinfrastrukturmodernisierungs-Förderprogramm aufbauen, um
6 Investitionsstau zu vermeiden und sicherzustellen, dass die Wasserversorgung in den Kommunen
7 zukunftssicher ist.

8 **Schwammstadt und Schwammdorf – Wasserversorgung in der Stadtentwicklung und Bauplanung** 9 **mitdenken**

10 Wir setzen uns für die sogenannte **Schwammstadt** und das **Schwammdorf** ein. Die Schwammstadt
11 verbessert gleichzeitig das Stadtklima, die Biodiversität sowie die Möglichkeit, sich in der Stadt zu
12 erholen und Natur zu erleben. Sie trägt dadurch zu Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen.

13 In der „Schwammstadt“ bzw. dem „Schwammdorf“ werden Niederschläge – soweit möglich – direkt
14 dort wo sie anfallen, in Grünflächen gespeichert, gereinigt, versickert, verdunstet oder
15 wiederverwendet, etwa zur Bewässerung. Dazu muss das bestehende Kanalnetz angepasst werden.
16 Entscheidend für die Umsetzung der Schwammstadt ist eine verbesserte und frühzeitige
17 **Integration der Wasserwirtschaft in die Stadtentwicklungsplanung** mit ihren Bezügen zur
18 Bauleitplanung, Landschaftsplanung und Raumordnung.

19 Die Umgestaltung zur Schwammstadt betrifft alle Siedlungsbereiche. **Vordringlich müssen aber**
20 **hochversiegelte Bereiche**, wie Innenstädte, Gewerbe- und Industriegebiete behandelt werden. Für
21 die Umsetzung der **Schwammstadt** sind **grüne Freiräume** als eine unverzichtbare **grüne Infrastruktur**
22 zu entwickeln. Die grüne Infrastruktur bezieht alle öffentlichen und privaten Freiflächen ein.

23 Dem Schutz und der Entwicklung der städtischen **Baumbestände** muss dabei, wegen ihrer hohen
24 klimatischen Leistungen, ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wir wollen, dass grüne
25 Infrastruktur zur **kommunalen Pflichtaufgabe** wird und im Landesentwicklungsprogramm verankert
26 ist. Der Freistaat soll auf **eine Anpassung der Bau - und Wasserhaushaltsgesetzgebung** des Bundes
27 hinwirken. Vor allem sollten in Bayern gesetzliche Vorgaben geschaffen werden, um die Umsetzung
28 des Schwammstadtkonzepts zu beschleunigen und Hindernisse abzubauen. Die Einführung eines
29 wasserwirtschaftlichen Begleitplans soll dazu als Maßgabe vom Freistaat etabliert werden, um eine
30 wasserbewusste Bauleitplanung zu gewährleisten.

31 Einträge von umweltschädlichen Stoffen in den Wasserkreislauf, wie z. B. durch Zigaretten oder
32 gewerblicher Abfallprodukte sollen gegen Null verringert werden. Dazu müssen **Maßnahmen zur**
33 **Nullemission** bei den Verursacher*innen – sowohl Direkteinleiter*innen als auch
34 Indirekteinleiter*innen – etabliert werden. Das gilt ebenso für eine weitergehende
35 Abwasserbehandlung. Durch diese Maßnahmen kann qualitativ hochwertiges Nutzwasser als eine
36 **unabhängige alternative Wasserressource für Bewässerung und andere**
37 **Brauchwassernutzungen/Grauwassernutzung** zur Verfügung gestellt werden.

38 Die **Prinzipien der Kreislaufwirtschaft** müssen auch im Bereich der Wasserwirtschaft konsequent
39 befolgt werden. Sachgerechte Wiederverwendung oder Nutzung von Regenwasser bieten alternative
40 Ressourcen für die Bewässerung landwirtschaftlicher und urbaner Flächen. Eine weitere Zunahme
41 der **Flächenversiegelung muss stark eingeschränkt werden**. Die Festsetzung von
42 **„Grünkennwerten“**, die für die unterschiedlichen Siedlungsgebiete angibt, wie hoch der
43 verpflichtende Anteil von Grünflächen mit quantifizierbaren ökologischen Leistungen sein muss, um
44 sinnvoll wirksam zu sein, muss für Kommunen verbindlich werden. In Gebieten mit Wasserknappheit

- 1 sollte bei städtischen, gewerblichen und privaten Neuplanungen ein innerhäusliches
- 2 Brauchwassersystem und der Ausbau einer dezentralen Regenwasserspeicherung verpflichtend
- 3 vorgeschrieben werden.
- 4

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD – Landesparteitag,
3 Ansprechpartner:
4
5
6
7

8 **Grunderbe - weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört**

9

10 **Deutschland ist ein Ungleichland**

11 In Deutschland ist das Vermögen sehr ungleich verteilt. Wenige besitzen sehr viel und große Teile der
12 Bevölkerung leben an der Armutsgrenze. Wir wollen diese Schere zwischen arm und reich
13 aufbrechen. Dabei muss ganz klar eine Umverteilung von den oberen 10% zu den unteren 90%
14 erfolgen. Wir erkennen auch an, dass ostdeutsche Bundesländer von dieser Ungleichheit noch
15 stärker betroffen sind und auch in dieser Richtung eine Umverteilung von West nach Ost stattfinden
16 muss.

17 Das Ziel muss es sein, gerechtere Startbedingungen für alle Menschen zu schaffen und nicht nur
18 wenigen die besten Chancen auf Bildung, Teilhabe, Mobilität und Mitbestimmung zu gönnen.

19 Das Grunderbe sehen wir als eine Maßnahme an, um der Ungleichverteilung entgegenzuwirken.
20 Trotzdem möchten wir langfristig den demokratischen Sozialismus erreichen und kämpfen auch
21 weiter für eine wirklich kostenlose Bildung, gerechtere Löhne, den kostenlosen ÖPNV, eine faire
22 Rente und das Ende des Kapitalismus.

23 Dieser Antrag adressiert nicht die Frage, welche Rolle Vermögen in einer sozialistischen Gesellschaft
24 spielt. Er bezieht sich aus einer reformistischen Sicht auf die konkrete Situation im Hier und Jetzt, in
25 der gesellschaftliche Teilhabe sehr eng mit Vermögen zusammenhängt. Die Förderung von Vermögen
26 für diejenigen, die aktuell vermögenslos sind, trägt dabei jedoch zu einer Egalisierung von Vermögen
27 bei, dieser Effekt ist explizit erwünscht und beabsichtigt.

28 **Vermögensungleichheit - warum sich etwas ändern muss**

29 Vermögen ist in Deutschland enorm ungleich verteilt. Einige wenige kontrollieren den Großteil des
30 Nettovermögens, sei es monetäres Vermögen, Immobilien oder Unternehmensanteile. Das reichste
31 Prozent der Bevölkerung vereint rund 35% des gesamten gesellschaftlichen Vermögens, lediglich 10%
32 der Bevölkerung kontrollieren über zwei Drittel des Vermögens.

33 73% der Millionär*innen sind Selbstständige, kaum abhängig Beschäftigte und nur wenige
34 Angestellte, davon fast alle aus leitenden Positionen. Beschäftigte haben kaum eine Möglichkeit,
35 allein durch ihren Lohn Rücklagen aufzubauen oder gar Immobilien zu erwerben.

36 Wohneigentum ist in Deutschland extrem ungleich verteilt: Unter den 10% der Haushalte mit dem
37 höchsten Nettovermögen verfügen 92% über vermietete Immobilien, die 20% mit dem niedrigsten
38 Nettovermögen besitzen nur 2 %. Dabei sind mehr als 70% der vermieteten Immobilien in der Hand
39 der 10% reichsten Haushalte. Die Wohneigentumsquote ist in keinem anderen EU-Land so niedrig
40 wie in Deutschland. Nur 42% der Personen besitzen die Immobilie, die sie bewohnen, in
41 Ostdeutschland sogar nur 37%. 1,3% der Deutschen besitzen hingegen Mietwohnungen, die sie in
42 den meisten Fällen geerbt oder durch eine Erbschaft finanzieren konnten.

43 Das Vermögen in Deutschland ist nicht nur ungleich verteilt, sondern auch den patriarchalen,
44 rassistischen und Ostdeutschland benachteiligten Strukturen folgend, die unsere Gesellschaft bis

1 heute prägen. Die meisten Personen, die über ein Nettovermögen mit Wert von durchschnittlich ca.
2 3 Millionen Euro verfügen, sind männlich, haben keinen Migrationshintergrund und kommen aus
3 Westdeutschland. Nur 6% der Millionär*innen kommen aus Ostdeutschland, 14% haben einen
4 Migrationshintergrund und 31% sind Frauen.

5 Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft hat mitunter einen entscheidenden Grund: Vererbung ist der
6 einfachste Weg ein Vermögen anzuhäufen. 400 Milliarden Euro werden (nach Berechnungen) jährlich
7 in Deutschland vererbt oder verschenkt. Vererbung ist daher Ursache der Ungleichheit, zementiert
8 diese und verschärft sie immer weiter.

9 Wer das Glück hatte, in eine reiche Familie geboren worden zu sein, die das Glück hatte, über
10 Dekaden von keiner Krise betroffen gewesen zu sein, muss sich um die eigene wirtschaftliche Zukunft
11 keine Gedanken machen.

12 Die Ungleichverteilung des Erbes hängt dabei immer mit wiederkehrenden gesellschaftlichen
13 Problemen zusammen. Unsere Gesellschaft ist geprägt von patriarchalen und rassistischen
14 Strukturen, die sich über die vergangenen Jahrzehnte bis heute konstant halten. Männer erben
15 häufiger als Frauen, weil besonders große Vermögen oder Unternehmen oft an Söhne statt Töchter
16 vererbt werden. Nur Familien, die keinen historischen Bruch durch Flucht oder Vertreibung und keine
17 systemische und gesellschaftliche Benachteiligung erfahren haben, können vererben. Und auch die
18 Wiedervereinigung und der wirtschaftliche Profit einiger wenige, zumeist Westdeutscher, auf die
19 Kosten vieler Ostdeutscher haben Ungleichheiten verursacht, die bis heute nicht beseitigt werden
20 konnten.

21 Einige Wenige kommen bereits abgesichert auf die Welt, müssen sich nie um ihren Lebensunterhalt
22 sorgen, sondern können mit einem Erbe über Immobilien, Vermögenswerte oder
23 Unternehmensanteile rechnen. Dabei verdienen sie anschließend vom Grundbedürfnis Wohnen
24 anderer Menschen und von deren Arbeitskraft, um ihr Vermögen weiter auszubauen.

25 Anderen hingegen bleiben Aufstiegschancen verwehrt. Die soziale Mobilität der Gesellschaft wird
26 durch die Vermögensanhäufung einiger weniger massiv eingeschränkt. Sich durch Erwerbsarbeit
27 über das Verdienst des Lebensunterhalts hinaus Rücklagen aufzubauen, wird immer schwieriger, für
28 weite Teile der Gesellschaft unmöglich. Der Start in das selbstständige Leben ist der Punkt der
29 größten Ungerechtigkeit. Die einen müssen sofort auf eigenen Füßen stehen, die anderen schweben
30 über den Dingen. Vermögensvorteile zu Beginn des Lebens sind für die meisten nicht aufzuholen, erst
31 recht nicht durch Lohnarbeit.

32 Für Berufsausbildung, Weiterbildung und selbstbestimmtes Leben bedeutet die Frage des Erbes
33 einen großen Unterschied: Die einen können studieren, was sie wollen, Bildungsabschlüsse anhäufen
34 bzw. ausbauen und sich dauerhaft weiterbilden. Die anderen müssen auf den schnellstmöglichen
35 Abschluss setzen, möglichst schnell Geld verdienen und haben dabei weniger Chancen auf gute und
36 gut bezahlte Arbeit.

37 Auch im Bezug auf den Aufbau von persönlichen Sicherungssystemen ist das Erbe ein enormer
38 Vorsprung: Die einen besitzen seit ihrer Geburt Rücklagen und können problemlos weitere aufbauen,
39 die anderen leben von ihrer Arbeit und können keine Mechanismen schaffen, die sie in schwierigen
40 Zeiten auffangen. Vermögen reproduziert sich: Während die einen noch arbeiten und für die Miete
41 bezahlen müssen, können andere, die eine Wohnung geerbt haben, das Geld zur Seite legen und den
42 Gewinn reinvestieren.

43 Oft wird großes Vermögen verteidigt mit der Argumentation, dass es ja auch irgendwann erarbeitet
44 wurde und den Menschen daher zusteht. Bei vielen Unternehmen – darunter beispielsweise BMW –

1 ist das Vermögen mitunter auch ein Ergebnis von Ausbeutung. Viele große Industrieunternehmen
2 haben in der NS-Zeit Zwangsarbeiter*innen beschäftigt und damit unrechtmäßige Vermögenswerte
3 angehäuft.

4 Die Ungleichheit, die Erbschaften in der heutigen Form auslöst, können wir als sozialistischer
5 Verband nicht tolerieren oder gar gutheißen. Eine Gesellschaft durch das Glück der vermögenden
6 Geburt in vermögend und weniger privilegiert zu unterteilen, widerstrebt jedem Gedanken der
7 Chancengerechtigkeit und den Zielen des demokratischen Sozialismus. Es gefährdet den sozialen
8 Frieden und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und führt zu großen Spannungen in der
9 Gesellschaft einerseits und zu großer Unzufriedenheit und Belastung Einzelner andererseits.

10 **Grunderbe - ein guter Start in das selbstbestimmte Leben**

11 *Um den Start in das Erwachsenenleben für alle jungen Menschen möglichst chancengerecht zu*
12 *gestalten, fordern wir die Einführung eines Grunderbes.*

13 Jeder Person, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder eine gewisse Mindestzahl an Jahren in
14 Deutschland gelebt hat bekommt zu ihrem 18. Geburtstag den Fixbetrag von 60.000€ ausbezahlt. Der
15 Betrag soll an die Inflation angepasst werden. Das bedeutet: Sinkt der Geldwert, steigt auch der
16 Betrag des Grunderbes an.

17 Der Ostbeauftragte der Bundesregierung fordert ein Grunderbe in Höhe von 20.000€ und möchte
18 auch die Auszahlung an bestimmte Zwecke knüpfen. Doch Studien zeigen, dass man nur durch ein
19 höheres Grunderbe merkliche Unterschiede in der Umverteilung wahrnimmt und erst ab diesem
20 Betrag auch langfristige wirtschaftliche Reaktionen erkennbar sind.

21 **Wir fordern ein Grunderbe in Höhe von 60.000€, über das junge Erwachsene selbst entscheiden**
22 **dürfen, wann und für was sie es ausgeben wollen.**

23 Wir müssen jungen Menschen zutrauen, ihre eigenen Entscheidungen für ihre Zukunft zu treffen und
24 dürfen ihnen nicht ihre Entscheidungsfähigkeit absprechen. Der Umgang mit Geld sollte in der Schule
25 und in der weiteren Ausbildung thematisiert werden, sodass schon Kinder und Jugendliche sich
26 dessen bewusst sind.

27 Mit dem Grunderbe sollen junge Menschen die Möglichkeit haben, mit gleicheren Chancen in das
28 Leben zu starten und selbstbestimmt entscheiden zu können, welchen Weg sie in ihrem Leben gehen
29 möchten. Viele junge Menschen müssen sich heute zwischen ihren Interessen in der Weiterbildung
30 und einem Job, der ihnen die Lebensgrundlage sichert, entscheiden. Aber auch Bedürfnisse nach
31 Mobilität, Flexibilität und Freiheit werden durch finanzielle Zwänge eingeschränkt. Mit einem
32 Grunderbe können junge Menschen ihren Bildungsweg freier gestalten und ihr Potenzial bestmöglich
33 gestalten. So kommen wir einem gerecht verteilten Zugang zu Bildung und Qualifikation näher.

34 Egal ob das gewünschte Studium mit höheren Beiträgen einhergeht oder man beispielsweise ein
35 Auslandssemester zur Stärkung der eigenen Persönlichkeit und zum Ausbau von interkultureller
36 Kompetenz wahrnehmen möchte, all das wird dank einem Grunderbe möglich genauso wie die
37 Finanzierung einer Ausbildung oder des Meisters.

38 Neben Bildung und Weiterbildung kann das Grunderbe auch zur Bildung von Rücklagen und damit für
39 die Schaffung von privater Absicherung genutzt werden. Wir lehnen eine Vermögenanhäufung durch
40 Privatpersonen ab, sehen aber die Bildung von Rücklagen als legitimes Ziel an, um Abhängigkeiten
41 von staatlichen Sozialstrukturen zu verhindern, um mehr Selbstbestimmung zu bewahren. Für
42 Lebensphasen, in denen Personen weniger arbeiten wollen oder können, bieten Rücklagen
43 Flexibilität und Planbarkeit. Zudem können Investitionen besser geplant und getätigt werden, wenn

1 Rücklagen absichern können. Soziale Mobilität, selbstbestimmtes Leben und Abfedern von
2 unplanbaren Umständen können so erleichtert werden.

3 Außerdem hilft das Grunderbe dabei, das Vermögen innerhalb unserer Gesellschaft umzuverteilen.
4 Wie im ersten Teil gezeigt, besitzen wenige Menschen viel und viele besitzen wenig. Diese Kluft kann
5 durch das Grunderbe verkleinert werden.

6 Hebt man die Erbschaftssteuer auf die größten Erbsummen an und besteuert auch den Übertrag von
7 Immobilien und Unternehmen konsequent, so kann diese Umverteilung konsequent beschränkt
8 werden und die benötigte Summe für die Auszahlung eines Grunderbes von 60.000€ problemlos
9 abgebildet werden.

10 **Reform der Erbschaftssteuer – Wie wir das finanzieren wollen**

11 Eine konsequente Erbschaftssteuer ist ein gutes Mittel, um Umverteilung zu erreichen. Vermögen,
12 die von einer Generation in die nächste übergehen, müssen progressiv versteuert werden. Durch das
13 Geld, das durch eine reformierte Erbschaftsteuer eingenommen werden kann, wollen wir das
14 Grunderbe finanzieren.

15 Gegen (hohe) Erbschaftssteuern werden immer wieder Argumente von verschiedenen Seiten ins Feld
16 geführt. Die Erbschaftssteuer ist aber tatsächlich ein faires Instrument und die Besteuerung von
17 Erbmasse aus Motiven der Gerechtigkeit und Solidarität unabdingbar.

18 Mittel der Umverteilung

19 Niemand, der Nettovermögen erbt, hat etwas dafür getan, außer Kind bzw. Enkelkind zu sein. Erbe
20 basiert nur auf dem Glück der wohlhabenden Geburt, wovon man schon in seiner Kindheit durch
21 (häufig) bessere Unterstützung im Bildungsweg, mehr Möglichkeiten in der Freizeitgestaltung und
22 höheren Lebensstil profitiert hat.

23 Es sollte nicht einigen wenigen Person ein Vermögen in den Schoß fallen, das sie für den Rest ihres
24 Lebens absichert und Lohnarbeit zur Nebensache macht, wohingegen diese für andere, die das Glück
25 des Erbens nicht hatten, existentiell ist und eine Selbstabsicherung in den meisten Fällen trotz
26 Anstrengungen nicht ermöglicht.

27 Erbe ist erwirtschaftet durch die Eltern, Großeltern, andere Verwandte oder Bekannte. Auch wenn
28 sie dieses erwirtschaftete Nettovermögen bereits versteuert haben, die Empfänger*in hat für diese
29 Zuwendung nichts getan, profitiert aber ebenso von den infrastrukturellen und
30 staatlichen/gesellschaftlichen Voraussetzungen, die den Aufbau und die Weitergabe des Vermögens
31 ermöglicht haben. Es ist deshalb nur gerecht, dass sie dem Staat und damit der Gesellschaft etwas
32 zurückgibt und damit die Schaffung und den Erhalt von Infrastruktur und staatlichen Systemen
33 unterstützt.

34 Dabei stehen nicht die Familien im besonderen Blickpunkt, die seit Generationen eine Immobilie
35 vererben oder die, bei denen die Erblasser eine Immobilie erworben haben, auch im Gedanken
36 daran, die eigenen Nachkommen zu unterstützen. Vielmehr sollen die Erbschaften in den Fokus
37 genommen werden, die sich über massive Vermögenswerte, Immobilien und Unternehmensanteile
38 erstrecken und die Erbenden für ihr gesamtes Leben versorgen. Besonders solche Erben werden
39 aktuell kaum bzw. viel zu wenig von der Erbschaftssteuer tangiert. Denn gerade die, die ansonsten
40 den radikalen Leistungsgedanken predigen, haben das System, das für mehr Chancengerechtigkeit
41 und weniger Zufallsvermögen steht, korrumpiert und bremsen Maßnahmen aus.

42 Erbschaftssteuer ein zahnlöser Tiger

1 Die aktuelle Erbschaftssteuer ist ein zahnlöser Tiger, d. h. sie erzielt nicht die notwendigen
2 Umverteilungsmaßnahmen und ist stattdessen höchst ungerecht, denn gerade die, die viel erben,
3 zahlen wenig Steuern.

4 Die Erbschaftssteuer ist im Schnitt weitaus geringer als die auf geleistete Lohnarbeit. Berechnet man
5 aus der Erbmasse an Nettovermögen aus 2021 (400 Milliarden Euro) und der tatsächlich
6 eingenommenen Summe an Erbschaftssteuer (11 Milliarden Euro), so ergibt das, dass 2021 im
7 Schnitt nur 2,7% Erbschaftssteuer gezahlt wurde. Das liegt zum einen daran, dass nur ein Bruchteil
8 des tatsächlich vererbten Nettovermögens auch vom Finanzamt veranlagt wurde (118 Milliarden)
9 und zum anderen daran, dass auch hier nur 9,4% Steuer im Schnitt bezahlt wurden.

10 Die Steuer ist also insgesamt zu niedrig und zu viele Freibeträge werden erst gar nicht besteuert.
11 Dabei sind es Betriebsvermögen und großer Immobilienbesitz, die nicht adäquat besteuert werden.
12 Das Szenario, dass Betriebe vererbt werden und im Anschluss die halbe Belegschaft entlassen
13 müssen, ist nicht realistisch, stattdessen werden große Vermögen an der Steuer vorbei vererbt.
14 Durch die Steuer auf Immobilien-Erbe ist aktuell mehr das Familienhaus als der Großgrundbesitz oder
15 der vermietete Wohnblock betroffen.

16 neu denken - konsequent und gerecht

17 Die Erbschaftssteuer muss neu gedacht werden, um die höchsten Erbschaften, sowie die Erbschaften
18 auf Unternehmensvermögen und Immobilien endlich konsequent zu besteuern.

19 *Wir fordern als Hauptziel, die vererbten Betriebsvermögen endlich in den Blick zu nehmen.*

20 Besonders Anteilseigner*innen bei Holdings oder an Aktiengesellschaften müssen im Falle eines
21 Erbes deutlich stärker zur Kasse gebeten werden.

22 Aber auch mittelständische Unternehmen müssen ihren Beitrag leisten. Die Erbschaftssteuer muss
23 erhöht werden. Freibeträge sollen auch weiterhin gewährt werden, allerdings gemessen an der
24 Größe der Unternehmen, insgesamt geringer als bisher und nur an Betriebe, die im Gegenzug ihre
25 Betriebsstrukturen demokratisieren. So erhalten die Mitarbeiter*innen mehr Möglichkeiten zur
26 Mitbestimmung und Teilhabe.

27 Erbschaftssteuer muss nicht auf einmal gezahlt werden. Wir fordern, dass die Erbschaftssteuer auf
28 Betriebe über mindestens 10 Jahre bezahlt werden muss und dabei der Erfolg/Misserfolg der
29 Unternehmen zu einer Erhöhung/Reduzierung der Steuersumme führt.

30 *Als weitere wichtige Maßnahme fordern wir konsequente Besteuerung von Immobilieneigentum.*

31 Die Besteuerung soll dabei an die Anzahl der Immobilien gekoppelt werden, sodass eine Immobilie,
32 die selbst bewohnt wird, bis zu einer gewissen Größe zu verminderter Erbschaftssteuer und
33 großzügigen Freibeträgen vererbt werden kann.

34 In besonderen Fällen wollen wir nachhaltige und langfristige Kreditmöglichkeiten (z. B. KfW-Kredite)
35 ermöglichen. Im Gegenzug sollen diese günstigen staatlichen Kredite im Grundbuch gesichert
36 werden. So soll der Staat oder die Kommune eine Möglichkeit zum preisgünstigen Erwerb erhalten,
37 sollte der Kredit nicht zurückgezahlt werden können. Zusätzlich soll ein kommunales oder staatliches,
38 preislimitiertes Vorkaufsrecht eingetragen werden, um Freibeträge und öffentliche Mittel
39 abzusichern und auszugleichen, die zugunsten von Privateigentum gewährt werden.

40 Durch ausreichende Freibeträge beim selbstgenutzten Immobilieneigentum und einem Fokus auf die
41 Gesamtanzahl der vererbten Wohneinheiten kann sichergestellt werden, dass nicht die Familien, die
42 eine Immobilie weitergeben möchten, diese verkaufen müssen, sondern tatsächlich große

1 Immobilienerbschaften vermehrt in den Blick genommen werden. Wir wollen mit diesen Regelungen
2 eben nicht den Erhalt von Omas Einfamilienhäuschen erschweren, das einfach nur in der Familie
3 bleiben soll. Dieses Argument wird in der aktuellen Debatte lediglich vorgeschoben um Reformen zu
4 verhindern, die auf Multimillionär*innen abzielen.

5 Freibeträge bei der Erbschaftssteuer sollen künftig im Gegenzug an bezahlbare Mieten gekoppelt
6 sein. Allerdings sollen Begünstigungen wie Freibeträge nur für den Erstwohnsitz gelten, wodurch die
7 Erbschaftssteuer bei allen weiteren, nicht als Erstwohnsitz selbstgenutzten Immobilien-Erbschaften
8 erhöht wird. Bei vermieteten Wohnungen ist ein Freibetrag nur dann denkbar, wenn im Gegenzug
9 die Miete zahlbar ist und bleibt und dies grundbuchlich gesichert wird.

10 Eine Regionalisierung der Freibeträge und Steuersätze widerspricht dem im Grundgesetz enthaltenen
11 Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Wir erteilen diesen Vorschlag daher eine
12 klare Absage. Eine Regionalisierung der Freibeträge und Steuersätze wie von der CSU gefordert
13 würde dazu führen, dass in reichen Ländern wie Bayern ein niedrigerer Steuersatz gilt. Dies
14 widerspricht jedoch dem Ansatz eines progressiven Steuermodells und dem Ziel, Reiche stärker in
15 Anspruch zu nehmen.

16 Außerdem würde eine Regionalisierung Tür und Tor für weitere Steuervergünstigungen auch in den
17 "ärmeren" Bundesländern öffnen und die geforderte bundesweite Regelung aushöhlen.

18 *Wir fordern, dass die monetären Vermögen stärker von der Erbschaftssteuer erfasst werden und diese*
19 *Besteuerung progressiv erfolgen muss.*

20 *Zudem müssen Freibeträge auf die insgesamt Höhe des geerbten Nettovermögens im Leben der*
21 *Person beschränkt werden.* Dadurch sind Freibeträge bei Mehrfach-Erbschaften nur bis zu einer
22 gewissen kumulierten Gesamtsumme möglich.

23 **Vermögensumverteilung - weil der Start nicht der ganze Lauf ist**

24 Im Laufe des Lebens kommt jede*r immer wieder in Situationen, in denen die Ungleichheit die
25 Person direkt betrifft und einschränkt. Gegen viele Probleme, die das Grunderbe wirken kann, gibt es
26 auch andere Lösungsansätze, die in Teilen schon bestehen und ausgebaut werden müssen oder die
27 wir seit Jahren fordern. Das Grunderbe ersetzt weder BAFÖG noch Rente, weder staatlichen
28 Wohnungsbau, noch Kindergeld. Es dient nicht als Ausrede, um andere Forderungen fallen zu lassen,
29 sondern muss eingepflegt werden in einen Katalog an Maßnahmen, mit Hilfe derer die massive
30 Ungleichheit in Deutschland beendet werden kann. Nur mit einem engmaschigen Netz an
31 Maßnahmen, die in vielen verschiedenen Lebensbereichen wirken, können wir Umverteilung
32 erreichen und verhindern, dass die erwünschten Effekte des Grunderbes verpuffen.

33 Das Grunderbe allein ist nicht genug und reicht nicht aus, kann aber ein wichtiger Baustein sein. Wir
34 bekräftigen deshalb bestehende Forderungen und Positionen der Jusos zu kostenloser Bildung, einer
35 armutsfesten Grundsicherung insbesondere für junge Menschen und gute, existenzsichernde Löhne,
36 die sozialen Aufstieg ermöglichen. Außerdem braucht es eine Sicherung von Einkommen im Alter
37 durch gute Rente und einen respektvollen Staat, der bei Verlust der Arbeitsstelle fördert und
38 respektvoll mit Erwerbslosen umgeht.

39 Bevor das Grunderbe zum 18. Geburtstag ausbezahlt wird, braucht es während der Kindheit
40 Maßnahmen zur Chancengerechtigkeit. Bildung muss kostenlos sein, egal ob die Busfahrt zur Schule,
41 das digitale Endgerät oder die Nachhilfestunde. Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der
42 Eltern abhängen. Es braucht zudem grundsichernde Maßnahmen, um zu verhindern, dass Kinder in
43 Armut aufwachsen. Dazu benötigt es eine echte Reform von Hartz IV und mehr Unterstützung für
44 Kinder aus Haushalten, die sie weniger unterstützen können.

1 Das Grunderbe ist eine Erleichterung zum Studien- oder Ausbildungsstart und kann auch zur
2 finanziellen Begleitung genutzt werden. Es darf allerdings nicht zum Ersatz für BAföG oder
3 Mindestauszubildendenvergütung werden. Das BAföG muss angehoben und elternunabhängig
4 ausbezahlt werden. Auszubildende müssen fair bezahlt werden und durch die
5 Mindestauszubildendenvergütung einen guten Lebensstandard während der Berufsausbildung,
6 während der sie bereits wertvolle Arbeit leisten, erreichen können.

7 Im Arbeitsleben müssen für viele Arbeitnehmer*innen aus verschiedenen Branchen die Löhne erhöht
8 werden. Es braucht einen Mindestlohn, der wirklich zum Leben ausreicht und mit der Inflation auch
9 anwächst. Branchenmindestlöhne müssen angehoben werden, Grundversorgung muss in öffentliche
10 Hand und der Staat als Arbeitgeber für z. B. Pflegekräfte bessere Löhne auszahlen.

11 Menschen, die ihren Job verlieren, müssen gefördert und nicht bestraft werden. Sie müssen bei der
12 Bewältigung von Problemen und bei der Suche nach einer neuen Anstellung unterstützt und die
13 Unterdrucksetzung beendet werden. Dazu braucht es ein echtes Bürger*innengeld, keine
14 Umbenennung von Hartz IV.

15 Mit einer Vermögens- und Grundsteuerreform müssen diejenigen einen Anteil an die Allgemeinheit
16 abgeben, die mehr als genug besitzen. In den meisten Fällen begründet sich ihr Vermögen aus
17 Erbmassen oder der Ausnutzung der Arbeitskraft anderer Personen. Das Vermögen in Deutschland
18 muss umverteilt werden, bzw. diejenigen, die unverhältnismäßiges Vermögen besitzen, müssen Teile
19 davon abgeben, um öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten. Die Verteilung
20 von Grund und Boden muss grundlegend verändert werden. Große Immobilienkonzerne und
21 Besitzer*innen zahlreicher Mietobjekte müssen enteignet werden, der Vermieter der allermeisten
22 Wohnungen sollte der Staat sein. Grundstücke in kommunalem oder staatlichem Besitz werden nicht
23 mehr veräußert. Die Nutzung kommunaler oder staatlicher Grundstücke z. B. für eigengenutzten
24 Wohnraum soll nur noch im Rahmen von Erbbaurechtsverträgen erfolgen. Als Zukunftsvision sollte
25 niemand mehr Wohneigentum besitzen.

26 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, sich in seinem Arbeitsleben für die Rente abzusichern.
27 Dafür braucht es ein stabiles Rentensystem, eine Grundrente, die zum Leben ausreicht und keine
28 Anhebung des Renteneintrittsalters. Es braucht in Deutschland eine massive Umverteilung und dafür
29 weitreichende und umfangreiche Maßnahmen. Das Grunderbe muss eine davon sein, auf dem Weg
30 zu einem gerechten Start in das Leben für alle Menschen, egal wer sie sind und aus welchen
31 Verhältnissen sie kommen.

32

33

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD Bezirksparteitag
3 Ansprechpartner:

4
5
6
7

8 **Supermärkte vergesellschaften!**

9 Die Versorgung mit Lebensmittel ist existenziell. Deshalb muss die Lebensmittelversorgung Teil der
10 öffentlichen Daseinsvorsorge werden und als solche unabhängig von privaten Profitinteressen und
11 Marktlogiken organisiert sein. Um uns mit Lebensmittel zu versorgen ist der Besuch des
12 Supermarktes unverzichtbar. Die Durchsicht der Werbeprospekte nach günstigen Angeboten sind
13 Beleg dafür, dass Supermärkte nicht nur auf die Preise, sondern auch auf die Art unserer Ernährung
14 großen Einfluss haben.

15 Diese wichtige Aufgabe darf nicht dem Profitinteresse privater Supermarktkonzerne unterworfen
16 sein. Deshalb fordern wir die konsequente Vergesellschaftung und Demokratisierung der
17 Supermarktkonzerne, damit wir gemeinsam darüber entscheiden können, was und zu welchen
18 Preisen Nahrungsmittel verkauft werden und wie sie produziert werden sollen.

19 **Private Gewinne an Lebensgrundlage verbieten**

20 Zu den Konsumgüter des täglichen Bedarfs zählen neben Lebensmitteln auch alkoholfreie und
21 alkoholische Getränke, Tabakwaren, Körperpflegemittel und Kosmetik, Wasch-, Putz- und
22 Reinigungsmittel, Papierhygiene und Heimtierbedarf. All das kaufen wir vorrangig bei REWE, Penny,
23 Kaufland, LIDL, ALDI, EDEKA, Netto und Co ein. Die fünf größten Lebensmittelkonzerne, die jeweils
24 unterschiedliche Discounter und Lebensmittelvollsortimenter unter ihrem Dach vereinen, haben so
25 in Deutschland einen Marktanteil von 75%, ihre Nettogewinne stiegen insbesondere während der
26 Pandemie gewaltig und die Besitzer*innen gehören zu den Top-Milliardär*innen in Deutschland.

27 Gleichzeitig muss davon ausgegangen werden, dass 12,5 Millionen Menschen in diesem Land, die
28 unter der Armutsgefährdungsquote leben, zumindest zeitweise von Ernährungsarmut betroffen sind.
29 Menschen, die Armutsrisiko ausgesetzt sind, sind außerdem häufiger Opfer von chronischen
30 Erkrankungen - wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes. Diese sind auch auf die Ernährung
31 zurückzuführen. Das ernährungsbedingte Krankheitsrisiko ist eine große soziale Ungerechtigkeit, die
32 wir bekämpfen müssen.

33 **Ernährung ist eine Klassenfrage!**

34 Es ist nicht akzeptabel, dass das Kapital einiger weniger auf Kosten der vielen weiterwächst. Die
35 Versorgung der Bevölkerung mit existenziellen Konsumgütern darf nicht der Kapitalvermehrung
36 dienen. Der Zweck muss der bezahlbare Zugang zu gesunden und ausgewogenen Lebensmitteln für
37 alle Menschen sein.

38 **Gesunde und bezahlbare Lebensmittel für alle**

39 1,65 Millionen Menschen waren in Deutschland im Jahr 2021 regelmäßig auf Lebensmittel von Tafeln
40 angewiesen. Gemeinnützige Träger kompensieren so ein Problem, dass durch niedrige Renten,
41 unzureichende Grundsicherung und Erwerbsarmut verursacht werden. Unser Ziel ist es, durch die
42 Bekämpfung von Armut Tafeln überflüssig zu machen und dafür zu sorgen, dass durch
43 Demokratisierung und Vergesellschaftung von Supermärkten gesunde Lebensmittel selbstbestimmt
44 erworben werden können. Der kapitalistische Markt ist dieser Herausforderung nicht gewachsen.

1 Das Profitinteresse der Supermarktkonzerne führt dazu, dass insbesondere nährstoffarme und
2 verarbeitete Lebensmittel mit hohen Gewinnspannen günstig verkauft werden. Das führt mitunter
3 dazu, dass von Armut betroffene Menschen am Ende des Monats häufig auf Obst und Gemüse
4 verzichten und dafür schnell sättigende Lebensmittel kaufen.

5 Um den Widerspruch zwischen bezahlbarer und gesunder Ernährung einerseits und zwischen
6 nachhaltigen Produktionsbedingungen und gerechter Bezahlung von Erzeuger*innen andererseits
7 auflösen zu können, bedarf es eines staatlichen Eingriffs und eine grundlegende Umstrukturierung
8 von Subventionen. So muss die massive Ungleichheit, beispielsweise die steuerliche Bevorzugung
9 klimaschädlicher Fleischprodukte, zugunsten einer nachhaltigen, klimafreundlichen und
10 Ernährungssicherheit schaffenden Lebensmittelproduktion angepasst werden.

11 **Lebensmittellieferketten, die Ausbeutung überwinden und auf Nachhaltigkeit setzen**

12 Die kapitalistische Bewirtschaftung der Agrarflächen beutet unsere Lebensgrundlage genauso wie die
13 Produzent*innen aus. Die auf Ertragssteigerung ausgelegte Bewirtschaftung hat fatale Folgen für die
14 Arten- und Biotopvielfalt. Die Supermarktkonzerne haben daran einen erheblichen Anteil, indem sie
15 Kostendruck auf Erzeuger*innen ausüben. Nur langsam ist in Bezug auf nachhaltige Produktion und
16 Tierwohl ein Umdenken zu erkennen. Die Bemühungen sind aber längst nicht ausreichend und lassen
17 insbesondere die Arbeitsbedingungen der Arbeiter*innen außer Acht. Mit der Vergesellschaftung
18 von Supermärkten können wir diese unternehmerischen Entscheidungen – die entscheidend für die
19 Bekämpfung des Klimawandels sind – demokratisieren und dafür sorgen, dass existenzsichernde
20 Löhne und Teilhabe an der Wertschöpfung für alle Menschen, die an der Produktion von
21 Lebensmitteln beteiligt sind, gewährleistet werden.

22 Da enormer Preisdruck zwischen verschiedenen Supermärkten existiert, versuchen die Konzerne ihre
23 Macht gegenüber den Produzent*innen und Lebensmittelherstellern knallhart auszunutzen, um die
24 Preise zu drücken und die Gewinnmargen zu erhöhen. Dies führt zu enorm belastenden Situation für
25 die Erzeuger*innen und zu Qualitätseinschränkungen in der Herstellung.

26 **Lebensmittelverschwendung entgegenwirken**

27 In Deutschland werden jedes Jahr 12 Mio. Tonnen Lebensmittelabfälle vernichtet. Davon rund 34%
28 bei der Primärproduktion, Verarbeitung und im Handel. Supermarktkonzerne planen sorgfältig die
29 Produktion von Lebensmitteln und haben somit großen Einfluss auf Lebensmittelverschwendung.
30 Supermärkte sind hochgradig geplante ökonomische Systeme für deren Funktionieren es notwendig
31 ist, weit im Voraus zu planen, um saisonale Nachfrage und zuverlässige Lieferketten zu
32 gewährleisten. Für diese Planung werden komplexe Datensätze und Algorithmen angewandt, die
33 viele schwankende Variablen berücksichtigen. Daraus können wir ableiten, dass dezentrale
34 Planwirtschaft nicht zwangsläufig zu Mangel führt, sondern im Gegenteil enorme Kapitalanhäufung
35 ermöglichen kann. Wir wollen diese Mechanismen nutzen, um das Gemeinwohl zu steigern,
36 Lebensmittelverschwendung zu bekämpfen und den Zugang zu Lebensmitteln als Daseinsvorsorge
37 begreifen.

38 **Gute Arbeit im Supermarkt**

39 Die Arbeit der Beschäftigten im Supermarkt ist systemrelevant und elementar für die Versorgung mit
40 Lebensmitteln und anderen Konsumgütern. Mit dem Outsourcing der Beschäftigten in der Reinigung
41 und derjenigen, die vor Ladenöffnung die Regale auffüllen, mit geringfügiger Beschäftigung und
42 geringen Löhnen ist eine Bezahlung, die die Relevanz der Arbeit abbildet, nicht gegeben. Mit der
43 Vergesellschaftung von Supermärkten können Löhne adäquat zum öffentlichen Dienst und gute
44 Arbeitsbedingungen umgesetzt werden.

1 **Vergesellschaftung und Demokratisierung, was heißt das?**

2 Für die konkrete Organisationsform einer vergesellschafteten und demokratisierten
3 Lebensmittelbranche gibt es unterschiedliche Ansätze. Schon jetzt gibt es in anderen Ländern große
4 genossenschaftlich organisierte Supermarktketten. Auch in Deutschland ist z. B. EDEKA teilweise als
5 Genossenschaft organisiert, jedoch nicht mit den Konsument*innen als Genoss*innen, sondern mit
6 den Supermarktbetreiber*innen. Gleichzeitig entstehen z. B. mit dem Kartoffelkombinat in München
7 konkrete genossenschaftlich organisierte Projekte, die ökologische und unter gerechten Bedingungen
8 hergestellte Lebensmittelversorgung anbieten. In derartigen Projekten lässt sich schnell feststellen,
9 dass der Preis für Lebensmittel, die regional, ökologisch und mit guten Arbeitsbedingungen
10 produziert und verkauft werden, eigentlich höher liegen müsste, als er bei preisgedumpten
11 Discounterkonzernen ist. Höhere Kosten für Lebensmittel, die Ausbeutung entlang der
12 Wertschöpfungskette verhindern, begründen die Notwendigkeit höherer Löhne und einer
13 entsprechenden Anpassung der Höhe von Sozialleistungen.

14 Neben Genossenschaften sind aber auch kommunale Betriebe denkbar, die einer demokratischen
15 Kontrolle unterstehen. Bestimmte Dienstleistungen für diese kommunalen Betriebe sind wiederum
16 durch eine staatliche Organisation möglich, die z. B. durch ein Bundesministerium gesteuert wird.

17

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD – Landesparteitag, SPD – Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag
3 Ansprechpartner:
4
5
6
7

8 **Für eine effektive staatliche Liegenschaftspolitik in Bayern!**

9 **Wir fordern:**

10 **1. Keine Privatisierung von Immobilien des Freistaats**

11 Immobilien aus dem Bestand des Freistaats Bayern, egal ob bebaut oder unbebaut, vermietet oder
12 verpachtet, Wohn- oder landwirtschaftliche Grundstücke, werden künftig nicht mehr verkauft und
13 damit privatisiert.

14 Grundstücke des Freistaats können an Kommunen weitergegeben werden, wenn sichergestellt ist,
15 dass diese die Immobilie nicht verkaufen und die geplante Nutzung dem Allgemeinwohl dient (z.B.
16 bezahlbares Wohnen, erforderliche Infrastruktur etc.). Grundstücke werden auch an
17 Wohnungsbaugenossenschaften als private Akteurinnen, die keiner Wohnungsbindung unterliegen,
18 damit nur im Erbbaurecht vergeben. Denn bezahlbarer Wohnraum ist knapp und soll daher vorrangig
19 denen zu Gute kommen, die finanziell weniger Möglichkeiten haben und daher am dringendsten
20 bezahlbare Mieten brauchen.

21 Die Durchsetzung dieser Forderung könnte auch über ein Volksbegehren erfolgen.

22 **2. Erfassung vorhandener Flächen und Möglichkeiten**

23 Alle Flächen im Eigentum des Freistaats sollen systematisch in einem Flächenkataster erfasst werden,
24 einschließlich der Immobilien von Beteiligungs- und Tochterunternehmen des Freistaats Bayern wie
25 der IMBY, BayernHeim, StadiBau, Studentenwerk etc.

26 Dabei ist neben der Lage und der Fläche insbesondere die aktuelle Nutzung anzugeben, sowie eine
27 Perspektive der Eignung für eine soziale Wohnraumversorgung der breiten Schichten der
28 Bevölkerung. Auch Wohnungsbau auf schwierigen Grundstücken wie bisherigen Parkplätzen oder
29 Möglichkeiten einer gemischten Nutzung von Wohnen und Gewerbe sollen dabei geprüft werden.
30 Das Flächenkataster soll digital öffentlich verfügbar, durchsuchbar und filterbar sein und es soll
31 zugeordnet sein, welche Stelle auf Landesebene zuständig ist.

32 **3. Leerstand vermeiden!**

33 Unser Ziel ist es, Leerstand zu vermeiden. Immobilien im Eingriffsbereich des Freistaats Bayern
34 dürfen nicht länger als 6 Monate leerstehen. Für alle Immobilien, die voraussichtlich länger als 3
35 Monate leerstehen, soll eine Zwischennutzung insbesondere für soziale oder kulturelle Nutzungen
36 geprüft werden. Bei Objekten mit Mängeln soll der für eine weitere Nutzung erforderliche bauliche
37 Zustand schnellstmöglich hergestellt werden. Die Leerstandsquote soll nach dem Vorbild der
38 Landeshauptstadt München erfasst und jährlich in einem Leerstandsbericht veröffentlicht werden.

39 **Begründung**

40 Wohnraum ist in weiten Teilen Bayerns und insbesondere der Landeshauptstadt München ein sehr
41 knappes Gut, vor allem wenn es um bezahlbare Wohnungen geht. Jede geeignete Fläche sollte daher
42 effizient für bezahlbares Wohnen ausgenutzt werden. Insbesondere Flächen, die bereits der

1 Öffentlichkeit schon gehören, dürfen nicht durch eine Privatisierung verloren gehen. Die
2 Liegenschaftspolitik des Freistaats Bayern muss sich vielmehr am Gemeinwohl und der Bayerischen
3 Verfassung orientieren.

4 Denn die Verfassung des Freistaats Bayern fordert:

5 **Art. 106**

6 1. Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.

7 2. Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.

8 **Art. 161**

9 1. Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen überwacht. Mißbräuche sind
10 abzustellen.

11 2. Steigerungen des Bodenwerts, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des
12 Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.

13 Diesen Aufgaben aus der Bayerischen Verfassung kommt der Freistaat jedoch nicht nach. Wir können
14 angesichts des Mangels an bezahlbarem Wohnraum nicht akzeptieren, dass Flächen, die sogar im
15 Eigentum des Freistaats Bayern stehen, ungenutzt brach liegen oder sogar verkauft werden. Die
16 Auswertung der Stellungnahme auf eine Anfrage an die Bayerische Staatsministerin für Wohnen zeigt
17 für München jedoch das Ausmaß leerstehender Immobilien des Freistaats Bayern verteilt über das
18 ganze Stadtgebiet in München.

19 **Ein Fall wie im Verkauf der GBW-Wohnungen darf sich nicht wiederholen.** Bekanntestes Beispiel
20 des Verkaufs von Immobilien durch den Freistaat Bayern und seine Beteiligungsgesellschaften ist das
21 der Anteile der BayernLB an der GBW.

22 Der Bayerischen Landesbank (BayernLB) gehörten im Jahr 2012 noch 92% der Aktienanteile an der
23 Gemeinnützigen Bayerischen Wohnungsgesellschaft (GBW). Aufgrund finanzieller Probleme
24 verkaufte die BayernLB im Jahr 2013 ihre Aktien an der GBW an das private Immobilienunternehmen
25 Patrizia. Der Zuschlag wurde erteilt, obwohl sich mehrere Städte, darunter auch München, in einer
26 Kaufgemeinschaft zusammengetan hatten, um die Anteile der BayernLB an der ehemals
27 gemeinnützigen GBW zu erwerben. Die Kommunen konnten aber nur 643 Millionen Euro für einen
28 Ankauf aufbringen. Zuständig für den Verkauf der BayernLB war der damalige Bayerische
29 Finanzminister, Dr. Markus Söder, heute Bayerischer Ministerpräsident. In den 33.000 Wohnungen
30 der GBW lebten damals mehr als 80.000 Menschen.

31 Um soziale Probleme abzufedern war mit der Patrizia im Jahr 2013 zwar eine Sozialcharta vereinbart
32 worden, die ein Verbot von Luxussanierungen enthält, einen Kündigungsschutz für über 60jährige
33 Mieter*innen und den Ausschluss von Eigenbedarfskündigungen. Als Laufzeit für die Sozialcharta
34 wurden 10 Jahre vereinbart, sie endet demnach also im Jahr 2023.

35 Bereits direkt nach dem Verkauf gab es erste Meldungen von massiven Mietsteigerungen, die Mieten
36 wurden teilweise um 20% erhöht. Im Jahr 2014 konnte die Stadt München zumindest über tausend
37 Wohnungen zurückzukaufen, wobei die Stadt dafür mehr zahlen musste, als die BayernLB beim
38 Verkauf dafür erhalten hatte.

39 Der im Jahr 2018 auf Druck von SPD, Freien Wählern und Grünen im Landtag eingesetzte
40 Untersuchungsausschuss sollte klären, ob der Verkauf der GBW-Anteile überhaupt notwendig war.
41 Außerdem wäre es vermutlich möglich gewesen, dass der Freistaat selbst die Anteile an der GBW von

- 1 der ihm gehörenden Landesbank gekauft hätte, um die Mieter*innen durch den Erhalt von
- 2 bezahlbarem Wohnraum zu schützen.
- 3 Seit Dezember 2018 tritt die frühere GBW unter dem neuen Namen "Dawonia" auf. Die Dawonia hat
- 4 heute ca. 30.000 Wohnungen, die sie vermietet oder verkauft.
- 5

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD - Bundestagsfraktion
3 Ansprechpartner:
4
5
6
7

8 **Freie Fahrt für helfende Bürger*innen – Alle 1.051.200` Minuten zum Erste-Hilfe-Kurs**

9 Zwischen Januar 2018 und April 2022 sind 10.624 Personen an den Folgen eines Unfalls im
10 Straßenverkehr gestorben und es gilt, diese Zahlen dringend zu reduzieren. Dies kann mit Hilfe von
11 Tempolimits, besseren Straßenbau und dadurch auch höheren Schutz für schwächere
12 Verkehrsteilnehmer*innen, konsequenter Forschung an noch besseren Sicherheitsmechanismen im
13 und am Fahrzeug und vor allem einem verstärkten Bewusstsein für die Gefahren, die man sich und
14 seinen Mitmenschen mit riskantem Verhalten aussetzt, erreicht werden. Eine der wichtigsten
15 Maßnahmen, die leider immer wieder übersehen wird, ist jedoch eine Auffrischung des Erste-Hilfe-
16 Kurses.

17 Bislang muss dieser einmalig bei Antreten der Fahrprüfung zum Erlangen des Führerscheins
18 absolviert worden sein. Diese einmalige Verpflichtung beinhaltet einen Erste-Hilfe-Kurs von neun
19 Unterrichtsstunden á 45 Minuten und somit nicht einmal sieben Gesamtstunden. Wir finden, dies ist
20 viel zu wenig um ein Leben lang sicher und zuverlässig im Ernstfall handeln zu können und somit oft
21 sogar Leben zu retten. Erste Hilfe anzuwenden bedarf wie viele andere Dinge im Leben konsequenter
22 Übung und ständiger Auffrischung des Wissens und der Erkenntnisstände durch Expert*innen.
23 Deshalb fordern wir eine verpflichtende Auffrischung des Erste-Hilfe-Kurses und Simulationstraining
24 für alle Führerscheininhaber*innen nach spätestens zwei Jahren. Es soll einen Toleranzzeitraum von
25 drei zusätzlichen Monaten geben, jedoch wird der Führerschein bei Nichteinhaltung der Forderung
26 ungültig. Die Kosten für den Auffrischkurs (zwischen 20€ – 40€) sollen vom Staat übernommen
27 werden. Zusätzlich muss gewährleistet werden ausreichend viele Kursstellen bereitzustellen, die dem
28 neuesten Wissensstand entsprechen, von kompetentem Personal geleitet werden und die nötigen
29 Übungsmaterialien kostenlos zur Verfügung stellen.

30 Die Koppelung eines erst kürzlich absolvierten Erste-Hilfe-Kurses an die Gültigkeit des Führerscheins
31 soll langfristig durch mehrere ergänzende Richtlinien dazu führen, dass jede in Deutschland lebende
32 Person zwischen sechs und 70 Jahren dazu befähigt ist zuverlässig, dem Alter entsprechende Erste-
33 Hilfe Maßnahmen anwenden zu können. Zudem fordern wir, dass der Erste-Hilfe-Kurs in den
34 Lehrplan für die 4. Klasse und 9. Klasse aufgenommen wird.

35 Außerdem soll es auch allen Menschen, die nicht im Besitz eines Führerscheins sind, ermöglicht
36 werden, im gleichen Intervall ab dem 18. Lebensjahr kostenfrei Erste-Hilfe-Kurse besuchen zu
37 können. Egal ob man mit dem Auto, dem Rad oder zu Fuß im Straßenverkehr unterwegs ist, kann es
38 passieren, dass man Teil einer Unfallsituation ist oder Erste Hilfe leisten können sollte.

39

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD - Bundestagsfraktion
3 Ansprechpartner:
4
5
6
7

8 **Klare Kante gegen den Angriffskrieg – Eindeutige Position in der Türkeipolitik – Jetzt**

9

10 Deutschland und die Türkei verbindet eine gemeinsame Historie und noch heute zeigen die vielen
11 Menschen, die sowohl die Türkei als auch Deutschland als ihre Heimat ansehen, die Verbindung der
12 beiden Länder. Wir bekennen uns zur Verantwortung die Kinder und Enkel der ehemaligen
13 Gastarbeiter*innen, die integrierter Bestandteil unseres Landes sind, in ihrem Kampf gegen
14 Diskriminierung zu unterstützen und zudem für eine aktive Völkerverständigung zwischen der
15 türkischen und der deutschen Nation einzustehen. Eine Verbindung zum türkischen Volk muss aber
16 auch eine klare Ablehnung des aktuellen türkischen Regimes bedeuten, denn Millionen Menschen,
17 die auf dem Staatsgebiet der Türkei oder in direkter Nachbarschaft leben, leiden am meisten unter
18 den Praktiken des türkischen Präsidenten Erdogan und seines Regimes. Die Erpressung der Nato-
19 Staaten seitens der Türkei, die einem Beitritt Schwedens und Finnlands nur deshalb zustimmte, weil
20 umfassende Zugeständnisse an die Türkei und ihre autoritären und völkerrechtswidrigen Praktiken
21 gemacht wurden, zeigt einmal mehr, dass es eine neue und klare Türkeipolitik braucht, die sich klar
22 für Menschenrechte und gegen kriegerische und autoritäre Handlungen einsetzt. Während die
23 beiden skandinavischen Länder aus berechtigten Sorgen um ihre Sicherheit, wegen des russischen
24 Angriffskrieges, den Schutz der Nato suchen, opfert eben jenes Verteidigungsbündnis, das sich als
25 Behüter von liberalen Werten und Demokratie sieht, die Sicherheit der Kurd*innen und billigten den
26 türkischen Angriffskrieg gegen ein unschuldiges Volk.

27 Die Türkei, die 2005 zum EU-Beitrittskandidaten erklärt wurde, hatte seit 2002, dem Beginn der
28 Regierung der islamisch konservativen AKP zuerst eine Verbesserung der Menschenrechte gezeigt.
29 Im Freedom House Index, der von 1 (gut) bis 7 (schlecht) die Menschenrechtslage einschätzt, machte
30 sei einen Schritt von 4,5 (2002) bis auf 3 (2005), was den Beginn der Beitrittsprozesse ermöglichte.
31 Nachdem dieser allerdings schleppend verlief, verschlechterte sich die Lage und die Türkei fiel nach
32 den brutal niedergeschlagenen Gezi-Protessen auf 3,5 (2013) und den radikalen Konsequenzen aus
33 dem gescheiterten Putsch 2016 sogar auf 5,5 (2017).

34 Neben der Unterdrückung von Pressefreiheit, Oppositionsrechten, der LGBTIQ-Community und
35 Frauenrechten, der Behördenwillkür nebst Foltervorwürfen und der inhumanen Behandlung von
36 Geflüchteten, ist diese Verschlechterung der Menschenrechte an der Behandlung der kurdischen
37 Minderheit deutlich zu erkennen. Das kurdische Volk erhielt nach dem ersten Weltkrieg und der
38 Auflösung des osmanischen Reiches kein eigenes Staatsgebiet, sein Siedlungsgebiet wurde
39 stattdessen auf die Türkei, Syrien, den Irak, den Iran und Armenien aufgeteilt. In allen Ländern,
40 besonders in der Türkei, kämpften Kurd*innen seitdem für mehr Autonomierechte – teilweise auch
41 für Unabhängigkeit. Die Türkei bekämpfte die Bestrebungen seit ihrer Gründung radikale,
42 unabhängig davon, ob westorientiert säkulare, islamisch konservative oder militärische Kräfte das
43 Land regierten. Kurd*innen wurde über Jahrzehnte unterdrückt, erfuhren jedoch unter Recep Tayyip
44 Erdoğan anfänglich tatsächlich Liberalisierungen in Sprache, Bildung, Religion und politischer
45 Beteiligung und es wurden sogar Friedensverhandlungen aufgenommen. Ab 2013 wurden Kurd*inne
46 jedoch wieder mit harten Repressionen belegt, wodurch die zuvor gewährten Rechte mehr als
47 revidiert wurden und es zu Parteiverboten, Verhaftungen von Abgeordneten der kurdischen HDP,
48 Absetzung demokratisch gewählter Bürgermeister und Verboten von Medien, Zeitungen und

1 Einrichtungen kam. Die Friedensgespräche wurden einseitig aufgekündigt und die Regierung Erdogan
2 ging militärisch gegen die kurdischen Gebiete vor, flog sogar Luftangriffe und stellte ganze Dörfer
3 wochenlang unter Hausarrest. Die Versorgungslage in den kurdischen Gebieten ist deutlich
4 schlechter als die in der übrigen Türkei, Behördenwillkür ist an der Tagesordnung, demokratische
5 Teilhabe unmöglich.

6 Doch nicht nur innerhalb der Türkei gehen Sicherheitskräfte radikal und gewalttätig gegen
7 Kurd*innen vor: Seit der Gründung der Türkei unter Mustafa Kemal "Atatürk" gilt als erklärtes
8 Staatsziel, ein unabhängiges Kurdistan zu verhindern, um eigene territoriale Interessen zu bewahren.
9 Der Türkische Staat bekämpft deshalb auch heute, autonome kurdische Bestrebungen in Nordsyrien
10 und Nordirak und greift deshalb das kurdische Autonomiegebiet Rojava an. Zudem unterstützte die
11 Türkei seit Beginn des Syrischen Bürgerkriegs mehr oder weniger offen radikal-islamistische Kräfte
12 und arbeitet bis heute mit der Syrische Nationale Armee zusammen, die nach Informationen von
13 Amnesty International für Folter, Verschleppung und Mord verantwortlich ist. Zudem sind Türkische
14 Streitkräfte seit 2015 selbst in kurdische Gebiete, auf dem Staatsterritorium Syriens einmarschiert,
15 was qua Definition einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg bedeutet. Bodentruppen und
16 Luftangriffe auf die Kurd*innen richtet sich nach Aussagen der türkischen Seite nur als Antiterror-
17 Maßnahmen gegen die PKK, die in der Türkei tatsächlich Angriffe auf staatliche und zivile Ziele
18 ausgeübt hatte, aber eben auch gegen die YPG, die im Kampf gegen den selbsternannten IS auf
19 Seiten der USA und der Nato gekämpft hatte und entscheidend an der Zurückdrängung der
20 radikalislamistischen Terrortruppen beteiligt war. Zudem berichten Menschenrechtsorganisationen
21 immer wieder von zivilen Opfern der Drohnen- und Luftangriffe. Aktuelle Berichte zeigen, dass die
22 Türkei versucht, die Kurd*innen aus dem Grenzgebiet zu vertreiben, um ihr zusammenhängendes
23 Autonomiegebiet zu zerstören und eine Sicherheitszone zu errichten, innerhalb derer sie syrische
24 Geflüchtete zwangsansiedeln wollen.

25 Nachdem die kurdischen Verbündete im Kampf gegen den IS als wichtigste Unterstützung gesehen
26 wurden, wurden sie angesichts der türkischen Bedrohung fallen gelassen und dem Angriff eines,
27 ihnen übermächtigen, Militärs schutzlos ausgeliefert. Tatsächlich verringerten einige Nato- und EU-
28 Länder, u. a. Schweden und Finnland, jedoch ihre Waffenexporte und gewährten geflohenen
29 Kurd*innen Schutz und Asyl. Dass Nato-Staaten und damit Partner der Türkei in einem Bündnis für
30 liberale Werte und Demokratie politische Geflüchtete aus der Türkei aufnehmen müssen zeigt, dass
31 die Türkei schon lange nicht mehr in dieses angebliche Wertekonstrukt Nato passt. Die Türkei, die
32 sich in den vergangenen Jahren immer weiter zu einer stabilen Autokratie gewandelt hat, die
33 völkerrechtswidrige Kriege führt, die die Sicherheit von Armenien und der EU-Partner Griechenland
34 und Zypern und die fragile Stabilität in Libyen bedroht, ist nur aus strategischen Interessen weiterhin
35 ein Nato-Partner, gemeinsame Werte sind nicht zu erkennen.

36 Dass sich die Nato nun bei der Aufnahme der beiden liberalen Demokratien Schweden und Finnland,
37 die zweifelsohne jede Berechtigung zu diesem Beitritts gesuch und auch zum Beitritt haben, von der
38 autoritären und menschenrechtsfeindlichen Türkei erpressen lässt, ist nicht akzeptabel. Durch ein
39 Abkommen zwischen Schweden, Finnland und der Türkei, zeigen die beiden skandinavischen Länder
40 nun Bereitschaft, angebliche Terrorverdächtige an die Türkei auszuliefern, was sie zuvor abgelehnt
41 hatten. Dabei hatte die Türkei Schweden sogar eine Namensliste übergeben, was ein krudes
42 Verständnis von Rechtsstaatlichkeit seitens der türkischen Regierung offenlegt. Zusätzlich werden
43 Schweden und Finnland ihre Waffenembargos aufheben, mehr Zusammenarbeit mit der Türkei in
44 Außen- und Sicherheitsfragen anstreben und zudem die Unterstützung kurdischer Einrichtungen
45 beenden. Die kurdische Exilgemeinde verliert dadurch finanzielle Mittel, Räumlichkeiten und Einfluss
46 und muss zudem fürchten, künftig leichter von türkischen Behörden überwacht zu werden, was in
47 Deutschland längst geschehen ist. Die USA kündigten wenige Stunden nach dem Aufnahmebeschluss

1 der beiden skandinavischen Staaten an, eine Modernisierung der türkischen Luftwaffe zu
2 unterstützen und dabei wohl auch Kampfflugzeuge zu liefern, was sie bisher abgelehnt hatten.

3 Mit diesen Abkommen legitimieren die aktuellen Nato-Staaten und die beiden zukünftigen die
4 türkische Diktatur und ihren Kampf gegen die Kurd*innen. Die Nato sieht nicht länger nur passiv weg,
5 wenn die Türkei Kurd*innen verfolgt, vertreibt und ermordet, sondern sie unterstützt diese Taten
6 mehr und mehr aktiv. In einer Zeit, in der sich Deutschland und Europa an die Seite der Ukraine
7 gegen einen verbrecherischen russischen Angriffskrieg stellen und zu Recht ihren Zusammenhalt mit
8 der Ukraine zeigen, sollten wir nicht gleichzeitig die Türkei dabei unterstützen, wenn sie einen
9 brutalen verbrecherischen Krieg gegen Rojava führt, sondern ebenso demonstrativ einen
10 Schulterschluss mit den Kurd*innen zeigen und die türkische Aggression, ebenso wie die russische,
11 klar benennen und sanktionieren, nicht noch unterstützen.

12 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Türkei bereit war, Menschenrechte für einen möglichen EU-
13 Beitritt umzusetzen. Die islamisch konservative AKP hatte zugunsten eines möglichen Beitritts sogar
14 die größten Zugeständnisse an Menschenrechte und Autonomierechte für die Kurd*innen
15 umgesetzt. Die konservativen Kräfte in Deutschland und Frankreich verhinderten den EU-Beitritt der
16 Türkei jedoch, weshalb die türkische Regierung den Ansporn für die Umsetzung der Menschenrechte
17 verlor, besonders, da sie über den unsäglichen EU-Türkei Migrations-Deal zusätzliches
18 Erpressungspotential gegenüber der EU erhielt. Aus dieser Erfahrung zeigt sich, dass auf die Türkei
19 Druck aufgebaut werden kann und muss, um sie zur Einhaltung der Menschenrechte und zur
20 Beendigung ihres völkerrechtswidrigen Krieges gegen die Kurd*innen zu bewegen.

21 **Wir fordern deshalb:**

22 Die Bundesregierung muss öffentlich ihre Solidarität mit den Kurd*innen aussprechen und die
23 türkische Aggression auch innerhalb der Nato klar benennen. Deutschland muss die
24 Autonomiebestrebungen des kurdischen Volkes unterstützen, die Autonome Region Rojava
25 anerkennen und das kurdische Vereinswesen in Deutschland unterstützen und schützen.

26 Türkische und kurdische Oppositionelle, auch Angehörige der PKK, dürfen nicht an die Türkei
27 ausgeliefert werden, sondern müssen innerhalb Deutschlands und der EU Schutz erhalten und in
28 Einzelfällen gerichtlichen Verfahren die Beurteilung von angeblichen Terrorist*innen überlassen
29 werden und keine politischen Auslieferungen gestattet werden.

30 Die Bundesregierung muss ein Waffenembargo gegen die Türkei aussprechen und sich innerhalb der
31 EU und Nato dafür einsetzen, dass die übrigen Partner sich diesem Embargo anschließen. Für den
32 Fall, dass die Türkei ihre verbrecherischen militärischen Aktionen auf syrischem Territorium nicht
33 beendet, müssen wirtschaftliche Sanktionen und solche gegen die handelnden Personen vorbereitet
34 und im Ernstfall vollzogen werden.

35 Die Türkei kann unter ihrer aktuellen politischen Führung und deren Maßnahmen kein "normaler"
36 Nato-Partner mehr sein. Die Türkei sollte innerhalb der Nato in einen Schwebestand versetzt
37 werden, der sie von der Einstimmigkeit ausnimmt und nicht die Rechte einer vollwertigen
38 Mitgliedschaft ermöglicht. Die Bundesregierung muss sich dahingehend innerhalb der Nato
39 einsetzen.

40 Nur mit diesen Maßnahmen kann Frieden für die Kurd*innen und die türkische Opposition erreicht
41 werden und die völkerrechtswidrigen Angriffe beendet werden. Wir brauchen eine klare Linie für
42 Menschenrechte und Demokratie in unserer Türkeipolitik-

43

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD – Landesparteitag
3 Ansprechpartner:
4
5
6
7

8 **Arbeit im Wandel: sozial, feministisch, ökologisch.**

9 Arbeit und das Verständnis von Arbeit haben sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Die
10 Schwerpunkte der Menschen und ihre Einstellung zur Arbeit haben sich verschoben. Umfragen
11 zeigen, dass der Wert von Freizeit und Selbstverwirklichung einen höheren Stellenwert einnimmt als
12 früher. Die digitale Transformation betrifft auch die Arbeitswelt und bringt nicht nur
13 emanzipatorisches Potential sondern auch Herausforderungen für unseren Kampf für gute Arbeit
14 mit. Es werden Branchen in den Bereichen der erneuerbaren Energien geschaffen werden müssen
15 und es werden welche in der Kohle und Stahlindustrie verloren gehen oder sich verändern.

16 Der Ausbildungsstart bedeutet für viele junge Azubis, dass ein neuer Lebensabschnitt beginnt. Um
17 diesen Abschnitt für alle so angenehm wie möglich zu gestalten, müssen wir noch vieles verbessern.
18 „Wer nicht ausbildet wird umgelegt“ ist vielleicht nicht ganz wörtlich gemeint, aber doch der richtige
19 Ansatz für eines der Hauptprobleme. Viele Betriebe bilden nicht oder nicht mehr aus und erschweren
20 es so Azubis einen Ausbildungsplatz zu finden, auch wenn klar ist, dass die Azubis die Zukunft der
21 Branche darstellen.

22 Als Jungsozialist*innen stehen wir Seite an Seite mit den Gewerkschaften und kämpfen für bessere
23 Arbeitsbedingungen, eine flächendeckende Tarifbindung, die Rückkehr aus Teilzeit in Vollzeit und vor
24 allem aktuell: die Aufwertung der Pflegeberufe. Das Wort „systemrelevant“ ist während der
25 Pandemie zum Dauerbrenner geworden und vor allem während des Lockdowns wurde deutlich, wer
26 unsere Gesellschaft in so einem Fall am Laufen hält. Trotzdem sind Berufe in der Pflege und anderen
27 sozialen Berufen vollkommen unterbezahlt und unterbesetzt. Wir sagen: Es braucht mehr als nur
28 Applaus: Es braucht nachhaltige Veränderungen.

29 **Feministische Perspektive**

30 Auch im 21. Jahrhundert stehen Frauen in unserer Gesellschaft vor vielen Hürden und
31 Herausforderungen und sind von systematischer Benachteiligung betroffen. Viele dieser Probleme
32 zeigen sich im Umfeld der Arbeit.

33 Eine der größten Baustellen findet sich an der Spitze von Unternehmen: In Deutschland besetzten
34 kaum Frauen Leitungspositionen in großen Unternehmen, sie stoßen bei ihrem Aufstieg an eine
35 „gläserne Decke“. Dieses Phänomen existiert, weil Vorstände und Aufsichtsräte von Männern
36 dominiert sind, die es vorziehen, auch mit Männern zusammenzuarbeiten. Frauen werden so nicht
37 auf entsprechende Posten berufen. Wir kämpfen deshalb weiter für eine echte Gleichstellung und
38 fordern eine Frauenquote von 50 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände von Unternehmen.

39 Diskriminierung beginnt jedoch nicht bei der Vergabe von Vorstandsposten. Häufig kommt es hierzu
40 schon in Bewerbungsprozessen. Bewerber*innen werden dabei aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer
41 Hautfarbe oder Herkunft noch vor einem Gespräch aussortiert.

42 Ein Mittel, dem zu begegnen, ist, Bewerbungsverfahren zu anonymisieren. Dabei werden Merkmale
43 wie Herkunft und Geschlecht nicht in den entsprechenden Unterlagen aufgeführt und Fotos liegen
44 den Personaler*innen nicht vor. Wir fordern deshalb, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz

1 (AGG) entsprechend zu ergänzen, um solche anonymisierten Verfahren vorzuschreiben und Verstöße
2 sanktionsfähig zu machen.

3 Weiterhin ist in Deutschland auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Feld, das von
4 Missständen geprägt ist.

5 Entscheidet sich ein Paar für Kinder, ist es in der Regel die Frau, die entweder Elternzeit nimmt oder
6 ihren Beruf ganz verlässt. Auch die Pflege von Angehörigen übernehmen meist Frauen. Frauen
7 erledigen also meist diese gesellschaftliche „Care- und Reproduktionsarbeit“. Zugleich ist der
8 (Wieder-)Einstieg in den Beruf erschwert. Das be- oder gar verhindert den beruflichen Aufstieg von
9 Frauen und fördert das Risiko, im Alter von Armut bedroht zu sein.

10 Wir akzeptieren das nicht - Care-Arbeit und Reproduktionsarbeit ist Arbeit! Von einer allgemeinen
11 Arbeitszeitverkürzung profitieren nicht nur, aber insbesondere auch Eltern und pflegende
12 Angehörige. Darüber hinaus wollen wir Unternehmen verpflichten, flexible Arbeitszeitmodelle
13 anzubieten. Besonders letztere müssen dabei umfassend tariflich und gesetzlich abgesichert sein,
14 damit kein Missbrauch möglich ist. Das betrifft insbesondere Ruhezeiten sowie tägliche und
15 wöchentliche Höchstarbeitszeiten. Insgesamt ist für uns aber unerlässlich, dass die Maßnahmen die
16 Betroffenen tatsächlich entlasten und gleichzeitig für ein gleichbleibendes Lohnniveau sorgen.
17 Unabhängig vom Konzept sind ein Rückkehrrecht in die Vollzeit und ein Rechtsanspruch auf gleiche
18 Karrierechancen überfällig und müssen garantiert werden. Hierzu fordern wir eine entsprechende
19 Novellierung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) und eine Überarbeitung der geltenden
20 Brückenzeitregelung.

21 Um zu verhindern, dass Care- und Reproduktionsarbeit zum Armutsrisiko wird, muss sie in der
22 Rentenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung berücksichtigt werden. Gegebenenfalls
23 muss der Staat dabei die Beiträge der Arbeitnehmer*innen übernehmen.

24 Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der die Verrichtung von Care- bzw. Reproduktionsarbeit eine
25 gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Das bedeutet, dass die Professionalisierung der Care-Arbeit
26 vorangetrieben wird, um flächendeckend kostenlose Kinderbetreuung in Anspruch nehmen zu
27 können und damit die Organisation der Pflege von pflegebedürftigen und behinderten Angehörigen
28 nicht länger eine rein private Aufgabe ist. Darüber hinaus muss die Verteilung der Arbeit von
29 Geschlechterstereotypen befreit werden und in allen Bildungseinrichtungen vermittelt werden, dass
30 Care-Arbeit nicht weiblich, sondern menschlich ist. Für die gerechte Verteilung der Care- und
31 Reproduktionsarbeit sehen wir die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 25 Stunden als zentrales
32 Instrument.

33 In der nun anlaufenden Legislatur erwarten wir, dass das Ehegattensplitting endlich gestrichen wird.
34 Das Steuermodell bevorzugt Verheiratete, bei denen nur eine Person arbeitet. Entsprechend
35 gesellschaftlichen Rollenklischees bleiben damit in den allermeisten Fällen die Frauen zu Hause. Ein
36 staatliches Programm, dass Diskriminierung (in)direkt fördert, muss abgeschafft werden.

37 **Perspektive der Studierenden**

38 Duales Studium

39 Studium und Praxis miteinander zu verbinden, ist in vielen Studiengängen enorm hilfreich und
40 erleichtert den späteren Berufseinstieg. Um hier die theoretischen Inhalte und die Praxis bestmöglich
41 kombinieren zu können, wurde bereits 1970 das duale Studienmodell entwickelt. Das duale Studium
42 sollte eine erste Antwort auf die gestiegenen Qualifikationsanforderungen darstellen. Heute dient es
43 nicht nur dazu, während des Studiums schon Erfahrungen im Beruf zu sammeln, sondern auch
44 darum, sich in Teilen den Lebensunterhalt leisten zu können. In vielen dualen Studiengängen fallen

1 Studiengebühren an, die wir entschieden ablehnen. Für uns steht fest: Bildung muss immer
2 kostenfrei sein! Die Entlohnung des Dualen Studiums muss sich verbessern, damit die dual
3 Studierenden auch in teuren Städten tatsächlich ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

4 Es lassen sich drei verschiedene Arten des dualen Studiums unterscheiden. Das
5 Ausbildungsintegrierende Studium verbindet den angestrebten Hochschulabschluss mit einem
6 Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf. Das Praxisintegrierende Modell enthält
7 verlängerte Praxisphasen in dem jeweiligen Berufsfeld. Hierbei besteht für die Studierenden eine
8 gültige Hochschulzulassung und entweder ein Ausbildungs- oder Studienvertrag mit dem
9 Praxispartner. Das Berufsintegrierende Modell verbindet eine Teilzeittätigkeit mit einem Studium.

10 Viele Studierende arbeiten teilweise mehr als 30 Stunden pro Woche und werden dafür nicht
11 ausreichend entlohnt, denn aktuell sind die Rahmenbedingungen für dual Studierende nicht
12 gesetzlich geregelt. Wir Jusos fordern bereits seit 2016 die Aufnahme von dual Studierenden in das
13 Berufsbildungsgesetz (BBiG), um die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Löhne zu erhöhen.
14 Nach fünf Jahren ist diese Forderung aktueller denn je, denn die Zahl der dual Studierenden steigt
15 und die "Spielregeln" für die Praxisphasen sind weiterhin nicht angemessen geregelt. Wir fordern die
16 Aufnahme von dual Studierenden und ihren entsprechenden Praxisphasen in den Unternehmen in
17 das BBiG. Hier gelten aktuell keine einheitlichen Regelungen und die Verträge zwischen den
18 Studierenden und den Unternehmen werden individuell geschlossen und es gibt keine Pflicht, einen
19 gewissen Mindestbetrag auszuzahlen, was zu Ausbeutung der jungen Mitarbeiter*innen führt.
20 Außerdem muss eine geregelte Ausbildung sichergestellt werden. Daher fordern wir die Pflicht zur
21 Vorlage eines Ausbildungsplans, der während des Studiums als Orientierung dient und vielfältige
22 Einblicke in den Beruf gewähren soll.

23 Bei der Aushandlung von Tarifverträgen ist es wichtig, die Besonderheiten der dual Studierenden in
24 den Blick zu nehmen und Ihre Belange wie Urlaub, Freistellung für die Vorlesungen und Arbeitszeit
25 im BBiG zu regeln und eine gesetzliche Grundlage zu schaffen.

26 Diese Form der Ausbildung wird immer beliebter und 20% aller Studierenden schlagen diesen Weg
27 ein. Wir stehen solidarisch an der Seite der Studierenden und der Gewerkschaften, die sich schon
28 lange für das Thema einsetzen.

29 Um Gleichstellung zu fördern und Antifaschismus in unserer Gesellschaft zu stärken, sollten
30 diskriminierungskritische Inhalte Bestandteil aller Ausbildungen sein – das gilt somit auch für das
31 Studium. Wir fordern daher die Vermittlung diskriminierungskritischer Inhalte, Kompetenzen und
32 Grundsätze als verpflichtende Bestandteile aller Studiengänge in Bayern – und perspektivisch
33 bundesweit.

34 Wissenschaftliche Perspektive

35 "Unter dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz hätte jemand wie Albert Einstein sicherlich keinen
36 Nobelpreis bekommen" sagt der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft für Erziehung und
37 Wissenschaft (GEW). Wer an einer deutschen Universität promoviert, habilitiert oder auf andere
38 Weise seine Qualifikation erhöht, fällt unter eben jenes Wissenschaftszeitvertragsgesetz
39 (WissZeitVG), das bestimmt, dass wissenschaftliche Mitarbeiter*innen bis zu sechs Jahr vor und sechs
40 Jahre nach ihrer Promotion befristet beschäftigt werden dürfen (in der Medizin sind es sechs
41 beziehungsweise neun Jahre). Die genauen Laufzeiten können die Hochschulen selbst festlegen.
42 Diese Regelungen haben zur Folge, dass es quasi keine unbefristeten Stellen in der
43 wissenschaftlichen Arbeit gibt, sondern alle Mitarbeitenden auf eine Professur hinarbeiten oder die
44 Wissenschaft früher oder später verlassen müssen. 2020 waren laut GEW 89 Prozent aller Verträge
45 wissenschaftlicher Mitarbeiter*innen befristet.

1 Die Befristungen sollen den wissenschaftlichen Werdegang der nachrückenden Forscher*innen
2 regeln und laut Bundesbildungsministerin Karlicek auch durch mehr personellen Wandel Innovation
3 schaffen und mehr Menschen einen Weg in der Wissenschaft bieten. Doch das WissZeitVG verfehlt
4 dieses Ziel und verschlechtert sogar die Lebensverhältnisse von jungen wissenschaftlichen
5 Mitarbeiter*innen. Unabhängig davon, ob "Innovation" tatsächlich durch Befristung entstehen kann,
6 ist es in unseren Augen nicht das primäre Ziel von Wissenschaft innovativ zu sein sondern in erster
7 Linie, wissenschaftliche Qualität durch ordentliche Beschäftigungsverhältnisse sicherzustellen. Nur
8 Wissenschaftler*innen, die sich keine Sorgen um ihre berufliche Zukunft machen müssen, können
9 gut forschen.

10 • Wer befristet arbeitet, kann keine Familie planen. 49 Prozent der Frauen und 42 Prozent der
11 Männer, die nach der Promotion in der Wissenschaft arbeiten, bleiben kinderlos. Gerade in der
12 Phase zwischen Mitte 20 und Ende 30, in der Familien gegründet und die Lebensplanung geschieht,
13 haben junge Mitarbeiter*innen an Universitäten keine Planungssicherheit, sondern hangeln sich von
14 Vertrag zu Vertrag.

15 • Die meisten Stellen sind wegen der vielfältigen Aufgaben auf Teilzeit ausgelegt. Mit der Arbeit in
16 Laboren, der Lehre oder der Betreuung studentischer Arbeiten neben der Promotion wird aus einer
17 bezahlten Teilzeitstelle schnell eine gearbeitete Vollzeitstelle. Das eigentliche Ziel, die Promotion
18 oder Habilitation, wird zur Aufgabe in der vermeintlichen Freizeit.

19 • Die Innovation und die Qualität in der Forschung leiden, denn wer jedes halbe Jahr auf einen neuen
20 Vertrag hoffen muss, wird eher solide Publikationen verfassen, anstatt kontroverse Thesen zu
21 vertreten und gängige Standpunkte der Wissenschaft anzugreifen. Zudem herrscht auch hier keine
22 Planungssicherheit, denn wird ein Vertrag nicht verlängert, kann auch die Forschungsarbeit oft nicht
23 fortgeführt werden.

24 • Das Ziel der Professur ist ein Irrweg, denn nur eine von 23 Bewerbungen hat Erfolg. Auf wenige
25 Stellen kommen so enorm viele Bewerber*innen. Dabei werden hauptsächlich die Zahl der
26 Publikation und die erreichten Drittmittel bei der Auswahl betrachtet, weniger die Qualität der Lehre.
27 Wer keine Professur bekommt, muss in den meisten Fällen nach zwölf Jahren befristeter Arbeit in
28 der Wissenschaft die Hochschule verlassen und in die freie Wirtschaft wechseln. In vielen Fällen ist
29 dieser Schritt aufgrund des Alters schwer und die Karrierechancen sind extrem gering.

30 Diese Missstände nehmen wir nicht weiter hin! Die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen sind das
31 Grundgerüst der universitären Forschung und Lehre. Sie unterrichten die künftigen
32 Akademiker*innen und forschen zum Wohl der Allgemeinheit. Deshalb verdienen sie Respekt und
33 Sicherheit, keine prekären Arbeitsverhältnisse. Wir fordern deshalb:

34 • Als Qualifikationserwerb dürfen nur noch Promotion und Habilitation behandelt werden. Befristete
35 Verträge sollen nur noch in diesen Fällen zulässig sein, nicht mehr bei der Mitarbeit in
36 Forschungsgruppen oder bei der Arbeit an Publikationen.

37 • Die Dauer der Befristung darf nicht mehr von den Universitäten selbst festgelegt werden, sondern
38 muss stärker gesetzlich beschränkt sein.

39 • Frauen muss es möglich sein, auch mit Kindern einen wissenschaftlichen Werdegang anzustreben.
40 Dazu müssen sie besonders gefördert werden, dazu zählt beispielsweise die Bereitstellung von
41 Betreuungsplätzen.

42 • Der geradlinige wissenschaftliche Werdegang mit dem Ziel einer Professur muss verlassen werden.
43 Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen müssen stattdessen unbefristet angestellt werden.

1 • Unser Ziel ist es, alle Beschäftigten deutscher Hochschulen aus prekären, befristeten und
2 unfreiwillig abgeschlossenen Teilzeitverträgen in sozialversicherungspflichtige Dauerstellen zu
3 überführen.

4 Nur mit diesen Maßnahme können wir den Wissenschaftsstandort Deutschland sichern und jungen
5 Menschen gleichzeitig einen perspektivreichen Weg in die universitäre Forschung eröffnen.
6 Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen sollen endlich den Respekt bekommen, den sie verdienen!

7 **Geringfügige Beschäftigung**

8 Grundsätzlich lehnen wir geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ab. Diese sind vor allem ein Mittel,
9 mit dem Altersarmut, aber auch Armut im Falle des Jobverlustes gefördert werden, da diese Arbeit
10 keine Rentenpunkte einbringt und zudem auch kein Beitrag in die Sozialversicherung eingezahlt wird.
11 Da Frauen tendenziell häufiger in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, sind sie von
12 diesen Gefahren mehr betroffen als Männer. Arbeitgeber*innen haben aus unserer Sicht eine
13 Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft und diese Verpflichtung besteht darin, Arbeitsplätze zu
14 schaffen, die ein gutes Auskommen, das armutsfest ist, zu garantieren. Dazu gehört neben dem
15 Mindestlohn die Einzahlung in die Renten- und Sozialversicherung. Wir fordern die
16 Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro. Verhältnisse, in denen Arbeitgeber*innen
17 Bewerber*innen dazu nötigen, auf Renten- und Sozialversicherungseinzahlungen zu verzichten,
18 müssen unterbunden werden. Hierzu bedarf es der Abschaffung von geringfügigen Beschäftigungen
19 in der heutigen Form. Für Schüler*innen und Studierende braucht es beispielsweise Formen der
20 Beschäftigung, die Einzahlungen in die Renten- und Sozialversicherung generieren, damit bereits
21 diese Arbeit zur Absicherung für später beiträgt.

22 Solange geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bestand haben, bedarf es einer besseren Aufklärung
23 darüber, welche Auswirkungen der Verzicht auf Einzahlung von Renten- und
24 Sozialversicherungsbeiträgen hat. Viele junge Menschen, die als Schüler*innen ihren ersten Job
25 annehmen, wissen nicht ausreichend darüber Bescheid und lassen sich so leicht von
26 Arbeitgeber*innen davon überzeugen, dass sie auf eine Einzahlung verzichten. Hier muss dringend
27 mehr Wissen vermittelt werden.

28 **Perspektive der Azubis**

29 Mit der Einführung der Mindestvergütung für Auszubildende haben wir Jusos in der letzten
30 Legislaturperiode viel für junge Menschen erreicht - gegen den Widerstand der Union. Die Höhe der
31 Mindestausbildungsvergütung reicht aber immer noch nicht für ein selbstständiges Leben von jungen
32 Leuten aus. Daher kämpfen wir für eine Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung, bis dies
33 erreicht ist. Ebenso wollen wir den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) auf alle
34 Ausbildungsberufe ausweiten, sodass die Mindestausbildungsvergütung ebenso wie alle anderen
35 Schutzrechte im BBiG zukünftig für alle jungen Menschen in Ausbildung gelten.

36 Wir möchten eine Ausbildungsgarantie einführen, die jedem jungen Menschen das Recht auf einen
37 guten Ausbildungsplatz gibt. Denn immer noch verlassen viel zu viele junge Menschen, die gerne eine
38 Ausbildung machen würden, die Schule ohne einen Ausbildungsplatz. Der Staat hat hier die
39 Verantwortung jedem jungen Menschen eine gute Zukunftsperspektive zu geben. Die betriebliche
40 Ausbildung hat hier jedoch Vorrang vor dem staatlichen Ausbildungssystem. Daher bleibt es Ziel, dass
41 jeder junge Mensch einen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommt.

42 Inzwischen beteiligen sich rund 80 Prozent der Betriebe gar nicht mehr an der Ausbildung von
43 Fachkräften. Gerade in Zeiten, in denen sich fast alle Arbeitgeberverbände über fehlende Fachkräfte
44 beklagen, es aber immer noch jährlich Zehntausende junge Menschen gibt, die keinen

1 Ausbildungsplatz bekommen, ist das ein Zustand, den wir nicht hinnehmen können. Daher möchten
2 wir durch eine Ausbildungsplatzumlage dafür sorgen, dass sich zukünftig alle Betriebe zumindest
3 finanziell an der Ausbildung von Fachkräften beteiligen. Die Ausbildungsplatzumlage sollte in einen
4 Ausbildungsfonds entrichtet werden, aus dem wiederum die Schaffung von Ausbildungsplätzen (im
5 Rahmen der Ausbildungsgarantie) finanziert werden. Damit Auszubildende berufliche Sicherheit auch
6 nach dem Ende der Ausbildung haben, fordern wir eine Übernahmegarantie in die Festanstellung.

7 Junge Menschen, die von ihren Eltern nicht finanziell unterstützt werden, haben oft Probleme, die
8 Lebenshaltungskosten während der Ausbildung zu tragen. Mit dem
9 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wurde 1971 eine staatliche Förderung für solche
10 Situationen geschaffen. Heute können aber nur noch wenige Auszubildende diese Förderung in
11 Anspruch nehmen, weil die Grenzen für das Einkommen der Eltern zu niedrig angesetzt sind.
12 Außerdem wird die Beantragung durch viele bürokratische Hürden erschwert.

13 Wir fordern deshalb eine Umgestaltung des BAföG, die mehr Menschen den Zugang zur Förderung
14 ermöglicht. Dazu zählt beispielsweise, dass das BAföG unabhängig vom Einkommen der Eltern
15 ausgezahlt wird. Auch wollen wir, dass das BAföG nach dem Ende der Ausbildung nicht mehr wie
16 bisher zurückgezahlt werden muss.

17 Der antifaschistische Kampf für eine befreite Gesellschaft muss auch in den Berufsschulen geführt
18 werden. Die Vermittlung diskriminierungskritischer Konzepte, Inhalte und Grundsätze ist ein weiterer
19 Schritt auf diesem Weg und muss baldmöglichst verpflichtender Teil der Lehrpläne für Berufsschulen
20 in Bayern werden – perspektivisch auch bundesweit.

21 **Ökologische Perspektive**

22 Der Klimawandel ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit und wirkt sich damit auf alle Teile
23 unserer Gesellschaft aus. Wenn wir tatsächlichen Klimaschutz umsetzen wollen, müssen wir ihn auch
24 unter dem Eindruck der Arbeit betrachten. Was den Bereich Arbeit in dieser Frage hingegen
25 einzigartig macht, ist, dass sich politische Entscheidungen unmittelbar und entscheidend auf die
26 Lebensgrundlage der Menschen auswirken.

27 Als sozialistischer Richtungsverband gilt für uns, dass wir Klimaschutz vor dem Hintergrund von
28 Klassenunterschieden betrachten und wir für soziale Gerechtigkeit kämpfen - besonders, wenn es um
29 Arbeit geht.

30 Wege zur Arbeit

31 Für viele Menschen in Deutschland ist der tägliche Weg zur Arbeit weiterhin der Normalfall. Mehr als
32 zwei Drittel greifen dabei auf das Auto zurück. Für eine ökologischer gestaltete Arbeit, aber auch die
33 Verkehrswende ist der Arbeitsweg ein guter Ansatzpunkt.

34 Wir wollen den ÖPNV auch durch die flächendeckende Einführung eines Jobtickets vorantreiben.
35 Dieses muss über Landkreisgrenzen hinweg gültig und paritätisch vom Staat und den Unternehmen
36 finanziert werden. Damit schaffen wir auch den Anreiz, den ÖPNV der Anschaffung von
37 Firmenfahrzeugen vorzuziehen.

38 Bildung und Ausbildung spielen in diesem Zusammenhang ebenfalls eine wichtige Rolle. Für uns als
39 Jusos ist klar, dass Bildung auf allen Ebenen kostenfrei sein muss. Nur so ist sie für jede*n zugänglich.
40 Das bedeutet, dass der Staat auch die Kosten für den Weg zur Schule oder Universität tragen muss.

41 Wir fordern deshalb ein steuerfinanziertes Bildungstickets für Schüler*innen, Auszubildende und
42 Studierende. Auch wer sich für eine Fort- oder Weiterbildung entscheidet, darf auf den Fahrtkosten

1 nicht sitzenbleiben, wenn er*sie nicht bereits ein Jobticket hat. Am Ticket der Auszubildenden sollen
2 sich, wie beim Jobticket, auch die Unternehmen paritätisch an der Finanzierung beteiligen.

3 Zur Schulzeit, der Ausbildung oder dem Studium gehört die Begegnung mit anderen jungen
4 Menschen. Auch die eigenen Interessen bilden sich in dieser Zeit. Mobil zu sein ist dabei besonders
5 wichtig.

6 Wir wollen deshalb, dass die Bildungstickets nicht nur für den Weg zur Schule oder Universität
7 gelten, sondern jungen Menschen auch ermöglichen soll, in größere Städte zu kommen.

8 Insgesamt wollen wir, dass der ÖPNV für alle zugänglich ist - unabhängig von Beruf oder Alter. Wir
9 wollen den kostenfreien ÖPNV für alle und setzen dabei auch auf massive Investitionen, besonders,
10 um Land und Stadt besser zu verbinden und Querverbindungen zu schaffen. Wenn ausreichend
11 Alternativen bestehen, wollen wir den PKW-Verkehr weniger attraktiv machen und seine
12 Infrastruktur zurückbauen. Dadurch schaffen wir Platz, der wieder allen Menschen zur Verfügung
13 steht.

14 Für einen sozial-radikalen Wandel

15 Einige Bereiche unserer Wirtschaft lassen sich nicht klimaneutral umbauen. Das betrifft gerade auch
16 die Arbeit im Kohlebergbau. Die Jobs in diesen Branchen werden deshalb in den kommenden Jahren
17 verschwinden. Für uns gehört es zur Ehrlichkeit, das gegenüber den Beschäftigten so klarzustellen.

18 Wir stehen besonders in diesem Wandel an der Seite der Arbeiter*innen. Deshalb fordern wir
19 einerseits eine Frührente für Kohlearbeiter*innen, denen der Arbeitsmarkt keine Chancen bietet
20 oder zubilligt. Diese Rente darf das Rentenniveau nicht unterschreiten und muss aus Steuermitteln
21 finanziert werden. Die Rentenbeiträge sollen übernommen werden, damit die Beschäftigten keine
22 Nachteile beim Eintritt in die reguläre Rente haben.

23 Für jüngere Arbeitnehmer*innen fordern wir umfassende Begleit- und Unterstützungsprogramme
24 bei der Umschulung, Weiterbildung und weiteren Arbeitssuche. Während dieser Zeit soll das alte
25 Verdienstniveau durch den Staat garantiert werden.

26 In Regionen, in denen heute Kohle abgebaut wird, haben sich soziale und kulturelle Strukturen
27 gebildet. Die Schaffung von klimaneutralen Arbeitsplätzen soll deshalb gerade dort gefördert
28 werden. Besonders die zivilgesellschaftlichen Initiativen, gerade solche, die sich für Toleranz,
29 Antifaschismus und Jugendbildung engagieren, müssen umfassend unterstützt werden.

30 Wenn Produktionsprozesse umgestaltet werden, können in anderen Branchen Arbeitsplätze in eine
31 klimaneutrale Zukunft überführt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

32 Dazu wollen wir Fort- und Weiterbildungen fördern. In diesem Zusammenhang fordern wir ein Recht
33 auf lebenslange Bildung. Die Teilnahme an solchen Programmen wollen wir durch mindestens zehn
34 zusätzliche (Bildungs-)Urlaubstage ermöglichen und die Kosten für diese Weiterqualifikation auf die
35 Unternehmen umlegen.

36 Um die sozial-ökologische Transformation generell aber besonders um sie im Interesse der
37 Beschäftigten voranzubringen wird eine grundlegende Demokratisierung der Betriebe notwendig
38 sein. Wir wollen, dass gemeinsam entschieden wird, wie und was wir produzieren. Ressourcen sind
39 endlich und müssen über demokratische Aushandlung solidarisch verteilt werden.

40 Ressourcenschonende Arbeit

1 Klima- und Ressourcenschutz müssen auch am Arbeitsplatz eine Rolle spielen. Es ist Aufgabe der
2 Unternehmensführungen, ihre Arbeitsplätze und Prozesse dementsprechend zu gestalten.

3 Die Digitalisierung schafft hier neue Möglichkeiten. So lassen sich Behördengänge weitestgehend
4 papierlos und von zu Hause aus erledigen und Dienstreisen, besonders mit dem Flugzeug, können
5 durch Online-Konferenzen vermieden werden. In diesen Bereichen brauchen wir einen gezielten
6 Ausbau.

7 Wir erkennen die Möglichkeit für den Klimaschutz, die das Homeoffice eröffnet. Gleichzeitig sind wir
8 uns der Risiken für Arbeitnehmer*innenrechte und soziale Kontakte bewusst. Wir stehen hier an
9 Seite der Gewerkschaften, um Ausbeutung zu verhindern und gute Arbeitsbedingungen für alle zu
10 schaffen.

11 Gerade in der Pflege gibt es viel zu tun: Wir sind der Auffassung, dass dem Personalüberlastung nur
12 mit Hilfe eines gesetzlich verbindlichen Personalbemessungsinstrument erfolgreich entgegengewirkt
13 werden kann. Wir müssen zu einer Lohnpolitik kommen, die Einerseits zu einer flächendeckenden
14 Tarifbindung die Lohnentwicklung in den nächsten Jahren sichert, aber andererseits eine
15 Neubewertung der Eingruppierung in den Care-Berufen gewährleistet, die die Komplexität und
16 gesellschaftlichen Relevanz abbildet. Hierbei ist die regelmäßige und häufige Evaluation und
17 Anpassung maßgeblich. Dem Personalmangel kann nur durch eine Ausbildungsinitiative
18 entgegengewirkt werden. Auch die Möglichkeit sich in Care- Berufen akademisch weiterzubilden,
19 muss dringend ausgebaut werden.

20 **Arbeit im Wandel**

21 Wie unsere gesamte Gesellschaft befindet sich auch die Arbeitswelt in einem stetigen Wandel und es
22 kommen neue Herausforderungen auf uns zu, die es zu lösen gilt. Als Teil der
23 Arbeiter*innenbewegung begleiten wir diesen Weg und setzen uns an jeder Stelle für die Belange
24 der Arbeitnehmenden ein. Ausbeutung und ungerechte Behandlung Einzelner müssen ein Ende
25 nehmen.

26

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD – Landesparteitag, SPD - Bundesparteitag
3 Ansprechpartner:
4
5
6
7

8 **Natur und Kultur mit vollen Zügen genießen**

9 Urlaubszeit bedeutet tausende Tourist*innen, volle Parkplätze und verstopfte Straßen. Bundesweit
10 werden diese Regionen schon seit Jahren durch den motorisierten Individualverkehr belastet.

11 Die jeher stark frequentierten Ausflugsziele im Inland und insbesondere im bayerischen (Vor-
12)Alpenraum haben während der Covid 19 Pandemie und den damit einhergehenden
13 Reisebeschränkungen noch einmal verstärkt Zuspruch gefunden. Den Anwohner*innen in den
14 touristischen Ausflugsregionen wird ein unzumutbares Verkehrsaufkommen aufgebürdet, eine
15 “Blechlawine”, die zu erheblichen Einschränkungen im Alltag führt. Aus diesem Grund möchten wir
16 den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) besonders in den touristischen Hochburgen stärken
17 und somit die Bevölkerung vor Ort entlasten sowie einen Beitrag zu klimaneutraler Mobilität leisten.
18 Eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs in den Regionen touristischer
19 Ausflugsaktivitäten ist unabdingbar.

20 Derzeit werden Parkraumkosten häufig in unterschiedlichen Modellen in Ticketpreise touristischer
21 Attraktionen wie Bergbahnen, Skiliften und Sehenswürdigkeiten eingerechnet, sodass das Parken
22 und die Anreise mit dem eigenen Auto letztlich kostengünstiger erscheinen. Das wollen wir
23 verändern. Deshalb fordern wir, die existierenden Parkkosten jeglicher Art nicht in etwaige
24 Ticketpreise zu verrechnen, sondern sie separat abzurechnen und stattdessen die Kosten für eine
25 Anreise mit dem ÖPNV in den Ticketpreis der jeweiligen Attraktion zu integrieren.

26

1 Antragsteller*in: Jusos Oberbayern
2 Adressat: SPD – Landesparteitag,
3 Ansprechpartner:
4
5
6
7

8 **Kommunale Selbstbestimmung durch SOBON!**

9 Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist angespannt, besonders bezahlbarer Wohnraum ist
10 Mangelware. Immer weniger Menschen können sich angemessenen Wohnraum leisten, egal ob im
11 Mietverhältnis oder als Eigenheim. Viele Einheimische werden aus ihren Wohnorten verdrängt.
12 Kommunen haben mit diesem Problem stark zu kämpfen. Parallel müssen sie die Folgekosten von
13 Neubauten tragen, denn sie rufen Bedarf für unter anderem neuen Kindertagesstätten, Schulen,
14 Straßen und grüne Ausgleichsflächen hervor. Diese externen Kosten wiegen durch steigende Boden-
15 und Baupreise immer stärker. Eine hohe Doppelbelastung resultiert.

16 Gleichzeitig gilt: Wenn aus Land Bauland wird, erfährt der Boden eine enorme Wertsteigerung. Die
17 Eigentümer*innen verdienen an der kommunalen Genehmigung. Die Folgekosten trägt die Kommune
18 und damit die Gemeinschaft, die sie direkt bei der Wertschöpfung unterstützt. Im Gegenzug sind die
19 Planungsbegünstigten an keine Leistung an die Allgemeinheit verpflichtet. Es hat sich ein starkes
20 Ungleichgewicht an Profit und Kosten etabliert.

21 Um diese Ungleichheit in der Belastung zwischen Gemeinden und Eigentümer*innen umzuschichten,
22 muss auf beiden Seiten eine Veränderung geschaffen werden. Kommunen entlasten,
23 Eigentümer*innen belasten! Diesem Prinzip folgt die Sozialgerechte Bodennutzung (SOBON).
24 Grundlage bietet §1 Abs. 5 Baugesetzbuch: „Bauleitpläne sollen [...] eine dem Wohl der
25 Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse
26 der Bevölkerung gewährleisten“.

27 Das Verfahren beginnt mit einer Planungsvereinbarung zwischen der Kommune und die
28 Planungsbegünstigten, in dem sie die Planung und Erstellung auf eigene Kosten erklärt. Des Weiteren
29 verpflichtet er*sie sich zu einem Abschluss eines städtebaulichen Vertrages gemäß §11 BauGB. In
30 diesem wird geregelt, wie der*die Planungsbegünstigte seiner*ihrer sozialen Verantwortung gerecht
31 wird.

32 Wir fordern daher:

- 33 • Neben einer Bodenwertsteuer zur Abschöpfung von Planungsgewinnen befürworten wir das
34 Modell der Sozialgerechten Bodennutzung als “Planwertausgleich Light”.
- 35 • Die Münchner SoBoN hat sich seit ihrer Einführung seit vielen Jahren bewährt und wurde seitdem
36 stets weiterentwickelt und verbessert. Wir begrüßen insbesondere die Erhöhung der
37 Erschließungsbeiträge auf 175 €/m², die Erhöhung der Quote an gefördertem Wohnraum auf 60%
38 des neu geschaffenen Wohnbaurechts, die Verlängerung der Förderbindungen, die Möglichkeit zum
39 Ankauf geförderten Wohnraums zu fairen Preisen durch die Gemeinde bzw. kommunale
40 Unternehmen und das neue Umwandlungsverbot eines großen Teils der Mietwohnungen in
41 Eigentumswohnungen.
- 42 • Die Münchner SoBoN soll daher künftig flächendeckend in Deutschland gelten.
- 43 • Zusätzlich soll geprüft werden, ob eine Erweiterung der SoBoN zur Förderung klimafreundlicher
44 Infrastrukturmaßnahmen umsetzbar ist.

- 1 • Die Gemeinden können bei Bedarf als Ausprägung ihrer kommunalen Selbstverwaltung in eigenen
- 2 kommunalen Satzungen Anpassungen vornehmen, die allerdings den Charakter der SoBoN nicht
- 3 wesentlich verändern dürfen.
- 4